

(Re-)Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU

Mag.^a Susanne Halmer, BA
MMag.^a Barbara Hauenschild
Wien, Oktober 2012

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Rückblick	2
3. Rekommunalisierung in Europa	3
4. Definitionen	6
4.1 Daseinsvorsorge	6
4.2 Privatisierung	8
4.3 Rekommunalisierung	10
5. Rekommunalisierung – Gründe, Erwartungen, Gefahren	13
5.1 Ursachen	13
5.2 Argumente/Gründe	16
5.3 Gefahren – Rekommunalisierung als Allheilmittel?	23
6. Rekommunalisierungen in der Praxis	25
6.1 Energieversorgung	26
• Hamburg Energie	28
• Stadtwerke Stuttgart	30
• Bergkamen	31
• STEAG / Ruhrgebiet	32
• Bremen	33
• Thüga AG	33
• Mögliche Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze in Berlin	34
6.2 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	35
• Wasserversorgung in Potsdam	37
• Rekommunalisierung der Wasserversorgung im Großraum Paris	38
• Noch laufende Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe	40
• Rekommunalisierung der Wasserversorgung der Stadt Grenoble (Frankreich)	42
• Gelsenwasser - Ein kommunaler Konzern	43
• Wasserversorgung in Budapest	44
6.3 Abfallentsorgung	44
• Landkreis Böblingen	46
• Rostock	47
• Straßenreinigung in Lodève/ Frankreich	48
• Rhein-Hunsrück-Kreis	48
• Recycling in North Tyneside/ Großbritannien	49
6.4 Öffentlicher Personennahverkehr	49
• Das Desaster der britischen Eisenbahn	50
• Rekommunalisierung der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG)	52
• Kommunalisierung der Londoner Metro	53
• Rekommunalisierung des ÖPNV in Saumur/ Frankreich	54
6.5 Gesundheit	54
• (Re)Kommunalisierung des Rettungsdienstes in Deutschland	55
• Rettungsdienst im Landkreis Oberberg	57
• Rettungsdienst Schleswig-Holstein	57
• Ein neues kommunales Krankenhaus für Norrtälje/Schweden	57

6.6	Sonstige Dienstleistungsbereiche	58
•	Weihnachtsmarkt in Brandenburg	58
•	Prüfstatik in Hannover	58
•	Instandhaltung und Pflege der Parkanlagen Nürnberg	59
•	Gebäudereinigung in Bremen	59
•	Straßenbeleuchtung in Düren/ Deutschland.....	60
7.	Zusammenfassung	60
	Literatur	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verständnis von Rekommunalisierung in Deutschland (Mehrfachnennungen) .	12
Abbildung 2: Gründe für interkommunale Kooperationen in Deutschland	13
Abbildung 3: Gründe für Rekommunalisierung in Deutschland	17
Abbildung 4: Gründe von Rekommunalisierungsbestrebungen in der Energieversorgung in Deutschland (Mehrfachnennungen möglich)	27
Abbildung 5: Gründe für Rekommunalisierung in der Wasserversorgung in Deutschland.....	37

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht Argumente Rekommunalisierung	16
Tabelle 2: Maßnahmen im Bereich der Abfallwirtschaft zu ökonomischer Effizienzsteigerung in Deutschland.....	18

1. Einleitung

Wenn es um die öffentliche Daseinsvorsorge geht, dann waren die letzte Jahrzehnte in der Europäischen Union von Privatisierung und Liberalisierung geprägt. In Europa setzten in den 1980er Jahren massive Privatisierungs- und Liberalisierungswellen ein, vor denen kaum ein Bereich der Daseinsvorsorge verschont blieb. Private können es nun einmal besser, schneller und billiger, wurde behauptet. Die EU beschloss zahlreiche Richtlinien, mit denen die Liberalisierung von Dienstleistungen vorgeschrieben wurde. So wurde massenhaft Eigentum der Kommunen, Städte und Länder privatisiert. Denn die Kommunen und Staaten befanden sich oftmals in budgetären Nöten und suchten mit Privatisierungen ihr schnelles Glück, um die leeren Kassen zu füllen. Damit verbunden waren auch Versprechen auf bessere Qualität zu billigeren Preisen für die KonsumentInnen.

Die Entwicklung zeigte jedoch bald erste Kehrseiten. Der Wunsch nach einem gefüllten Budgetloch führte oftmals zu übereilten, schlecht kalkulierten und nur scheinbar lukrativen Lösungen. Vielen Kommunen verblieben Grundversorgungsaufgaben, nun allerdings ohne die Erlöse aus nachgefragten Dienstleistungen. Auch für die KundInnen brachten die Privatisierungen nicht die versprochenen Kostenreduktionen, sondern führten im Gegenteil oft zu Preiserhöhungen und nicht zwangsläufig besserer Qualität. Und schließlich verloren auch zahlreiche Beschäftigte dieser Unternehmen ihren Arbeitsplatz oder mussten unter schlechteren Bedingungen arbeiten.

Die enttäuschten Erwartungen führten in den Kommunen zu einem Umdenken. Die Menschen wünschen sich wieder – auch angesichts der Erkenntnisse aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – mehr Sicherheit im Bereich der Daseinsvorsorge. Zahlreiche Bürgerinitiativen, die sich für Rekommunalisierungen stark machten, spiegeln diese Einstellungswandlung der Bevölkerung ebenso wider wie das politische Engagement europäischer Städte. Auf Seiten der Kommunen hat das (Teil-)Versagen der privaten Anbieter das Selbstvertrauen der Kommunen gestärkt, im Konkurrenzkampf bestehen zu können und Leistungen (zumindest) genauso gut erledigen zu können wie Private. Viele Kommunen reagieren heute auf diese Entwicklungen, indem sie ausgelagerte Dienstleistungen wieder in die Kommune rückführen, sofern sich hierzu die Möglichkeit bietet.

Löst die Rekommunalisierung nun die Privatisierung ab? Inwiefern es in Europa bereits einen Trend zur Rekommunalisierung vormals privatisierter Dienstleistungsangebote gibt, soll in dieser Arbeit aufgezeigt werden. Fakt ist, die Beispiele für (Re-) Kommunalisierungen häufen sich. In immer mehr europäischen Ländern gibt es in den unterschiedlichsten Dienstleistungsbereichen Beispiele für (Re-) Kommunalisierungen der Daseinsvorsorge, wie der Praxisteil dieser Studie zeigt. Einer genaueren Ausführung bedürfen aber auch die Gründe und Ursachen, ebenso wie die Gefahren, die mit Rekommunalisierungen verbunden sein können.

2. Rückblick

Eine historische Betrachtung der Daseinsvorsorge macht deutlich, dass dieser Bereich über Jahrzehnte hinweg durch sich abwechselnde Privatisierungs- und (Re-) Kommunalisierungszyklen geprägt ist.

Die Anfänge der Daseinsvorsorge im 19. Jahrhundert waren von einer Trägervielfalt gekennzeichnet, in der private Unternehmen eine bedeutende Rolle spielten. Die qualitative und quantitative Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen von allgemeinem Interesse konnte aufgrund der steigenden Nachfrage auf diese Art jedoch nicht gewährleistet werden: *„Die wesentlichen Ursachen dieses Marktversagens werden in der Vernachlässigung externer Effekte, in den Grenzen der dezentralen Allokation öffentlicher Güter, in der Diskriminierung schwacher Marktteilnehmer [...] und in Anpassungsmängeln von Märkten mit der Folge von Monopolbildungen gesehen.“*¹ Aus dem fehlenden bzw. ungenügenden Angebot (und Wettbewerb) privater Unternehmen resultierte eine wachsende Bedeutung kommunaler und staatlicher Unternehmen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Öffentliche Unternehmen übernahmen zusehends die Aufgaben der Daseinsvorsorge und konnten so neben der Sicherstellung der Versorgung auch zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts beitragen. Die öffentlichen Unternehmungen wurden im Laufe der Zeit so zu einem integralen Bestandteil eines umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Systems.² Diese Verflechtung führte spätestens ab den 1980er Jahren zunehmend zu öffentlicher Kritik, wurden die Unternehmen doch häufig parteipolitisch instrumentalisiert. Kritisiert wurde außerdem die Monopolstellung dieser öffentlichen Unternehmen, die ihnen unterstellte wirtschaftliche Ineffizienz sowie Privilegien der im Unternehmen Beschäftigten. *„Letztlich wurden sie mit dem Schlagwort des Staatsversagens unter den Generalverdacht der Ineffizienz bei der Produktion öffentlicher Leistungen gestellt.“*³

Ab den 1980er Jahren kam es aus diesen Gründen und gefördert durch eine Liberalisierungspolitik der EU (bzw. EG) mit dem Ziel, möglichst viele Dienste im Wettbewerb zu erbringen, zu immer mehr Privatisierungen öffentlicher Aufgaben, wenngleich Österreich bis in die 1990er Jahre eine eher zurückhaltende Privatisierungspolitik betrieb.

In den letzten Jahren des 21. Jahrhunderts finden sich in Europa jedoch immer mehr Beispiele für Rekommunalisierungen von vormalig (teil-)privatisierten Unternehmen. In vielen Bereichen wurde deutlich, dass die vor der Privatisierung gemachten Versprechungen mit der Realität nicht Schritt halten konnten. Während in der Hochzeit der Deregulierung der Glaube, dass Private besser, billiger und schneller arbeiten würden weit verbreitet war, hat sich zwischenzeitlich herausgestellt, dass es sich dabei um ideologie- und interessen-

¹ Röber (2009), 228

² vgl. Röber (2012), 82

³ Röber (2012), 82

te Wunschvorstellungen handelte. Diese Erkenntnis und insbesondere die Krise des Kapitalismus seit 2008 führte zu einem neuen Selbstvertrauen der Gebietskörperschaften, auch im Wettbewerb mit privater Konkurrenz bestehen und Leistungen erbringen zu können, zu denen Private nicht imstande sind.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre hat den Trend zu Rekommunalisierungen beflügelt, scheint das Vertrauen in den Markt doch massiv erschüttert. Mit einmal wurde deutlich, *„dass der ‚Markt‘ nicht automatisch richtig funktioniert und die private Wirtschaft keineswegs immer einer wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand überlegen ist.“*⁴ Die zuvor herrschende Privatisierungseuphorie wurde durch diese Entwicklung in großen Teilen der Bevölkerung von einem Bedürfnis nach mehr staatlicher Sicherheit abgelöst.

3. Rekommunalisierung in Europa

Auch wenn sich in den letzten Jahren vermehrt Beispiele für Rekommunalisierungen finden ist es bisher unklar, ob bereits von einer europäischen Rekommunalisierungsbewegung gesprochen werden kann. *„Die europäischen Wettbewerbs- und Marktöffnungspolitiken stärken weiterhin tendenziell eher private denn öffentliche Strukturen.“*⁵ Allerdings hat der vom Europäischen Rat beschlossene Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, die öffentlichen Dienstleistungen nicht nur aufgewertet, sondern das kommunale Selbstverwaltungsrecht ausdrücklich anerkannt und die Kommunen somit gestärkt. *„Erstmals wird das Recht auf kommunale Selbstverwaltung – welches bisher nicht in den europäischen Verträgen verankert war – als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten in das Primärrecht integriert.“*⁶ Von besonderer Bedeutung ist für die Kommunen dabei, *„dass das europäische Primärrecht die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in sich verankert.“*⁷ Es wird also im Laufe der Studie zu klären bleiben, wie stark der Trend in Europa in Richtung einer Rückübertragung öffentlicher Dienstleistungen ist.

Eine entscheidende Rolle spielen in diesem Zusammenhang aber die unterschiedlichen Verwaltungstraditionen der einzelnen europäischen Länder. Denn eine Tendenz zur Rekommunalisierung kann nur dort beobachtet werden, wo bereits vor Verbreitung neoliberaler Ansätze und Politiken Systeme der (sozialen) Leistungserbringung durch Gebietskörperschaften existierten. Als europäische Musterbeispiele gelten hier die Bundesrepublik

⁴ Schäfer (2012), 75

⁵ Difu-Papers (2011), 13

⁶ VKU (2011), 9

⁷ VKU (2011), 9

Deutschland und Österreich, beide föderale Republiken mit einer starken Länder- und Kommunalebene. Leistungen der Daseinsvorsorge werden hier oft direkt durch die kommunale Ebene erbracht (z.B. Öffentlicher Nahverkehr Berlin, sozialer Wohnbau oder öffentliche Wasserversorgung in Wien). In Deutschland spielen zusätzlich sogenannte Landkreise, der Zusammenschluss einzelner Kommunen bzw. kreisfreier Städte, eine wichtige Rolle in der Erbringung von sozialen Dienstleistungen (z.B. Krankenhäuser). Ähnlich verhält es sich auch in den skandinavischen Staaten wie Schweden oder Norwegen, die starke kommunale Strukturen aufweisen. So sind hier zum Beispiel die *Landsting* (Provinziallände) ⁸, der Zusammenschluss einzelner Kommunen, die zentralen Träger der (öffentlichen) Gesundheitsversorgung in Schweden.

Andere Strukturen der öffentlichen Leistungserbringung finden sich etwa in Frankreich oder Spanien, die geschichtlich bedingt, einen starken Hang zu zentralistischen Lösungen aufweisen. Dadurch sind Kommunen, aber auch Regionen in ihren Befugnissen und finanziellen Mitteln oft stark eingeschränkt, was ein deutlich reduziertes Angebot direkter, kommunaler Dienste mit sich bringt. ⁹ Vereinzelt lassen sich jedoch auch hier Beispiele zur Rekommunalisierung finden (z.B. Wasserversorgung in Paris und Grenoble).

Als Mischung beider Wege gilt etwa Italien, wo einer starken zentralen Ebene starke Regionen, aber schwache Kommunen gegenüberstehen. Das Vereinigte Königreich stellt wiederum eine eigene Form dar, da hier die einzelnen Teilstaaten (England, Wales, Schottland und Nord-Irland) einen anderen strukturellen Aufbau aufweisen, wobei die Kommunen und Landkreise über einen gewissen Einfluss verfügen (z.B. im Bereich sozialer Wohnbau). ¹⁰

Aber auch wenn kommunale Strukturen gegeben sind, gibt es vor allem bezüglich der verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge Unterschiede zwischen den Ländern. In einigen Ländern sind bestimmte Bereiche der Daseinsvorsorge traditionell kommunal organisiert und wurden deshalb nie privatisiert, weshalb es hier auch zu keinen Rekommunalisierungen kommen kann. Anhand der Energie- und (Ab-)Wasserversorgung sollen die unterschiedlichen Tendenzen in Europa aufgezeigt werden.

- Energieversorgung:

In Deutschland sind derzeit breite Rekommunalisierungstendenzen zu beobachten, vor allem im Bereich der Energieversorgung. Hier laufen derzeit und in den kommenden Jahren eine Reihe von Konzessionsverträgen aus, weshalb viele Kommunen die Chance nutzen und die Leistungen wieder rückübertragen. In den skandinavischen Ländern Schweden und Norwegen sind die Kommunen ebenfalls wichtige „player“ im

⁸ vgl. Crevel, Wagner (2003)

⁹ vgl. Crevel, Wagner (2003)

¹⁰ vgl. Trewartha (2004) und Benner (1997)

Gegensatz etwa zu Ungarn oder England, wo „die Kommunen ihre direkten Einflussmöglichkeiten verloren haben.“¹¹

- Wasser- und Abwasserversorgung:

In Schweden, wo starke kommunale Strukturen herrschen, sind die Wasser- und Abwasserversorgung traditionell kommunal geführt. „Formale Privatisierungen des operativen Geschäfts sind üblich, der materielle Verkauf jedoch ist die Ausnahme.“¹²

In England, Wales und auch Frankreich dominiert das private Eigentum an der Wasserversorgung. In England haben die Kommunen ihren Einfluss komplett verloren, die (Ab-)Wasserversorgung wurde an „Regional Water Authorities übertragen, die zentral reguliert werden.“¹³ Frankreich hingegen steht „für die globale Privatisierung des Wasserversorgung“¹⁴ und das obwohl die (Ab-)Wasserversorgung als Pflichtaufgabe der Kommunen gilt. Der Umstand, dass die (Ab-) Wasserversorgung trotzdem durch überregionale oder auch internationale Konzerne geführt wird, liegt an der großen Zahl sehr kleiner Kommunen, die „ihre operativen Aufgaben in der Vergangenheit an private Unternehmen delegiert“¹⁵ haben. „Dies war die Basis zur Herausbildung großer Wasserkonzerne“ in Frankreich. Wachsende Kritik an den oligopolistischen Strukturen hat den französischen Staat seit Mitte der 1990er Jahre zu regulierenden Eingriffen (wie etwa Verkürzung der Vertragslaufzeiten und Ausschreibungspflicht) gezwungen. Wie in Deutschland eröffnen auslaufende Verträge hier die Option die Leistungserstellung wieder rück zu übertragen, was etwa in Paris im Jahr 2010 der Fall war.

Anhand der Verwaltungsstrukturen und –traditionen ergibt sich, dass schon angesichts der unterschiedlichen (historischen) Gegebenheiten und Strukturen von keinem europaweit einheitlichen Trend hin zur Rekommunalisierung gesprochen werden kann. Umso interessanter gestaltet sich ein Blick auf jene Länder, in denen die Voraussetzungen für Rückführungen gegeben sind und es auch schon zu Rekommunalisierungen gekommen ist. Als dominantes Beispiel wird hier Deutschland in Erscheinung treten, das derzeit vor allem im Bereich der Energieversorgung, aber auch in der Wasser- und Abwasserversorgung eine Trendwende hin zu Rekommunalisierungen vollzieht.

¹¹ Difu-Papers (2011), 13

¹² Difu-Papers (2011), 13

¹³ Difu-Papers (2011), 13

¹⁴ Difu-Papers (2011), 13

¹⁵ Difu-Papers (2011), 13

4. Definitionen

4.1 Daseinvorsorge

Von zentraler Bedeutung im Kontext der Liberalisierungs- und Privatisierungsdebatten und damit auch bei der Rekommunalisierungsdiskussion ist der Begriff „Daseinvorsorge“. Doch was ist mit diesem Begriff „Daseinvorsorge“ gemeint?

Wesentlich geprägt wurde die Bezeichnung „Daseinvorsorge“ in Ernst Frostoffs Schrift „Die Verwaltung als Leistungsträger“: *„Die Daseinvorsorge, deren Zweck die Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse zu sozial angemessenen Bedingungen ist, ist Teil der öffentlichen Verwaltung.“*¹⁶ Die Idee selbst ist aber schon älter. *„In Frankreich gibt es seit Ende des 19. Jahrhunderts die Doktrin, dass der ‚Service Publique‘ das Ziel verfolgt, diejenigen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, die von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sind.“*¹⁷

Die beiden Zitate machen die zentrale Idee der Daseinvorsorge deutlich: die Orientierung am Gemeinwohl. *„Das Gemeinwohl beinhaltet Gedanken wie Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Erschwinglichkeit einer Leistung für breite Bevölkerungsschichten sowie Erhalt von Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards.“*¹⁸ Mit diesem Anspruch steht die Gemeinwohlorientierung im Widerspruch zu einer rein profitmaximierten Unternehmensführung, wenngleich betriebswirtschaftliches Denken und Gewinnerzielung damit nicht ausgeschlossen werden. Ein wesentliches Kennzeichen von Aufgaben der Daseinvorsorge ist aber, dass sie mit politischen Zielen wie Versorgungssicherheit oder Leistungen zu bezahlbaren Preisen verbunden sind. *„Bei öffentlichen Unternehmen geht es demzufolge [...] darum, für die Bürgerinnen und Bürger einen Mehrwert zu erwirtschaften (‚citizen value‘) und damit einen Beitrag zum Gemeinwohl einer Gesellschaft zu leisten.“*¹⁹

Doch gibt es in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung überhaupt einen Bedarf an Leistungen aus öffentlicher Hand? Oder anders herum gefragt: Sollen Leistungen im Bereich der Daseinvorsorge und Gemeinwohlsicherung von privaten Anbietern erbracht werden? Gibt es Grenzen der Privatisierung?

Die Entwicklung der Daseinvorsorge in unterschiedlichen Ländern macht deutlich, dass keine „objektiven“ Kriterien festgelegt werden können, welche Leistungen im Rahmen der Daseinvorsorge tatsächlich von den Kommunen erbracht werden müssen oder sollten. Vielmehr sind diese Entscheidungen Inhalt demokratischer Diskurse und Willensbildungsprozesse und von einer politisch legitimierten Mehrheit zu entscheiden.²⁰ Welche Bereiche der Daseinvorsorge Aufgabe des allgemeinen Interesses sind, bleibt jedoch über weite

¹⁶ Forsthoff (1966) nach Schöneich (2007), 717

¹⁷ ÖGPP (2008), 7

¹⁸ Schäfer (2012), 75

¹⁹ Röber (2009), 233

²⁰ vgl. Röber (2009), 234

Strecken hinweg unpräzise. In der einschlägigen Literatur finden sich Definitionen wie: „Zur so genannten Daseinsvorsorge werden die für ein menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen – wie Verkehrs- und Beförderungsleistungen, die Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Friedhöfe etc. – gezählt.“²¹ Andere erweitern diese notwendigen Güter auf den sozialen Wohnbau, die öffentliche Sicherheit und Gefahrenabwehr.²² Wieder andere haben hingegen sehr eingegrenzte Vorstellungen davon, was Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Festgehalten werden kann jedoch, „dass sich in einer zivilen Gesellschaft nicht alle staatlichen Dienstleistungen [...] zur Privatisierung eignen und dass es in der Gesellschaft kommerzfreier Zonen bedarf.“²³

Wie stark das Verständnis von Daseinsvorsorge von der wohlfahrtsstaatlichen Tradition des jeweiligen Landes geprägt ist, verdeutlicht (aus österreichischer Sicht) ein Blick nach England. England ist nicht nur von einer liberalen wohlfahrtsstaatlichen Tradition geprägt, sondern hat auch eine Vorreiterrolle hinsichtlich Privatisierungen eingenommen. So wurden in England in den vergangenen Jahrzehnten viele Bereiche privatisiert, die in Österreich kaum denkbar wären. Dazu zählt etwa die vollkommene Privatisierung der englischen Bahn, die erste von einer privaten Sicherheitsfirma geführte Polizeidienststelle (Frühjahr 2012) oder privat geführte Gefängnisse, wie sie auch in den USA üblich sind.²⁴

Die öffentliche Hand übernimmt die Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge also häufig auch deshalb, weil „politisch bestimmte Leistungen erwünscht werden (wie ÖPNV, Kulturangebote, flächendeckende Postzustellung an fünf Tagen in der Woche), die der Markt einfach deshalb nicht erbringt, weil die Konsumenten nicht genug dafür bezahlen würden, um eine Bereitstellung am Markt zu ermöglichen“²⁵.

Die wesentliche Bedeutung der nationalen Tradition spiegelt sich auch im Vertrag von Lissabon wider, wenn es um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geht: „Zu den gemeinsamen Werten der Union in Bezug auf Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne des Artikels 16 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zählen insbesondere:

- die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage, wie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind;

²¹ Mühlkamp (2007), 707

²² vgl. Bauer (2012), 22f

²³ Röber (2009), 231

²⁴ http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/737144/Grossbritannien_Polizei-in-privater-Hand

²⁵ Haucap (2007), 714

- *die Vielfalt der jeweiligen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und die Unterschiede bei den Bedürfnissen und Präferenzen der Nutzer, die aus unterschiedlichen geografischen, sozialen oder kulturellen Gegebenheiten folgen können;*
- *ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte.*²⁶

4.2 Privatisierung

Die Festlegung, welche Aufgaben in den Bereich der Daseinsvorsorge fallen und vom Staat übernommen werden sollen, ist also Teil der politischen Auseinandersetzung. Diesbezügliche Regelungen erhalten die europäischen Staaten und Kommunen aber auch von außen. So hat in den 1980er Jahren ein Meinungswandel hinsichtlich staatlich geführter Unternehmen (mit Monopolstatus) eingesetzt. *„Seit den 1980er Jahren gab es in der EU starke Bestrebungen, bei öffentlichen Dienstleistungen staatliche bzw. öffentliche Monopole abzubauen und private Mitbewerber zuzulassen, um den Wettbewerb zu fördern.“*²⁷

Um staatliche Monopole abzubauen, waren zunächst umfassende Liberalisierungen notwendig. Als Grundlage dafür dienten Richtlinien der EU, die in den Mitgliedstaaten zur Zulassung privater Anbieter bei öffentlichen Dienstleistungen führen sollten. *„Vor allem bei ‚netzbezogenen Dienstleistungssektoren‘ wie Strom, Gas, Festnetztelefon und Wasser bzw. Abwasser wurde die Monopolstellung des Staates seitens der EU-Kommission in Frage gestellt.“*²⁸ Gerade in diesen Bereichen kam es ab den 1980er Jahren europaweit zu umfangreichen Privatisierungen. *„Ausgehend von Großbritannien unter der Regierung von Margret Thatcher begann sich die neoliberale Auffassung von der Überlegenheit des ‚Prinzip Markt‘ gegenüber dem ‚Prinzip Politik‘ durchzusetzen.“*²⁹

Was genau unter den Begriff der „Privatisierung“ fällt, kann in der Literatur nicht zweifelsfrei geklärt werden. Grundlegend versteht man als Privatisierung die Überführung öffentlichen Eigentums in privates Eigentum.

Darüber hinaus können jedoch verschiedene Arten von Privatisierung unterschieden werden, die sich hauptsächlich im Umfang der vorgenommenen Privatisierung unterscheiden.

- **Materielle Privatisierung:**

Von einer materiellen Privatisierung spricht man, wenn die Aufgabenerfüllung vom Staat zur Gänze an Private übergeht und auch das dazu nötige Equipment veräußert

²⁶ http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=FXAC07306

²⁷ ÖGPP (2008), 5

²⁸ ÖGPP (2008), 5

²⁹ ÖGPP (2008), 5

wird. Die materielle Privatisierung bezeichnet damit Privatisierungen im engeren Sinn, für manche die „eigentliche“ Form von Privatisierungen.

Der Verkaufserlös wird zumeist zur Deckung eines vorhandenen Budgetdefizits verwendet, selten zur Rücklagenbildung. *„Die Einnahmen aus dem Verkauf des ‚Familiensilbers‘ sind außerordentlich und einmalig, weil nicht wiederkehrend.“*³⁰ Materielle Privatisierungen bringen einen Verlust der laufenden Einnahmen mit sich und verringern die kommunalen Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.

- Funktionale Privatisierung:

Von einer funktionalen Privatisierung spricht man, wenn die Verantwortung zur Erstellung der Aufgaben zwar weiterhin in öffentlicher Verantwortung bleiben, aber Private in mehr oder weniger großem Umfang zur Erfüllung herangezogen werden (Aufgabenprivatisierung). Nach Ende der Vertragszeit sind die so privatisierten Dienstleistungen grundsätzlich rückholbar. Zu berücksichtigen sind bei dieser Form der Privatisierung insbesondere die Ausschreibungs- und Kontrollkosten, die zur Gewährleistung von Qualitätsstandards notwendig sind. Durch die anderweitige Ausführung der Dienstleistungen stellt sich häufig das Problem, dass Fachwissen für Kontrolle und/oder Eigenerledigung der Aufgaben verloren geht.

- Formelle Privatisierung:

Die formelle Privatisierung, auch Organisationsprivatisierung genannt, betrifft in erster Linie die Organisation des Unternehmens. Durch Ausgliederung sollen öffentliche Betriebe mehr Selbstständigkeit und wirtschaftliche Flexibilität erhalten.³¹ *„Diese Form der Privatisierung ist deswegen nur formell, weil sich nur der äußere Rechtsrahmen ändert, also nur der ‚Mantel‘ und nicht die Eigentumsverhältnisse.“*³²

Die Liberalisierung und Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge in den vergangenen Jahrzehnten ging in den verschiedenen Ländern und Sektoren unterschiedlich schnell und umfangreich voran. Der Telekommunikationssektor wurde früh und vollständig liberalisiert, bis heute gibt es diesbezüglich keine Anzeichen einer Rekommunalisierung. Die Privatisierung des Telefonnetzes hat – als einer der wenigen Bereiche – tatsächlich gehalten, was versprochen wurde: Telefonieren wurde billiger, die Versorgungslage verbessert. Inwieweit der technische Fortschritt hier eine Rolle spielt, ist eine andere Frage.

Bald danach wurden auch der Luftverkehr, die Energiebranche und die Postdienste nach und nach liberalisiert, wobei die Umsetzung in den Mitgliedstaaten unterschiedlich schnell und weitreichend von statten ging.³³

³⁰ Klug (2011), 33

³¹ Vgl. Klug (2011), 30

³² Klug (2011), 30

³³ vgl. ÖGPP (2008), 5f.

Die Privatisierung galt *„vielen lange Zeit als Königsweg nicht nur zur Entlastung der angespannten kommunalen Haushalte, sondern auch zur effizienten Aufgabenerfüllung“*³⁴. Doch nach Erfahrungen mit den ersten Privatisierungs- und Liberalisierungswellen kam alsbald die Ernüchterung: *„Wichtige und in Aussicht gestellte Zielsetzungen [...] wurden nicht erfüllt. Hunderttausende Arbeitsplätze waren in liberalisierten und privatisierten Dienstleistungsunternehmen und –bereichen verloren gegangen, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich. Nicht immer funktionierte der Markt zugunsten der KonsumentInnen, Preise und Qualität der Leistungen hielt nicht, was Politik, neues Management oder Eigentümer versprochen. Neue private Oligopole bildeten sich und teilten die Märkte unter sich auf. Es wurden immer mehr Fälle bekannt, wo die Sicherheit und Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet waren.“*³⁵ Um Machtmissbrauch und Effizienzverluste zu verhindern, ist eine Struktur, in der private und öffentliche Unternehmen zum Wohle der Gesellschaft und der BürgerInnen agieren können, viel entscheidender als die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse. *„Besonders problematisch sind Privatisierungen ohne die gleichzeitige Einführung von Wettbewerbsstrukturen, weil die dabei entstehenden privaten Monopole weder über den Markt noch von der Politik wirksam kontrolliert werden können.“*³⁶ Daher darf die Privatisierung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mit einer Schwächung oder Rückdrängung des Staates einhergehen, sondern muss öffentlich gesteuert und reguliert werden. Dazu muss der Staat in der Lage sein, Regeln festzulegen, diese zu kontrollieren und durchzusetzen. Genau das wurde im Zuge der damaligen Privatisierungseuphorie verabsäumt.

Richtlinien von Welthandelsorganisation („General Agreement on Trade in Services“) und EU („Bolkestein-Richtlinie“) wurden von der Zivilgesellschaft daher mit wachsendem Misstrauen beobachtet. Aufgrund der anhaltenden Proteste konnten weitere Maßnahmen zur Liberalisierung nicht oder nur in sehr abgeschwächter Form umgesetzt werden. Auch geplanten Privatisierungen wurde von Seiten der Bevölkerung immer ablehnender entgegengetreten. Stattdessen lässt sich in den letzten Jahren innerhalb der Bevölkerung ein zunehmender Meinungswandel zugunsten von Rekommunalisierungen feststellen.

4.3 Rekommunalisierung

Als Rekommunalisierung kann ein *„fließender‘ Trend weg von materieller Privatisierung hin zur Eigenwahrnehmung durch öffentlich-rechtliche Einrichtungen“*³⁷ bezeichnet werden. Generell werden unter dem Begriff Rekommunalisierung *„Maßnahmen subsumiert, die das Ziel beinhalten, ehemals öffentlich erstellte, im Zeitverlauf privatisierte Aufgaben wieder in kom-*

³⁴ Bauer (2012), 12

³⁵ ÖGPP (2008), 6

³⁶ Röber (2012), 89

³⁷ Difu-Papers (2011), 4

*munale Tätigkeiten zu reintegrieren.*³⁸ Dabei kann Rekommunalisierung auf unterschiedlichen Wegen stattfinden:

- *„Wiederaufgreifen von Aufgaben durch einen Verwaltungsträger (als Konkurrent oder Monopolist)*
- *Neugründung von Eigengesellschaften zum Aufgreifen von Aufgaben (als Konkurrent oder Monopolist)*
- *Rückübertragung operativer Dienstleistungen auf Regie- und Eigenbetriebe als Teil der Verwaltung*
- *Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen*
- *Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen*³⁹

Zumeist beziehen sich Rekommunalisierungen darauf, frühere *„funktionale Privatisierung(en) der operativen Leistung“* rückgängig zu machen. Denn wenngleich die Vollzugsverantwortung abgegeben wurde, lag die Gesamtverantwortung für die Aufgaben der Daseinsvorsorge weiterhin bei den demokratisch legitimierten politischen RepräsentantInnen.⁴⁰ Letztlich geht es bei Privatisierung und Rekommunalisierung um Verteilungsprozesse: *„Während es bei der Privatisierung um Umverteilungsprozesse ‚hin zum Privaten‘ geht, meint (Re-) Kommunalisierung Umverteilungsprozesse (zurück) ‚hin zum Öffentlichen‘ auf der kommunalen Ebene.*⁴¹

Von einer Rekommunalisierung unterschieden werden muss die Kommunalisierung. Dabei handelt es sich, im Gegensatz zur Rekommunalisierung, um Leistungserbringungen, die zuvor nicht von der Kommune durchgeführt wurden. Die Aufgabe wurde bisher von anderen Hoheitsträgern übernommen und wird aufgrund von bestimmten Umständen bzw. neuer Regelungen nun auf kommunale Verwaltungsträger übertragen. Auch dafür finden sich im Zuge einer (Re-)Kommunalisierungsdebatte einige Beispiele, wie der Praxisteil noch zeigen wird.

Doch was verstehen die Kommunen selbst unter Rekommunalisierung? Eine Annäherung kann hier eine Umfrage⁴² unter deutschen Kommunen bieten. Dem zufolge verstehen die Kommunen unter Rekommunalisierung in erster Linie (zu 92 Prozent) die Rückübertragung von bereits privatisierten, ehemals öffentlichen Leistungen. Immerhin noch 28 Prozent verstehen darunter Neugründungen öffentlicher Unternehmen; fast ebenso viele denken dabei an Konzessionsvergaben an öffentliche Unternehmen.

³⁸ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 13

³⁹ Difu-Berichte 3/2011 – Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?

⁴⁰ Röber (2012), 98

⁴¹ Bauer (2012), 22

⁴² vgl. public governance. Rekommunalisierung in der Energieversorgung.

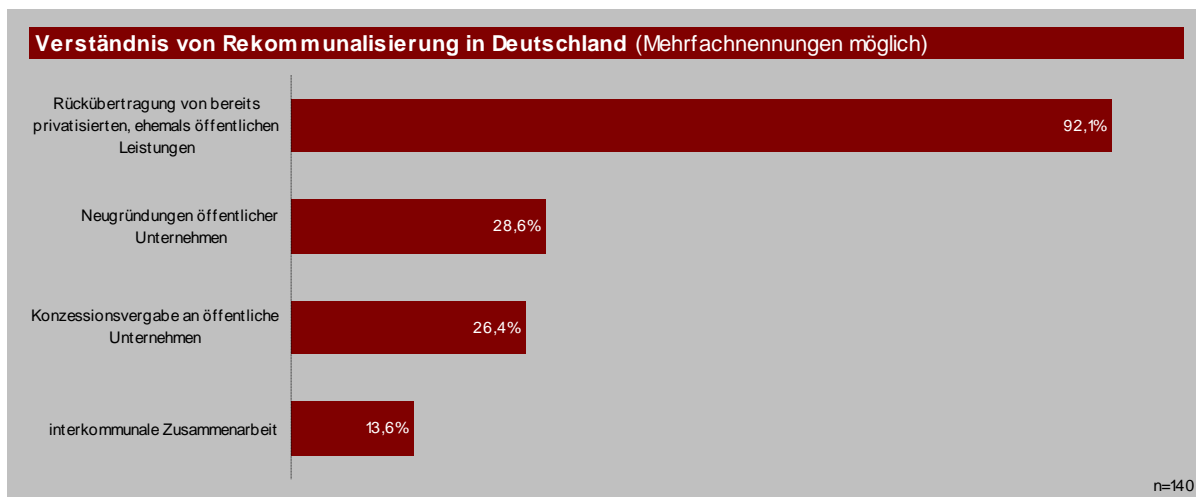


Abbildung 1: Verständnis von Rekommunalisierung in Deutschland (Mehrfachnennungen)⁴³

Kurz erwähnt werden soll hier auch die interkommunale Zusammenarbeit, die in der Umfrage allerdings nur von einem sehr geringen Teil der Kommunen als Rekommunalisierung verstanden wird. In der Praxis sind aber viele Beispiele vormalig privat geführter Bereiche der Daseinsvorsorge zu finden, die jetzt in Form von interkommunalen Betrieben organisiert werden. Bei interkommunaler Zusammenarbeit handelt es sich „um ein seit Jahrzehnten bewährtes Instrument“, das den „Kommunen die Möglichkeit [bietet], sich zusammenzuschließen, um betriebswirtschaftliche Effizienzpotenziale zu heben.“⁴⁴ Weitere Vorteile liegen im Abbau von Doppelarbeiten, der Freisetzung von Kapazitäten und der daraus resultierenden Bereitstellung von zusätzlichen Kapazitäten und verbesserten Dienstleistungen.⁴⁵ Eine Studie der HypoVereinsbank bestätigt, dass in Deutschland im Allgemeinen hinter den Bestrebungen einer interkommunalen Kooperation in erster Linie zu erwartende Effizienzvorteile stecken. Für fast ein Drittel der befragten Kommunen stellen diese den Anreiz dar. Ebenfalls relevant zeigen sich fiskalische Überlegungen. Für 18 Prozent der befragten Kommunen erweisen sich die Verringerung der Kapitaleinbindung und für weitere 14 Prozent die Risikoteilung bzw. die Investitionsrückübertragung als Gründe für interkommunale Kooperation. Eine Rolle spielt für 16 Prozent auch die demografische Entwicklung.

⁴³ public governance (2011), 7

⁴⁴ Difu-Papers (2011), 9

⁴⁵ vgl. Röber (2009), 237

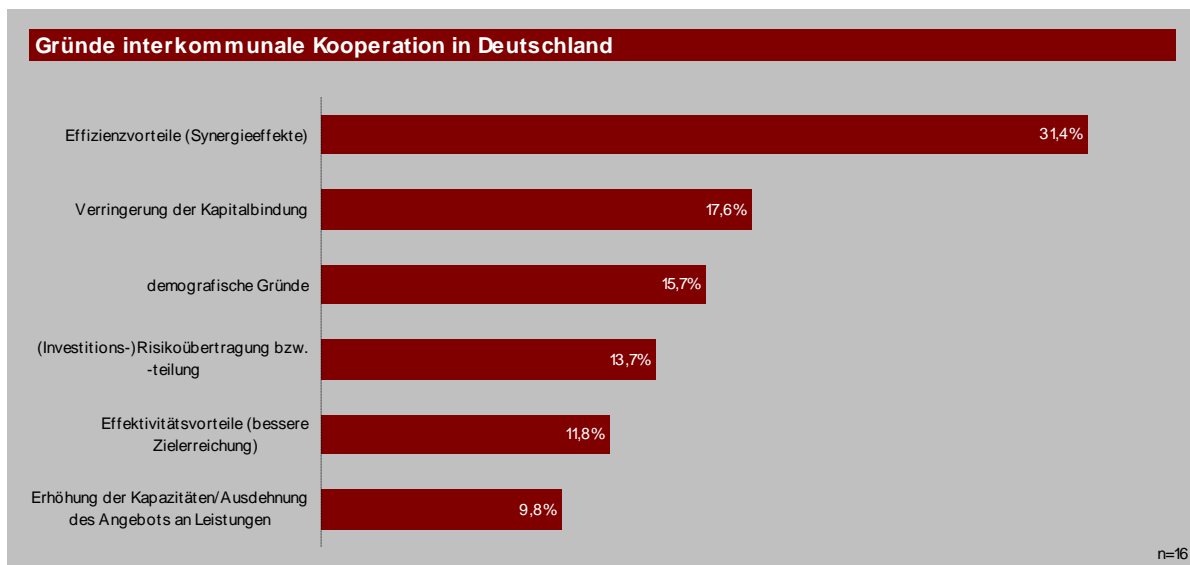


Abbildung 2: Gründe für interkommunale Kooperationen in Deutschland⁴⁶

Inwieweit Rekommunalisierung ein aktueller Trend ist, soll diese Studie zeigen. Doch vorweg: Wenn in der Diskussion von Rekommunalisierung die Rede ist, so geht es (vor allem in Deutschland) zumeist um den Energiesektor. In diesem Sektor gab es in den Jahren zuvor zahlreiche (Teil-) Privatisierungen, so dass eine Rückübertragung überhaupt erst möglich ist. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge Rückübertragungen gegeben hat, wie der Praxisteil dieser Arbeit noch zeigen wird.

5. Rekommunalisierung – Gründe, Erwartungen, Gefahren

Im vorigen Abschnitt wurden die Begriffe der Rekommunalisierung und der Daseinsvorsorge abgegrenzt und die Frage behandelt, inwiefern die Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand erbracht werden soll. Hier sollen nun praxisbezogene Zugänge und die Gründe, weshalb Kommunen eine Rekommunalisierung anstreben bzw. bereits umgesetzt haben, dargestellt werden. Die Erwartungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie etwaige Gefahren, die sich durch eine Rückführung von Dienstleistungen ergeben können.

5.1 Ursachen

Die in den letzten Jahren getroffenen Entscheidungen von Kommunen, (teil-)privatisierte Unternehmen wieder zurückzuerwerben, kann auf eine Reihe von Ursachen zurückgeführt werden:

- enttäuschende Privatisierungen:

⁴⁶ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 14

Die in der Vergangenheit durchgeführten Privatisierungen waren an Erwartungen geknüpft, die in einer Vielzahl an Fällen nicht erfüllt werden konnten. In erster Linie erwartete man sich von privaten Anbietern Preissenkungen bei gleichzeitiger Qualitätszunahme der erbrachten Leistungen.⁴⁷ Doch gerade dies wurde häufig nicht erfüllt, im Gegenteil kam es *„häufig zu Preiserhöhungen [...] und Qualitätsverschlechterungen“*.⁴⁸ Privat bedeutet also nicht automatisch billiger und besser. Allerdings sind aus heutiger Sicht als enttäuschend eingestufte Privatisierungen teils auch auf unzureichende Erwägungen seitens der kommunalen Politik zurückzuführen.⁴⁹ So wurden die anfallenden Transaktionskosten für Ausschreibung und Auslagerung sowie notwendige Kontrollen häufig nicht in den Kalkulationen berücksichtigt, was den privaten Unternehmen einen Startvorteil verschaffte.

- besseres betriebswirtschaftliches Know-how der Gemeinde:

Bei der Erbringung der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand stehen das Gemeinwohl sowie der Anspruch, diese Leistungen allen Menschen zugänglich zu machen, im Vordergrund. Das bedeutet zwar, dass die *„Gemeinwohlorientierung im Widerspruch zum Ziel reiner Profitmaximierung“* steht, *„nicht aber zu betriebswirtschaftlichem Denken oder Gewinnerzielung.“*⁵⁰ Das dafür notwendige Know-how haben sich viele Kommunen in den letzten Jahren und Jahrzehnten angeeignet. So konstatiert Manfred Röber zumindest für Deutschland, dass *„Kommunen nach nunmehr knapp 20 Jahren managementorientierter Verwaltungsreformen über ein besseres betriebswirtschaftliches Know-how verfügen. Sie sind inzwischen in der Lage, mit Hilfe der Informationen aus ihrem Kostenmanagement zu zeigen, dass ihre Leistungen nicht generell teurer sind als die von privaten Anbietern und die Behauptung, Private können grundsätzlich alles besser, billiger und schneller erledigen, nichts als reine Ideologie ist.“*⁵¹ Diese Erkenntnis bedeutet auch ein gestärktes Selbstbewusstsein der kommunalen Unternehmen im Wettbewerb mit privaten Anbietern.

- Sorge um Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung:

Rekommunalisierungstendenzen sind auch mit der Sorge verbunden, *„dass die kommunale Selbstverwaltung trotz grundgesetzlicher Garantie faktisch dadurch ausgehöhlt wird, dass immer mehr öffentliche Aufgaben Schritt für Schritt aus der Kernverwaltung ausgelagert werden.“*⁵² Damit sind von kommunaler Seite zwei Befürchtungen verbunden. Einerseits schränkt sich der Handlungsspielraum der kommunalen Entscheidungsträger immer weiter ein, je mehr Aufgaben privatisiert werden und an-

⁴⁷ vgl. Difu-Papers (2011), 5

⁴⁸ Röber, M. (2009), 84

⁴⁹ vgl. Difu-Papers (2011), 5

⁵⁰ Schäfer (2012), 75

⁵¹ Röber, M. (2009), 85

⁵² Röber, M. (2009), 86

dererseits droht ein Verlust des Interesses an der Kommunalpolitik von Seiten der Bevölkerung.

- Zunehmende Ängste der Bevölkerung:

Aber nicht nur die Kommunen selbst stehen Privatisierungen skeptischer gegenüber, auch die Meinung der Bevölkerung zu Privatisierungen hat sich geändert. Die BürgerInnen haben bei Aufgaben der Daseinsvorsorge – auch durch die Erfahrungen im Zuge von Privatisierungen – mittlerweile mehr Vertrauen in öffentliche Unternehmen als in private.⁵³ Dies zeigt sich auch in aktuellen Umfragen: *„Der Kommunalverband VKU zitiert eine Dimap-Umfrage, wonach sich 75 Prozent aller Bundesbürger eher von Kommunalunternehmen versorgen lassen wollen als von rein privaten Eigentümern. Die Bürger erwarten von den Kommunalen stabilere Preise, mehr Versorgungssicherheit und dass die Gewinne – sofern es sie gibt – dem Nahverkehr, Kitas und Schwimmbädern zugutekommen.“*⁵⁴ In Deutschland haben die BürgerInnen aber, auf Basis der seit den 1990er Jahren ausgebauten direkt-demokratischen Entscheidungsformen, die verbesserte Möglichkeit, ihre *„Befürchtungen mit Hilfe von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden Ausdruck zu verleihen. Dies hat sich in den letzten Jahren in einer Reihe von ablehnenden Entscheidungen gegen geplante Privatisierungen bzw. Teilprivatisierungen niedergeschlagen.“*⁵⁵ Zu beobachten war dies etwa in den Städten Freiburg, Heidelberg, Hamburg, Leipzig und Rostock, wo *„ganz massive Bürgerproteste, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide Privatisierungsmaßnahmen verhindert“*⁵⁶ haben. Durch diese Entscheidungen wurden geplante Privatisierungen häufig schon vorab von den BürgerInnen abgelehnt.

- Finanzkrise:

Nicht zuletzt hat auch die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu beitragen, dass das Vertrauen in die Leistungskraft des Marktes und seiner wirtschaftlichen Akteure zusehends erschüttert wurde.⁵⁷ Dadurch ist *„schlagartig deutlich geworden, dass der ‚Markt‘ nicht automatisch richtig funktioniert und die private Wirtschaft keineswegs immer einer wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand überlegen ist.“*⁵⁸ Im Falle der Rekommunalisierung bedeutet das auch, dass sich Kommunen und ihre politischen AkteurInnen vermehrt auf die Unterstützung und den Rückhalt der Bevölkerung berufen und auch verlassen können.⁵⁹

⁵³ vgl. Röber (2012), 229

⁵⁴ <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kommunen-die-renaissance-des-staates/1504000.html>

⁵⁵ Röber, M. (2009), 85

⁵⁶ Bauer (2012), 19

⁵⁷ vgl. Röber, M. (2009), 84

⁵⁸ Schäfer (2012), 75

⁵⁹ vgl. Röber, M. (2009), 84

5.2 Argumente/Gründe

Die eben erläuterten Ursachen für etwaige Rekommunalisierungen waren alleine noch nicht ausschlaggebend dafür, dass es tatsächlich zu Rekommunalisierungen kam. Diese Schritte wurden erst dann gesetzt, wenn sich daraus konkrete Vorteile für die Kommunen ergaben. Denn es gibt eine Reihe von Argumenten politischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Natur, die für eine Rekommunalisierung sprechen. Eine Übersicht bietet die nachstehende Tabelle, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird:

Übersicht: Argumente pro Rekommunalisierung	
kommunaler Einfluss	<ul style="list-style-type: none">- Stadtentwicklung- Berücksichtigung nicht monetärer Ziele
ökonomische Leitbilder	<ul style="list-style-type: none">- stärkere ökonomische Ausrichtung
Wirtschaftsfaktor	<ul style="list-style-type: none">- Beschäftigungsangebot in der Kommune- faire Löhne- Stärkung der Kaufkraft in der Kommune
Sicherstellung der Daseinsvorsorge	<ul style="list-style-type: none">- Verhinderung von "Rosinenpicken" der privaten Akteure- Sicherstellung für alle zu gleichen Preisen
BürgerInnenverantwortung	<ul style="list-style-type: none">- verlässlicherer Ansprechpartner- stärkere Bürgernähe
Preise	<ul style="list-style-type: none">- bei Privaten oft teurer
Umweltauflagen	<ul style="list-style-type: none">- Umweltvorgaben werden von Kommunen eher erfüllt- Umweltziele können leichter erfüllt werden

Tabelle 1: Übersicht Argumente Rekommunalisierung

Kommunaler Einfluss

Die Stärkung des kommunalen Einflusses ist für die Kommunen einer der wichtigsten Gründe für Rekommunalisierungen. Dies bestätigt auch eine Umfrage⁶⁰ unter deutschen Kommunen aus dem Jahr 2011, bei der sich vorwiegend Kommunen mit über 20.000 EinwohnerInnen beteiligt haben, die in der Vergangenheit öffentliche Unternehmen (teil-)privatisiert haben. Die Umfrage ergab, dass fast ein Drittel der Kommunen die Wahrung des kommunalen Einflusses als Hauptgrund für Überlegungen an eine Rückübertragung nannten. Eng damit verwoben ist auch die fehlende Kontrolle, die für ein Fünftel der Kommunen einen Grund zur Rekommunalisierung darstellt.

⁶⁰ Insgesamt nahmen 102 Kommunen an der Befragung teil. Die Studie wurde herausgegeben von der Hypo Vereinsbank in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig. vgl. HypoVereinsbank. Renaissance der Kommunalwirtschaft – Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.



Abbildung 3: Gründe für Rekommunalisierung in Deutschland⁶¹

Dass der kommunale Einfluss für die Kommunen eine derart entscheidende Rolle hinsichtlich Rückführungen spielt, ist naheliegend, denn kommunale *„Einfluss-, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten sind einfacher umzusetzen, wenn die operative Tätigkeit in der kommunalen Hand liegt.“*⁶² Der Verlust dieser Einflussmöglichkeiten stellt sich im Falle von Privatisierungen als Problem für die Kommune dar. Sie ist dann zu Absprachen gezwungen um die Einhaltung politischer Vorgaben – wie etwa Umweltstandards – zu gewährleisten. Generell sollte die Kommune ihrem Selbstverständnis nach bei der Erfüllung bzw. Berücksichtigung von nichtmonetären Zielen (wie etwa Verbraucher- und Umweltschutz, Sozialstandards) gegenüber privaten Anbietern im Vorteil sein. Umso mehr Bereiche der Daseinsvorsorge im Besitz und unter Einfluss der Kommune sind, desto einfacher ist auch ein Austausch sowie Kooperation der verschiedenen Bereiche. Gleichzeitig verstärken sich so auch die Einflussmöglichkeiten der Kommune auf den Bereich der Stadtentwicklung. Die kommunale Einflussnahme im Bereich der Daseinsvorsorge hat aber auch einen monetären Aspekt, denn im Fall einer wirtschaftlichen Tätigkeit (wie etwa bei der Energieversorgung) fallen die Gewinne der Kommune und ihren BürgerInnen zu, und nicht einem Konzern. Dies kann auch eine wichtige Bedeutung für wirtschaftlich nicht attraktive Bereiche der Daseinsvorsorge haben, denn mittels der Einnahmen können defizitäre Segmente kommunaler Aufgabenerfüllung querfinanziert werden.⁶³

Ökonomische Leitbilder

Öffentlich geführten Unternehmen wurde in der Vergangenheit oft der Vorwurf der mangelnden Wirtschaftlichkeit gemacht. Ihnen wurde unterstellt das notwendige Know-how für wirt-

⁶¹ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 13

⁶² Difu-Papers (2009), 13

⁶³ vgl. Bauer (2012), 23

schaftliches Handeln nicht zu besitzen und nicht wirtschaftlich zu denken. In den letzten Jahren wurden deswegen in den Kommunen Verwaltungsreformen und Modernisierungen durchgeführt, mit dem Ziel einer „*stärkeren Orientierung an ökonomischen Leitbildern*“.⁶⁴ Dies hat auch zu einem Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit geführt, die die Kommune zusehends als potenten Dienstleister wahrnimmt. Das kommunale Handeln wird seitdem stärker von ökonomischen Leitbildern bestimmt, wodurch es den Kommunen gelungen ist Einsparungen durchzuführen, die sie auch im Wettbewerb mit privaten Anbietern konkurrenzfähig gemacht haben. „*Kommunen konnten durch Modifizierungen und die Nutzung von Synergieeffekten EU-weit Ausschreibungen gegen private Konkurrenten gewinnen*“.⁶⁵ Neben der generellen Ausrichtung hin zu mehr Wirtschaftlichkeit wurden auch einzelne Arbeitsschritte, je nach Bereich der Daseinsvorsorge, optimiert. Denn auch Kommunen sind als Dienstleistungserbringer bestrebt, wirtschaftlich zu arbeiten. „*An die Stelle der Kontrolle durch den Markt tritt die ausgeprägte öffentliche Gebarungsprüfung, nämlich:*

- *Die politische Kontrolle durch die demokratisch legitimierten Organe der öffentlichen Verwaltung,*
- *die administrative Kontrolle durch ein durchorganisiertes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, das öffentliche Vergabewesen sowie durch externe Organe der öffentlichen Kontrolle (Rechnungshof, Kontrollämter, Aufsichtsbehörden).*⁶⁶

In diesem Zusammenhang sei exemplarisch auf eine Übersicht der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland verwiesen, die die Fülle von Modifizierungsmaßnahmen zeigt, die Kommunen allein in diesem Bereich zur Verfügung stehen.

Maßnahmen im Bereich der Abfallwirtschaft zu ökonomischer Effizienzsteigerung (in Deutschl.)	
Fuhrpark	Nutzung eines modernen Fuhrparks, z.B. Seitenlader für die Abholung der Abfallbehälter
Tourenplanung	Aufbau einer GPS-gestützten Tourenplanung, Einführung von Schichtsystemen, Fahrzeugbesetzung mit zwei Personen, Reduzierung der Fahrkilometer
Behältersysteme	Umstellung der Behältersysteme auf wenige Behältergrößen, Minimierung des Behältertauschs
Lokalisation	wesentliche abfallwirtschaftliche Module wie u.a. Fuhrpark, Abfallbehandlungsanlagen in relativer Nähe zueinander legen
Gehälter	Orientierung der Gehälter an BDE-Tarifen
Arbeitsverhältnisse	Einführung von Zeitverträgen in den ersten Jahren, Ausgestaltung flexibler Arbeitsverträge, 4-in-5-Arbeitszeitmodell (vier Tage à 9,625 h und ein freier Tag)

Tabelle 2: Maßnahmen im Bereich der Abfallwirtschaft zu ökonomischer Effizienzsteigerung in Deutschland⁶⁷

Wirtschaftsfaktor

Die Kommune als Arbeitgeber unterscheidet sich (im Idealfall) in einigen wesentlichen Punkten von privaten Anbietern. Kommunal geführte Betriebe sind bestrebt, MitarbeiterInnen an-

⁶⁴ Difu-Papers (2009), 17

⁶⁵ Difu-Papers (2009), 16

⁶⁶ Klug (2011), 35

⁶⁷ Difu-Papers (2009), 17

zuwerben, die in der Kommune leben. Damit wird die lokale Arbeits- wie auch Ausbildungsplatzsituation verbessert. Dies geht mit der Stärkung der Kaufkraft in der Kommune einher, denn das verdiente Geld wird somit auch eher wieder in der Kommune ausgegeben. Im Gegensatz zu privaten Unternehmen, die bei der ökonomischen Führung der Betriebe häufig bei einer Reduktion der Personalkosten ansetzen, ist die Kommune daran interessiert, faire Löhne zu bezahlen. Im Privatbereich werden die Löhne oft nicht nach Kollektivvertrag bzw. Tarif bezahlt und/oder die Menschen in prekäre Beschäftigungsformen gedrängt. Dabei wird übersehen, dass faire Löhne einen wichtigen Faktor zu sozialer Eingliederung und Teilhabe der Individuen darstellen, aber auch ein wichtiger Indikator für den Wirtschaftsstandort der Kommune sind. Die Liste von Beispielen in diesem Segment ist lang. Exemplarisch sei wieder auf die Abfallwirtschaft in Deutschland verwiesen, in der die Löhne in den letzten Jahren bis unter die BDE-Tarife⁶⁸ reduziert wurden. Faire (nach Tarif bzw. Kollektivvertrag bezahlte) Löhne stellen gerade bei gering qualifizierten und eher schwächer verdienenden BürgerInnen einen wichtigen sozialen Faktor dar. Gerade diese Gruppe ist in der deutschen Abfallwirtschaft stark vertreten und verfügt häufig über Migrationshintergrund. *„Somit besitzt die Kommune als Arbeitgeber eine wichtige soziale Rolle [...]. Der Aspekt sollte gerade mit Blick auf derzeitige Diskussionen hinsichtlich der immer weiter auseinander gehenden Schere zwischen Arm und Reich sowie der Integration von Migranten [...] betrachtet werden. Kommunen können in diesen Bereichen eine gesellschaftlich wichtige Vorbildrolle übernehmen.“*⁶⁹

Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch im deutschen Energiesektor feststellen. Die in den 1990er Jahren in Deutschland durchgeführten Privatisierungen von Stadtwerken führten *„in verschiedenen Fällen nachweislich zu einer Verschlechterung der tariflich geregelten Vergütungs-, Arbeitszeit- und sonstigen Beschäftigungsbedingungen.“*⁷⁰ Kommunal geführte Stadtwerke bieten hingegen für die Beschäftigten *„sichere Arbeitsplätze mit guten Entgeltstrukturen und Arbeitsbedingungen.“*⁷¹

Neben fair bezahlten Löhnen nehmen Kommunen auch eine wichtige Stellung hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen (wie etwa Menschen mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen, MigrantInnen oder Menschen mit Behinderung) ein. So sollten kommunale Unternehmen (mehr als Private) daran interessiert sein, auch Personen zu beschäftigen, die im „Ersten Arbeitsmarkt“ wenig Chancen haben. Kommunale Unternehmen sollten in diesem Fall bestrebt sein, soziale Integration vor Profitmaximierung zu stellen.

⁶⁸ BDE = Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V.

⁶⁹ Difu-Papers (2009), 18

⁷⁰ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 3

⁷¹ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 2

Die (gezielte) Auftragsvergabe stellt eine weitere Möglichkeit der Kommunen zur Stärkung der kommunalen Wirtschaftskraft dar. Im Gegensatz zu privaten Unternehmen wird die Kommune eher bestrebt sein, Aufträge gezielt „an heimische Unternehmen von Handwerk und Mittelstand als örtliche Wirtschaftsförderung“ zu vergeben. Somit profitieren auch kleine Betriebe vor Ort von der kommunalen Betriebsführung.

Sicherstellung der Daseinsvorsorge

Eine (Teil-)Privatisierung in Bereichen der Daseinsvorsorge bedeutet nicht automatisch die Abgabe jeglicher Verantwortung seitens der Kommune. Im Gegenteil muss die Kommune dafür Sorge tragen, dass alle Leistungen der Daseinsvorsorge erfüllt werden. Denn hier tritt der Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Akteuren zutage. Die privaten Akteure sind vorwiegend daran interessiert, gewinnbringende Aufgaben zu übernehmen, was gemeinhin als „Rosinenpicken“ bezeichnet wird, während die unprofitablen den Kommunen überlassen bleiben. So beschränkt sich das Engagement privater Wasserversorger in Entwicklungsländern auf die Versorgung von Großstädten, manchmal sogar auf einzelne (wohlhabende) Stadtteile, während der ländliche Raum weitgehend unbeachtet bleibt.⁷² Ein anderes Beispiel für das sogenannte „Rosinenpicken“ ist die private Bahnlinie „Westbahn“ des Industriellen Hans Peter Haselsteiner. Die „Westbahn“ legt ausschließlich die Strecke Wien-Salzburg zurück, eine der attraktivsten Bahnstrecken in ganz Österreich. Die Liberalisierung des Bahnverkehrs hat diese Möglichkeit zugelassen, seit Dezember 2011 wird sie auch genutzt. Während der öffentliche Verkehrsträger „ÖBB“ weiterhin für den Betrieb unrentabler Strecken sorgen muss, sind gewinnbringende Bahnverbindungen auch für Private interessant.

Das Überbleiben von unprofitablen Dienstleistungen für Kommunen ist neben der immer noch vorhandenen Verantwortung ein Nachteil für die Kommunen, da es einen zusätzlichen Kosten- und Personalaufwand bedeutet – und das bei gleichzeitig ausbleibenden Gewinnen in profitablen Bereichen der Daseinsvorsorge. Dieses Phänomen tritt etwa in der deutschen Abfallwirtschaft zutage. Obwohl die Kommunen die Entsorgung auf private Akteure übertragen haben, fallen „extra“ Dienstleistungen an, die von den Privaten nicht übernommen werden. So verbleiben Aufgaben wie Littering⁷³ oder die Reinigung von Straßenfesten bei der Kommune, die einen enormen Kostenfaktor darstellen.⁷⁴ Generell zeigt sich der Trend, dass die privaten Dienstleister lukrative Aufgaben übernehmen, während die unprofitablen oder gar defizitären Bereiche von den Kommunen übernommen werden müssen, um den Versorgungsstandard ebenso wie die soziale Fairness sicherzustellen. Diese Entwicklung stellt nicht nur ein Problem für ein ausgeglichenes Budget, sondern auch eine Gefahr für die Zu-

⁷² ÖGPP (2008), 14

⁷³ Unter Littering versteht man das Liegenlassen und Wegwerfen von Abfall vor allem auf öffentlichen Grund.

⁷⁴ vgl. Difu-Papers (2009), 16

kunft dar. Ein einfaches Beispiel aus der deutschen Abfallwirtschaft zeigt das Gefahrenpotential einer solchen Entwicklung. Im Zuge des demografischen Wandels könnten durch vermehrte Privatisierung der Abfallwirtschaft ländliche Regionen von der Grundversorgung ausgeschlossen werden. *„In vielen ländlichen Regionen sind schon heute die Entfernungen zwischen den einzelnen Abfallbehältern aufgrund einer geringen Bevölkerungsdichte relativ groß.“*⁷⁵ Während die Kommunen dem *„Postulat der Gleichwertigkeit ländlicher Gebiete“*⁷⁶ unterliegen, ist die Entsorgung abgelegener Gebiete für die privaten Unternehmen ökonomisch nicht interessant bzw. nur dann, wenn die Personen höhere Preise bezahlen. Das ist ein erheblicher Einschnitt in die soziale Fairness, der bei einer kommunal geführten Abfallwirtschaft nicht denkbar wäre. Ähnliches müsste auch in Österreich befürchtet werden, wo die Zersiedelung ein immer größeres Problem darstellt.

BürgerInnenverantwortung

In der Verantwortung bleibt die Kommune aber nicht nur aufgrund tatsächlicher Leistungen, sondern auch, weil sie in einer Verantwortung gegenüber den BürgerInnen steht, die die Wahrung dieser Funktion auch von der Kommune verlangen. Selbst in den (teil-)privatisierten Bereichen der Daseinsvorsorge stellt die Kommune aus Sicht der Bevölkerung noch immer den ersten und auch den verlässlicheren Ansprechpartner dar. Dies zeigen auch Meinungsumfragen wie jene des Deutschen Instituts für Urbanistik im Bereich der Abfallwirtschaft. Diese ergab, dass die Kommunen aus Sicht der Bevölkerung in der Entsorgungspflicht bleiben, auch wenn diese Dienstleistung (teil-)privatisiert wurde. Kommunale ExpertInnen gaben an, dass die BewohnerInnen der Gemeinde zuerst den Weg zur Kommune suchen, um sich über mangelhafte Qualität bei der Abfallentsorgung zu beklagen.⁷⁷ Auch im Energiesektor wurden in Deutschland ähnliche Erfahrungen gemacht: *„Für die Bürger gelten Stadtwerke [...] als Anbieter, die in der Regel Versorgungssicherheit gewährleisten und bei Problemen einfach erreichbar sind.“*⁷⁸

Während bei (teil-)privatisierten Unternehmen solche Bürgerbeschwerden einen zusätzlichen Aufwand für die Kommune bedeuten, zumal sie für die Erledigung der Aufgaben nicht zuständig ist, können sie im Fall einer kommunalen bzw. rekommunalisierten Erbringung der Daseinsvorsorge einen positiven Effekt für die Kommune haben. Denn in diesem Fall können die Kommunen kurzfristig auf Bürgerwünsche reagieren und haben die Möglichkeit, so flexibel wie möglich und notwendig zu handeln. In diesem Sinn kann Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge auch ein Instrument zu verstärkter Bürgernähe darstellen.

⁷⁵ Difu-Papers (2009), 18

⁷⁶ Difu-Papers (2009), 18

⁷⁷ vgl. Difu-Papers. (2009), 15

⁷⁸ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 2

Preisentwicklung

Eine der Erwartungen, die mit Privatisierungen verbunden war, bezog sich auf das zu erwartende Preisniveau. Man ging davon aus, dass die Verbraucherpreise für die BürgerInnen sinken bzw. zumindest gleich bleiben würden. In der Realität waren jedoch Privatisierungen oftmals mit Preissteigerungen (neben nicht zufriedenstellender Qualität) verbunden. *„Am Gewinn orientierte Privatunternehmen verlangen eher höhere Gebühren als Stadtwerke - obwohl sie niedrigere Löhne zahlen. Kommunale Eigenbetriebe ermöglichen den Kreisen und Städten dagegen, die Gebühren mit Rücksicht auf die Bürger festzulegen und gleichzeitig mehr Existenz sichernde Arbeitsplätze zu schaffen.“*⁷⁹

Die Erfahrungen hinsichtlich der Preisentwicklung haben sich auch im Bewusstsein der BürgerInnen manifestiert, die laut Meinungsumfragen eine Preissteigerung bei Privatisierungen fürchten. Auch diese Erfahrungen haben zur generell größer werdenden Skepsis gegenüber Privatisierungen beigetragen.

Umweltauflagen

Kommunen sind (lokal-)politischen Vorgaben verpflichtet, darunter fallen auch Umweltauflagen. Im Gegensatz zu privaten Anbietern halten Kommunen diese Auflagen eher ein *„und gehen in vielen Fällen aufgrund von politischen Vorgaben darüber hinaus.“*⁸⁰ Zudem können Kommunen die politisch vorgegebenen Umweltziele einfacher umsetzen, wenn und umso mehr Bereiche der Daseinsvorsorge in ihrer Hand liegen. Die diesbezüglich notwendigen Entscheidungen können auf diese Weise von den Kommunen autonom getroffen werden und bedürfen keiner Absprache mit privaten Anbietern.

Im Energiesektor etwa spricht im Sinne einer nachhaltigen Klimapolitik vieles dafür, dass die Kommunen *„über eine Erzeugungs- und Netzinfrastruktur verfügen, die sie selbst gestalten. Die Einbeziehung Privater steht diesem Ziel nicht grundsätzlich entgegen. Vergegenwärtigt man sich allerdings, welche Privatinvestoren für Stadtwerke in Frage kommen, sind Konflikte zwischen betriebswirtschaftlichen und ökologischen Zielen vorprogrammiert.“*⁸¹

Auch in der Abfallwirtschaft zeigen sich Vorteile, wenn Kommunen diese Dienstleistungen in eigenen Händen halten. Einerseits aufgrund von teils besseren bzw. benutzerfreundlicheren Ressourcen wie etwa bei kommunalen Fuhrparks, die in der Regel zentraler zu den abzuholenden Abfallbehältern liegen als bei privaten, möglicherweise überregional agierenden Anbietern.⁸² Andererseits auch wegen der ökologischen Verarbeitung von Abfällen. Zwar zeigen die bisherigen Erfahrungen (zumindest in Deutschland), dass diese Aufgabe von privaten Anbietern ebenso effizient erledigt werden kann wie von kommunalen Unternehmen. Für

⁷⁹ <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html>

⁸⁰ Difu-Papers (2009), 19

⁸¹ Friedrich Ebert Stiftung (2009), 4

⁸² vgl. Difu-Papers. (2009), 19

privatwirtschaftliche Unternehmen bleibt jedoch die Voraussetzung, dass ein Markt vorhanden oder im Entstehen begriffen sein muss, wo Gewinne erzielt werden können. Hier macht sich ein Unterschied zu kommunalen Unternehmen bemerkbar, denn diese würden *„bei entsprechender Verpflichtung, die Aufgabe auch dann erledigen, wenn sich keine Gewinne für die Rückführung von Stoffströmen in den Wirtschaftskreislauf generieren ließen.“*⁸³ Bei der ökologischen Verarbeitung von Abfällen können die Kommunen dagegen auf Ressourcen zurückgreifen und gezielt weiterverarbeiten, wie etwa die Verarbeitung von biogenen Abfällen in Biogasanlagen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme zeigt.⁸⁴ Im Allgemeinen führt die Weiterverwertung von Abfällen *„zu einer Entlastung des Ressourcenverbrauchs und somit zu einer Reduzierung von Umweltschäden.“*⁸⁵ Die derzeitigen Tendenzen zeigen, dass in Zukunft auch aus ökonomischer Sicht Stoffstrommanagement forciert werden wird.

5.3 Gefahren – Rekommunalisierung als Allheilmittel?

Wie zuvor dargestellt wurde, gibt es zahlreiche Argumente, die für Rekommunalisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge sprechen. Viele Beispiele belegen die positiven Effekte, die von Rekommunalisierungen ausgehen können. Doch gleichzeitig muss vor einer unreflektierten Euphorie für Rekommunalisierung gewarnt werden, denn die versprochenen positiven Effekte stellen sich nicht automatisch ein. So *„sind rekommunalisierte Infrastrukturen nicht per se bürgernäher, effizienter und wirtschaftlicher.“*⁸⁶ Welche Auswirkungen Rekommunalisierungen haben, hängt vielmehr davon ab, wie Verantwortliche agieren, vorhandene Chancen nutzen und die übertragenen Aufgaben umsetzen. Denn neben positiven Effekten bergen Rekommunalisierungen für die Kommunen auch Risiken und Gefahren, die bereits vor Beginn einer Rekommunalisierungsentscheidung berücksichtigt werden müssen. Dazu zählt etwa eine zeitgerechte Vorbereitung auf die zu treffende Entscheidung und das Wissen über mögliche Alternativen. So kann die Rekommunalisierung einer Aufgabe nur eine Handlungsoption neben anderen sein. Häufig stellen aber auch Mischformen der Aufgabenverteilung, etwa in Form von Public Private Partnerships, eine gangbare Alternative dar. Diese Mischformen sind aber nicht unumstritten: *„Öffentliche Aufgaben sollen [...] grundsätzlich öffentlich erledigt werden [...] – jede Vermischung durch hybride Gestaltungsformen der Gewährleistung durch Konzessionserteilung, Leasing, PPP-Modelle, Sale and Lease back, Contracting out, etc. birgt die Gefahr einer Verwirrung, rechtlicher Konfusion und Interessensdivergenz in sich, die unbedingt zu vermeiden ist.“*⁸⁷ Aber auch andere Gründe sprechen gegen unternehmerische Mischformen in der Aufgabenverteilung: *„Wenn*

⁸³ Difu-Papers (2009), 19

⁸⁴ vgl. Difu-Papers (2009), 18

⁸⁵ Difu-Papers (2009), 19

⁸⁶ <http://www.demo-online.de/content/rekommunalisierung-der-energieversorgung-ae-chancen-und-risiken>

⁸⁷ Klug (2011), 29

man in diesen Bereich sogenannte Private-Public Partnerships' zulässt, dann erlaubt man es den privaten Anbietern, sich jene Segmente auszusuchen, die ihnen gefallen, während der öffentliche Sektor die Versorgung auf den Gebieten garantiert, an denen das entsprechende Unternehmen kein Interesse hat. Eine solche Form der öffentlichen Versorgung führt dazu, daß die Leistungen schrumpfen, sie werden gleichsam nur noch für eine ‚Restkategorie‘ von Menschen erbracht, und wir wissen [...], daß damit die Qualität der Leistungen sinkt, da diese nur noch von den Ärmsten und von Gruppen ohne politischen Einfluß wahrgenommen werden.⁸⁸

Trotz dieser Argumente muss eine Entscheidung für eine Rekommunalisierung gut überlegt und geplant sein, um erfolgreich umgesetzt werden zu können. *„Problematisch ist [...], dass das vorhandene Know-how im jeweiligen kommunalen Betrieb, in der jeweiligen Gebietskörperschaft, im Zuge einer Liberalisierung regelmäßig verloren ging und im Zuge der Re-Kommunalisierung erneut aufgebaut, ja von ‚außen‘ zugekauft werden musste.“⁸⁹* Investitionen in diesem Bereich machen sich bezahlt, denn mangelt es an Fachkenntnissen und Entscheidungsbereitschaft und können etwaig vorhandene Zweifel und Unsicherheiten nicht ausgeräumt werden, sind Widerstand von Öffentlichkeit und Presse wahrscheinlich. Wenig förderlich sind dafür diffuse Verantwortungs- und Entscheidungsstrukturen in Verwaltung und Politik, die zu lang andauernden Entscheidungsprozessen führen.

Die Rückführung eines Versorgungsunternehmens in kommunale Hand bedeutet nicht automatisch die dezidierte Rückkehr zu ausschließlich die Daseinsvorsorge erfüllenden Aktivitäten und damit die Zurücknahme der Deregulierung und Flexibilisierung der entsprechenden Tätigkeitsfelder, wie ideologisierte Darstellungen gelegentlich glauben machen wollen. Denn auch rekommunalisierte Unternehmen müssen sich auf liberalisierten „Märkten“ bewegen und zunehmend auch Gewinne lukrieren. Die öffentlichen Unternehmen sind – auch aufgrund der angespannten budgetären Situation vieler Kommunen – immer öfter dazu angehalten, mit den rückgeführten Unternehmen für zusätzliche Einnahmen zu sorgen. Denn schließlich mussten sich viele Kommunen für den Rückkauf des ehemaligen öffentlichen Eigentums stark verschulden, wie etwa die Negativbeispiele „Thüga AG“ oder „Steag“ (Ruhrgebiet) zeigen.

Die Entscheidung für oder gegen eine Rekommunalisierung zuvor privatisierter Aufgaben kann nur unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren erfolgen. *„Rekommunalisierung ist nicht ‚an sich‘ gut oder ‚an sich‘ schlecht. [...] Gradmesser für die richtige Balance zwischen Privatisierung und Kommunalisierung wird sein, in welcher Form die Absicherung der elementaren Bedürfnisse, die wir mit dem Begriff der Daseinsvorsorge umschreiben, am besten*

⁸⁸ Crouch (2008), 114

⁸⁹ Stieger (2011), 97

*gelingt.*⁹⁰ Entscheidungen müssen in Hinsicht auf das Gemeinwohl getroffen werden und nicht als ideologische Entscheidungen. Eine polarisierende Gegenüberstellung von Privatisierung und Rekommunalisierung wäre verfehlt. Vielmehr müssen sie als „*komplementäre Strategien zur Modernisierung des Gemeinwesens*“⁹¹ betrachtet werden, wenngleich sie „*die Endpunkte einer Skala mit vielen hybriden Übergängen*“⁹² darstellen.

6. Rekommunalisierungen in der Praxis

In den vergangenen Jahren hat sich der Trend der Privatisierung verlangsamt, in manchen Dienstleistungsbereichen sogar umkehrt. Die Anzahl der Rekommunalisierungen hat dementsprechend in den unterschiedlichen Sektoren der Daseinsvorsorge zugenommen. Die meisten Rekommunalisierungen finden aktuell im Bereich der Energiewirtschaft statt, da in diesem Segment vorab auch ein großer Teil der Privatisierungen zu verzeichnen waren. In anderen Bereichen der Daseinsvorsorge lassen sich, großteils auch bedingt durch die ohnehin kommunale Aufgabenwahrnehmung, nur abgeschwächte Trends zur Rekommunalisierung beobachten. So ist etwa in der Wasser- und Abwasserwirtschaft (derzeit noch) keine breite Bewegung Richtung Rekommunalisierung zu beobachten, da primär die Kommunen diese Bereiche betreiben und der Anteil rein privater Anbieter eher gering ist. Dennoch gibt es auch in diesem Sektor einige Beispiele. Ähnlich verhält es sich im Bereich der Abfallentsorgung. Keine breite Rekommunalisierungswelle zeichnet sich derzeit in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, wie etwa dem öffentlichen Personennahverkehr, dem Wohnbau oder dem Gesundheitsbereich, ab.

Viele der hier angeführten Rekommunalisierungsbeispiele stammen aus Deutschland, da sich hier derzeit die in Europa einmalige Situation ergibt, dass eine Vielzahl an Konzessionsverträgen ausläuft. Dadurch wird den Kommunen eine Rückübertragung ermöglicht. Aber auch in anderen Ländern kam es in den letzten Jahren zur Rückführungen privatisierter Aufgaben in die öffentliche Hand.

Neben Rekommunalisierungen gibt es auch vereinzelte Beispiele von Kommunalisierungen, also Aufgaben, die vormals nicht in öffentlicher Hand waren und jetzt von den Kommunen ausgeführt werden. Hier ist zwar von keinem flächendeckenden Trend zu sprechen, jedoch sind im Zusammenhang mit dem hier vorliegenden Thema auch diese Veränderungen einen Blick wert.

⁹⁰ Becker (2012), 58

⁹¹ Bauer (2012), 31

⁹² Bauer et al. (2012), 8

Der nun folgende Praxisteil wird sich mit Rekommunalisierungen in den unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge beschäftigen, die dahinter stehenden Überlegungen erläutern und den Weg dorthin beschreiben.

6.1 Energieversorgung

„Rekommunalisierung ist vor allem ein energiewirtschaftliches Thema.“⁹³ Dies hat seine Ursache in den zahlreichen Liberalisierungen und Privatisierungen, die in Europa im Energiesektor Mitte der 1990er Jahre einsetzten. Gefördert wurden die Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen von der EU, die im Jahr 1996 die erste Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie und zwei Jahre später die erste Erdgasbinnenmarktrichtlinie verabschiedete. Im Jahr 2003 wurde auch die zweite Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktrichtlinie angenommen. „Ziel der EU-Kommission war es, eine vollständige Öffnung der Märkte zu erreichen bei gleichzeitiger Gewährleistung hoher Standards öffentlicher Dienstleistungen und der Beibehaltung universaler Dienstleistungsverpflichtungen.“⁹⁴

Die Liberalisierung wirkte sich vor allem für die bereits etablierten Großkonzerne positiv aus. Während sie einen zunehmend großen Anteil der europäischen Stromversorgung übernahmen, konnten neue Anbieter kaum Fuß fassen. Die etablierten Anbieter verhinderten durch hohe Netzgebühren den Markteinstieg neuer Unternehmen, sodass einige wenige Stromanbieter zusehends die Strompreise kontrollierten. Weit problematischer waren die Folgen der Liberalisierung jedoch hinsichtlich der Versorgungssicherheit. Unter der Prämisse von Rentabilität und Kosteneffizienz wurden die Investitionen in Infrastruktur und Stromspeicherung reduziert. Dies hatte im November 2006 eine durch „E.On“ verursachte Netzüberlastung und Stromausfälle in weiten Teilen Europas zur Folge.

Rekommunalisierungen, die mittlerweile eine Gegenentwicklung im Energiesektor darstellen, gab es im europäischen Raum in den letzten Jahren vor allem in Deutschland. Viele deutsche Kommunen haben nach der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Jahr 1998, welche eine Aufhebung der Gebietsmonopole nach sich zog, ihre Energieversorger privatisiert. In Deutschland hatte 2001 bereits jede zweite Stadt mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen zumindest Anteile an ihren Stadtwerken privatisiert. Profitiert haben davon vor allem große Unternehmen wie „E.On“ und „RWE“.⁹⁵

Das deutsche Institut für den öffentlichen Sektor e.V. hat zusammen mit dem Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig eine Umfrage über Rekommunalisierung in der Energieversorgung in deutschen Kommunen über 20.000

⁹³ Difu-Papers (2011), 6

⁹⁴ ÖGPP (2008), 8

⁹⁵ vgl. Tesche, Otto (2011)

EinwohnerInnen durchgeführt.⁹⁶ Dabei wurden auch die Gründe für Rekommunalisierungsbestrebungen in der Energieversorgung (mit der Option auf Mehrfachnennungen) abgefragt. Kommunen begründen ihre Rekommunalisierungsvorhaben in erster Linie mit der Wahrung bzw. der Steuerung des kommunalen Einflusses. Die fehlende Zielkongruenz zwischen privater und öffentlicher Seite spielt ebenfalls eine Rolle, wenn auch in einem weitaus geringeren Ausmaß. Eine untergeordnete Rolle spielt für die Kommunen hingegen die nicht zufriedenstellende Leistungserbringung von privaten Anbietern.⁹⁷

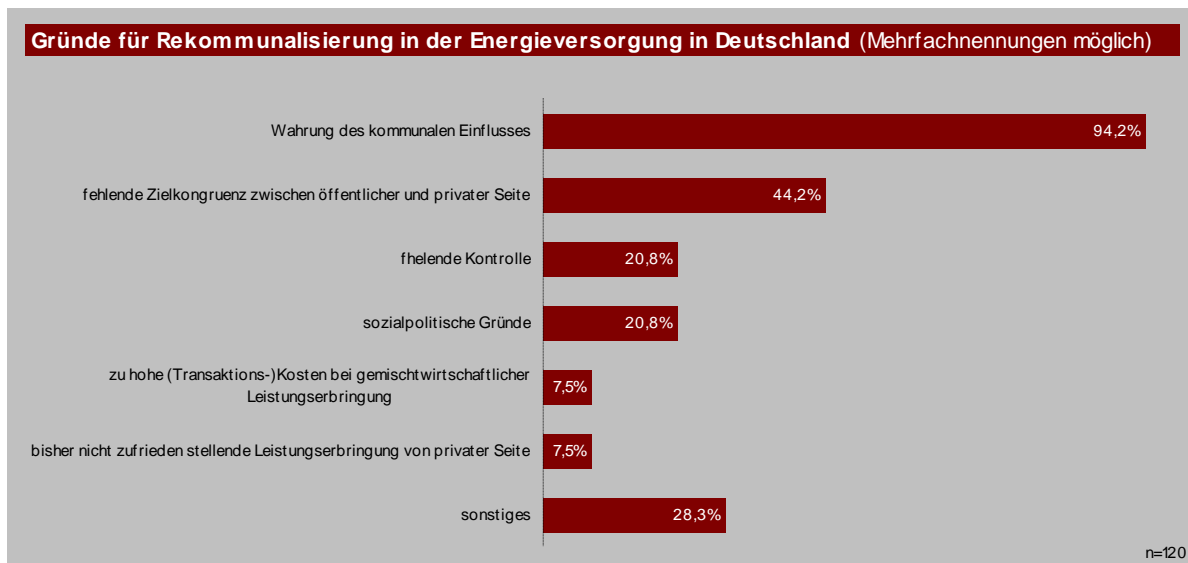


Abbildung 4: Gründe von Rekommunalisierungsbestrebungen in der Energieversorgung in Deutschland (Mehrfachnennungen möglich)⁹⁸

Eine andere Studie der HypoVereinsbank, bei der keine Mehrfachnennungen möglich waren, kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Wahrung des kommunalen Einflusses (34,5 Prozent) der wichtigste Grund für Rekommunalisierungsbestrebungen in der Energieversorgung ist. Als weiterer Grund für Rekommunalisierungen wurde die effektive Erfüllung der Daseinsvorsorge von rund einem Fünftel (20,7 Prozent) der Kommunen angeführt. Sozialpolitische Gründe (6,9 Prozent) spielen hingegen kaum eine Rolle.⁹⁹

Hintergrund der Rekommunalisierungsbestrebungen in Deutschland sind außerdem die zahlreichen bis 2015/16 auslaufenden Konzessionsverträge mit privaten Anbietern und die notwendige Neuausschreibung. Denn aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern wurde die Energieversorgung nicht gänzlich privatisiert, sondern Konzessionsverträge über einen gewissen Zeitraum abgeschlossen. Mit dem Auslaufen dieser Konzessionsverträge bieten sich nun neue Handlungsoptionen für Kommunen. Viele Gemeinden haben sich dazu entschie-

⁹⁶ vgl. public governance (2011)

⁹⁷ vgl. public governance (2011), 8

⁹⁸ public governance (2011), 8

⁹⁹ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 17

den, die Energieversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen. „*Since 2007, 44 new local public utilities (stadtwerke) have been set up and more than 100 concessions for energy distribution networks and service delivery have returned to public hands.*“¹⁰⁰ Einfluss auf diese Entwicklung hatten sowohl die Erfahrungen der Wirtschaftskrise und das momentan niedrige Zinsniveau, als auch die energiepolitischen Rahmenbedingungen (Reduktion von CO₂, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie, etc.) und der daraus resultierende Wunsch nach stärkerem politischen Einfluss der Kommunen.

Neben Deutschland gibt es nur vereinzelte Beispiele in anderen europäischen Ländern für Rekommunalisierung bzw. Renationalisierungen im Energiesektor. In Finnland ist das Stromnetz im Besitz des Unternehmens Fingrid, an dem die öffentliche Hand mittlerweile wieder mit 53 Prozent beteiligt ist.¹⁰¹ Auch in Litauen wird der nationale Stromnetzanbieter Lietuvos energija – nach weitreichenden Privatisierungen ab 1999 – seit Ende des Jahres 2011 wieder gänzlich durch den Staat kontrolliert.¹⁰²

- **Hamburg Energie**

In Hamburg (ca. 1,8 Mio. EinwohnerInnen) erfolgte in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends, unter einer CDU-geführten Stadtverwaltung, eine umfangreiche Privatisierungswelle. Dabei wurden – unter anderem – die noch bei der Stadt verbliebenen Anteile der *Hamburgischen Electricitäts-Werke* (HEW) an das private Unternehmen Vattenfall veräußert.¹⁰³ Einige Jahre später wurden im Zuge der Wirtschaftskrise die negativen Aspekte dieser Privatisierung offenkundig. Bürgermeister Ole von Beust (CDU) kritisierte im Jahr 2008 schließlich die bisherige Lösung: „*Wir haben einen Fehler gemacht mit der Privatisierung. Und man möchte dieses Rad gerne zurück drehen.*“¹⁰⁴ Die schwarz-grüne Stadtregierung reagierte im Jahr 2009 und es wurde mit der „Hamburg Energie“ ein neuer kommunaler Energieerzeuger errichtet. Im Gegensatz zu den meisten anderen Rekommunalisierungen im Energiesektor handelt es sich hierbei um die eher seltene Form einer Stadtwerkgründung ohne eigenes Versorgungsnetz. Denn dieses ist im Eigentum des schwedischen Unternehmens Vattenfall AG.¹⁰⁵

Die neu gegründete „Hamburg Energie“ ist eine Tochtergesellschaft der Hamburger Wasserwerke, die sich im vollständigen Besitz der Stadt Hamburg befinden.¹⁰⁶ Die „Hamburg Energie“ wird als GmbH geführt und unterliegt daher dem Wettbewerb mit anderen Stromproduzenten. Im „Gründungsmanifest“ der „Hamburg Energie“ bekennt sich die Stadt Ham-

¹⁰⁰ EPSU (2012), 5

¹⁰¹ <http://www.fingrid.fi/en/investors/shares/Pages/default.aspx>

¹⁰² EPSU (2012), 6

¹⁰³ <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article106153496/Hamburg-kehrt-zur-Staatswirtschaft-zurueck.html>

¹⁰⁴ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/firmen/1317410/>

¹⁰⁵ Mittlerweile ist die Stadt Hamburg mit 25,1% am Versorgungsnetz beteiligt.

¹⁰⁶ <http://www.hamburgenergie.de/ueber-uns/manifest.html>

burg zur Rekommunalisierung der Energieerzeugung unter dem besonderen Aspekt des Umweltschutzes sowie der sozialen Preisgestaltung und ökologischen Nachhaltigkeit. Die Energieerzeugung unterliegt dabei der Souveränität der Stadt.¹⁰⁷ Dem Schwerpunkt eines ökologisch nachhaltigen Stroms will die „Hamburg Energie“ mittels Photovoltaik, Windkraft, Biomasse und Geothermik nachkommen.¹⁰⁸ Unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit (in Produktion und Verteilung) wurde im Jahr 2010 das Geschäftsfeld um die Versorgung mit Erdgas erweitert.¹⁰⁹ Noch im gleichen Jahr erhielt die „Hamburg Energie“ den Zuschlag für die Versorgung aller öffentlichen Gebäude mit Erdgas.¹¹⁰

Jedoch gilt die Rekommunalisierung bis dato nicht als voller Erfolg, da bislang nicht alle Erwartungen erfüllt werden konnten. Der „Hamburg Energie“ ist es weder im Geschäftsbereich Erdgas, noch bei der Energieerzeugung möglich, die Kunden zu 100 Prozent aus eigener Produktion zu bedienen. (Es wird jedoch das Ziel einer vollständigen Energieautarkie Hamburgs bis 2018 verfolgt.)¹¹¹ Dieses Manko versucht die Gesellschaft durch den großflächigen Zukauf von Strom und Erdgas aus nachhaltigen Quellen auszugleichen.¹¹² Mitkonkurrenten werfen dem kommunalen Unternehmen jedoch Wettbewerbsverzerrung vor, da die niedrigen Tarife der „Hamburg Energie“ nur durch die enge Verflechtung mit Hamburg Wasser möglich seien.¹¹³

Neben sozialen und ökologischen Anforderungen war die Rekommunalisierung der Energieerzeugung in Hamburg mit der Erwartung verbunden, dass die neue Gesellschaft einen positiven Beitrag zur Stadtkasse leisten und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien finanzieren kann.¹¹⁴ Ein positiver Beitrag der „Hamburg Energie“ zur Stadtkasse konnte aufgrund der hohen Investitionskosten (vor allem im Bereich der Photovoltaik) bisher noch nicht erzielt werden.¹¹⁵

Wie erfolgreich das Unternehmen jedoch bisher mit dem Konzept einer ökologisch nachhaltigen Stromerzeugung ist, zeigen die Kundenzahlen: Während Endes des Jahres 2010 die „Hamburg Energie“ 20.000 Personen mit Strom und 3.500 mit Gas in Hamburg versorgte,

¹⁰⁷ <http://www.hamburgenergie.de/ueber-uns/energieerzeugung.html>

¹⁰⁸ <http://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-regional/hamburg-energie-liefert-auch-gas-11214722.bild.html>

¹⁰⁹ <http://www.hamburgenergie.de/presse/pressemeldung/artikel/kostenersparnis-von-rund-20-prozent-hamburg-energie-uebernimmt-gasversorgung-staedtischer-einrichtu.html>

¹¹⁰ <http://www.hamburgenergie.de/presse/pressemeldung/artikel/kostenersparnis-von-rund-20-prozent-hamburg-energie-uebernimmt-gasversorgung-staedtischer-einrichtu.html>

¹¹¹ <http://www.stromanbieter--vergleich.de/hamburg-wasser-und-hamburg-energie-jahrespressekonferenz/>

¹¹² http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article108278458/Nicht-alle-finden-den-Erfolg-von-Hamburg-Energie-gut.html

¹¹³ http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article106303233/Fragwuerdige-Geschaefte-mit-Hamburg-Energie.html

http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article106339798/Stromanbieter-erzuernt-ueber-Hamburg-Energie.html

¹¹⁴ <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article3762695/Staedtischer-Strom-fuer-den-Massenmarkt.html>

¹¹⁵ vgl. Hamburg Wasser (2010), 74-91 sowie Hamburg Wasser (2011), 74-82

waren es im Mai 2012 bereits 80.000 Strom- und 10.000 GaskundInnen.¹¹⁶ In kurzer Zeit wurde „Hamburg Energie“ so zum drittgrößten Stromanbieter der Hansestadt.

- **Stadtwerke Stuttgart**

Im Jahr 1999 verkaufte die Stadt Stuttgart (etwa 605.000 EinwohnerInnen) ihre Mehrheitsanteile am regionalen Versorgungsunternehmen „Neckarwerk Stuttgart“ (NWS)¹¹⁷ an die „Energie Baden-Württemberg“ (EnBW)¹¹⁸. Das Geschäft mit der „EnBW“ umfasste drei Tranchen: *„Erstens verkaufte die Stadt ihr EnBW-Aktienpaket. Zweitens stieß sie 17,5 Prozent der Neckarwerke Stuttgart [...] ab [...]. Drittens übertrug man im Jahr 2002 auch den restlichen 25-prozentigen Anteil an den NWS [...] an die EnBW.“*¹¹⁹ Der Verkauf der „Neckarwerke Stuttgart“ ging innerhalb kürzester Zeit vor sich und wurde letztendlich, trotz Vorbehalten mancher PolitikerInnen, einstimmig im Gemeinderat beschlossen. Die Zustimmung zum Verkauf basierte auf den sinkenden Strompreisen und Erlösen der „NWS“ nach der Liberalisierung des Energiemarktes Ende der 1990er Jahre. Ein Fehler, wie sich später zeigte, denn die Strompreise stiegen kurz darauf wieder kräftig an.

Im Jahr 2001 wurde bekannt, dass mit dem Verkauf der „Neckarwerke Stuttgart“ auch das *„Stimmrecht in den Zweckverbänden der Landes- und der Bodenseewasserversorgung“*¹²⁰ mit *veräußert*¹²¹ wurde. Die Stadt hatte ihre Anteile von je 33,3 Prozent an den beiden Zweckverbänden¹²² an die „Energie Baden-Württemberg“ verkauft.¹²³ Im Jahr 2010 gelang es kritischen Kräften der Zivilgesellschaft, wie der NGO „WasserInBürgerhand“, über 25.000 Unterschriften für eine Rekommunalisierung der städtischen Wasserversorgung zu sammeln. Damit war der Stadtrat gezwungen, über die Anliegen der UnterzeichnerInnen abzustimmen. Die Abstimmungen endeten mit einem einstimmigen Beschluss zur Rekommunalisierung der lokalen Wasserversorgung. Zur Umsetzung dieser Forderung muss allerdings noch das Ende der Konzessionsverträge, die 2012/13 auslaufen, abgewartet werden.¹²⁴

¹¹⁶ <http://www.hamburgenergie.de/presse/pressemeldung/artikel/erfolgreiches-zweites-geschaeftsjahr-fuer-hamburg-energie.html>, Stand 01.08.2012

¹¹⁷ Die Neckarwerke Stuttgart versorgte die Region Stuttgart mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Trinkwasser.

¹¹⁸ Die EnBW ist ein Zusammenschluss kommunaler Versorgungsunternehmen. Ursprünglich war die EnBW als eine Art Holding für die teilnehmenden Betriebe gedacht (in Vorbereitung auf die Strom-Liberalisierung) und weist daher einen hohen Grad an Verflechtungen auf (z.B. Besitz an Zweckverbänden). Viele kommunale Akteure besitzen Anteile an EnBW, die wiederum an vielen kommunalen Versorgern Anteile hält. Einen wichtigen Anteilseigner stellt das Land Baden-Württemberg dar.

¹¹⁹ <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.energieversorgung-ein-historischer-fehler-wird-korrigiert-page3.70c4fa89-335c-4543-b07a-5022a7524eb9.html>

¹²⁰ Die beiden Quellen Donauniederungen bei Ulm (Landeswasserversorgung) und der Bodensee (Bodensee Wasserversorgung) stellen die Versorgung der Landeshauptstadt Baden-Württembergs sicher.

¹²¹ <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.energieversorgung-ein-historischer-fehler-wird-korrigiert-page3.70c4fa89-335c-4543-b07a-5022a7524eb9.html>

¹²² Zweckverbände stellen interkommunale Zusammenschlüsse dar, welche der Erreichung eines konkreten Zieles dienen müssen (hier z.B. Wasserversorgung).

¹²³ Arenz (2010)

¹²⁴ http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2010/stgt_fuer_rekommunalisierung_wasser.htm

Im Jahr 2011 fasste die Stadt Stuttgart den Beschluss zur Gründung einer eigenen vollständig kommunalen Stadtwerkegesellschaft in Form der „Stadtwerke Stuttgart GmbH“. Diese wird die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser durchführen. Mit den „Elektrizitätswerken Schönau“ wurde ein wichtiger strategischer Partner für die Stromversorgung gefunden. Bereits ab Herbst 2012 wird der kommunale Versorger ausschließlich Strom aus regenerativer Erzeugung anbieten können. Neben der Stromversorgung sollen die neuen Stadtwerke auch die Aufgabe der Wasserversorgung übernehmen. Dazu sollen auch die Wasserbezugsrechte an der Landeswasserversorgung und der Bodensee Wasserversorgung zurück gekauft werden.¹²⁵ Angedacht wurde außerdem die Übernahme der Fernwärmeversorgung. Nach einem Gutachten entschied sich die Stadt Stuttgart jedoch dafür, diesen Geschäftsbereich weiterhin von der „EnBW“ bedienen zu lassen.

- **Bergkamen**

In Bergkamen, einer über 50.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt in Nordrhein-Westfalen, kam es in den vergangenen Jahren schrittweise zu einer Reihe von Rekommunalisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Im Vordergrund der Überlegung stand der Versuch, die vorteilhafteste Aufgabenerfüllung für die BürgerInnen sicherzustellen. Deshalb wurden für die einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge unterschiedliche Organisationsformen gewählt.

Die Strom- und Erdgasversorgung wird seit 1996 bzw. 1999 durch ein interkommunales Stadtwerk, das „GSW – Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH“, organisiert. Seit 2003 hat „GSW“ auch die Fernwärmeversorgung übernommen und sich als wettbewerbsfähiges und gewinnbringendes kommunales Unternehmen etabliert.

Im Jahr 2002 übernahm der Baubetriebshof der Gemeinde die bis dahin private Straßenreinigung, wodurch eine Senkung der Straßenreinigungsgebühr von 25 Prozent erzielt werden konnte.

Seit dem Jahr 2006 wird auch die Müllabfuhr in Bergkamen von dem städtischen Eigenbetrieb „Entsorgungsbetriebe Bergkamen“ (EBB) übernommen, was eine Verbesserung des Serviceangebots bei gleichzeitiger Gebührensenkung von 12 Prozent mit sich brachte.

Nach längeren Überlegungen ist seit 2010 auch die Wasserversorgung wieder Teil des kommunalen Angebots. Eine Rekommunalisierung der Wasserrohrnetze konnte aufgrund der hohen Kosten nicht umgesetzt werden, stattdessen wurde der Netzbetrieb als Public-Private-Partnership mit „Gelsenwasser AG“ organisiert.¹²⁶

Die „GWS“ zeigt, wie kommunale Unternehmen ihre Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können. So wurden über die „GWS“ etwa Förderprogramme für Erdgas-PKWs und Erdgas-

¹²⁵ <http://www.stuttgart.de/stadtwerke>

¹²⁶ vgl. Schäfer (2012), 76

Heizungsanlagen initiiert, die städtischen Gebäude wurden mit Solaranlagen ausgestattet und Öko-Strom aus österreichischer Wasserkraft angeboten. Für Haushalte mit geringem Verbrauch wurde ein Spartarif ohne Grundpreis geschaffen. Die Einnahmen in lukrativen Bereichen helfen den Betrieb von Schwimmbädern und anderen Freizeiteinrichtungen zu familienfreundlichen Preisen zu finanzieren.¹²⁷

- **STEAG / Ruhrgebiet**

Im Jahr 2010 kaufte ein kommunales Bieterkonsortium, bestehend aus vier Stadtwerken (Dortmund, Düsseldorf, Bochum, Essen) und zwei Versorgungsbetrieben, 51 Prozent der Anteile an der „Evonik Energie“. Mit der Teil-Rekommunalisierung von „Evonik Energie“ erfolgte auch deren Umbenennung in „Steinkohlen Elektrizität AG“ (Steag).

Zuvor war „Evonik Energie“ einer der wichtigsten privaten Energieversorger des Ruhrgebiets und betrieb mehrere (vor allem Braunkohle-) Kraftwerke. Das Unternehmen war außerdem im Besitz von drei Kraftwerken im Ausland (Türkei, Kolumbien, Philippinen).

Neben den Mehrheitsanteilen erlangten die Kommunen für die restlichen 49 Prozent der sich im Eigentum des „Evonik“ Mutterkonzerns „RAG“ befindlichen Anteile, nach dem Ablauf von fünf Jahren, ein Vorkaufsrecht. Die Motivation der Kommunen für die Rückübertragung war die Möglichkeit der Nutzung des Unternehmens als Plattform für erneuerbare Energien, aber auch die Lukrierung von Einnahmen für die jeweiligen Stadtkassen.¹²⁸ Der Kauf wurde erst durch eine Änderung der Gemeindeordnung möglich. Damit ermöglichte die rot-grüne Landesregierung ein wirtschaftliches Auftreten der kommunalen Stadtwerke über ihr direktes Versorgungsgebiet hinaus.¹²⁹

Die Rekommunalisierung sorgt nach wie vor für Kritik. Denn die gewünschte Gewinnerzielung konnte bisher mit einem Gewinn von 4,9 Mio. Euro im Jahr 2011 nicht erreicht werden. Die Aktionäre (Kommunen und „RAG“) bestanden dennoch auf eine Dividendenausschüttung, die nur durch die Auflösung bestehender Rücklagen des Unternehmens ermöglicht werden konnten. Generell wird der Kaufpreis von 651 Mio. Euro als finanzielle Überbelastung der defizitären Kommunen betrachtet.¹³⁰ Fraglich erscheint in diesem Kontext auch, ob die Modernisierung eines Unternehmens, welches derzeit 98 Prozent seines Stroms durch Kohlekraftwerke gewinnt, gelingen kann. Ebenfalls kritisch betrachtet wird das starke Engagement eines kommunal dominierten Unternehmens im Ausland.¹³¹

¹²⁷ <http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422>

¹²⁸ <http://www.verivox.de/nachrichten/steag-stadtwerke-konsortium-ist-neuer-mehrheitseigentuermer-70032.aspx>

¹²⁹ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

¹³⁰ <http://corporate.evonik.de/de/presse/pressemitteilungen/pages/newsdetails.aspx?newsid=17976>

¹³¹ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

- **Bremen**

Auch in Bremen (etwa 550.000 EinwohnerInnen) gibt es den Wunsch, wieder stärker in die Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung der Stadt eingebunden zu sein. Bislang übernahm diese Aufgabe die „SWB AG“, der Nachfolger der 1999 gänzlich privatisierten ehemaligen „Stadtwerke Bremen“. Doch der mit „SWB“ geschlossene Vertrag zur Netznutzung läuft Ende 2014 aus. Die Ausschreibung der Nutzungsverträge für die nächsten 20 Jahre ist bereits erfolgt, nach Auskunft der Stadt hat eine „ganze Reihe von Unternehmen“¹³² Angebote gelegt. Wer den Zuschlag bekommt ist noch unklar.

Klar ist hingegen, dass Bremen bei dieser Gelegenheit einen Anteil von 25,1 Prozent des Netzes rekommunalisieren will.¹³³ Die Netze sind im Moment jedoch Eigentum der „SWB AG“, was bei der Wahl eines neuen Betreibers Probleme mit sich bringen würde. Das Beispiel macht deutlich, wie schwierig die Rekommunalisierung vormalig privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge sein kann. Mit dieser Problematik ist Bremen kein Einzelfall: *„Nicht selten wurden im Rahmen der Privatisierung vertragliche Regelungen getroffen, die eine Rekommunalisierung jedenfalls nicht ganz einfach machen.“*¹³⁴

- **Thüga AG**

Die „Thüga AG“ (Thüringen Gas) ist ein Versorgungsunternehmen, das die beiden Geschäftsfelder Gas und Strom bedient. Versorgt werden durch die „Thüga AG“ insbesondere die deutschen Bundesländer Bayern, Thüringen und Sachsen.

Die „Thüga AG“ war eine Tochterfirma der „E.ON AG“¹³⁵, einer der größten privaten Energieversorger Europas. Die „E.ON AG“ ist seit den 1980er Jahren daran interessiert, Beteiligungen an regionalen Versorgungsunternehmen zu kaufen. So erwarb sie im Jahr 1998 beispielsweise 24 Prozent an der städtischen „Mainova AG“ der Stadt Frankfurt. Die „Thüga AG“ befand sich jedoch nicht im alleinigen Eigentum der „E.ON AG“. Stattdessen besaßen viele kommunale Unternehmen Anteile an der „Thüga AG“ (z.B. N-Energie Nürnberg, Mainova Frankfurt).¹³⁶ Die „Thüga AG“ stellte somit eine historisch gewachsene Mischform zwischen öffentlichem und privatem Eigentum dar.

Im Jahr 2009 verkaufte „E.ON AG“ seine lokale Stadtwerke-Tochtergesellschaft an zwei kommunale Erwerberkonsortien. Einerseits an die „KOM09“, ein Zusammenschluss 45 regionaler Stadtwerke vor allem kleinerer Kommunen, andererseits an die „Integra“, ein Verbund

¹³² http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Neuer-Netzbetreiber-gesucht-_arid,347131.html

¹³³ http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Neuer-Netzbetreiber-gesucht-_arid,347131.html

¹³⁴ Becker (2012), 51

¹³⁵ Die E.ON AG bildet eine Fusion der beiden bis dahin (2000) staatlich dominierten Mehrheitseigentümer von VIAG und VEBA.

¹³⁶ http://www.welt.de/welt_print/wirtschaft/article4957445/Geschaefit-perfekt-Stadtwerke-kaufen-E-on-Tochter-Thuega.html sowie

http://www.gerald-gruenert.de/Privatisei_Aufgaben/13052011/Rekommunalisierung_best_practice.pdf

aus den „Stadtwerken Nürnberg“ (N-Energie), „Stadtwerken Frankfurt“ (Mainova) und „Stadtwerken Hannover“. Der Kaufpreis der „verkleinerten“ „Thüga AG“ lag bei 2,9 Mrd. Euro.¹³⁷ Teile der „Thüga AG“, wie zum Beispiel die Berliner Gaswerke, wurden jedoch durch Nutzung von Vorkaufsrechten durch die „E.ON AG“ selbst erworben. Insgesamt gelangten durch den Verkauf aber 100 regionale Versorgungsunternehmen in den Besitz der beiden kommunalen Bieterkonsortien „KOM09“ und „Integra“.

Bei dieser Rekommunalisierung stand nicht der Wunsch der Kommunen, Bereiche der Daseinsvorsorge wieder rückzuführen, im Vordergrund. Vielmehr machten wettbewerbsrechtliche Bedenken der EU-Kommission hinsichtlich der starken Marktkonzentration des „E.ON“-Konzerns den Umbau des Unternehmens notwendig.¹³⁸

Seit dem Jahr 2009 konnte die „Thüga Holding“ ihren kommunalen Anteilseignern jedes Jahr Gewinne ausschütten und ein hohes Maß an Investitionen in die Infrastruktur und besonders in die Erzeugung erneuerbarer Energie aufweisen.¹³⁹ Die „Thüga AG“ dient außerdem lokalen Stadtwerken und Versorgungsbetrieben als strategischer Partner und versucht weitere Anteile an kommunalen Versorgungsunternehmen zu erwerben.¹⁴⁰ Um die Kosten von neuen Beteiligungen und Investitionen in Infrastruktur finanziell zu verkraften, strebt das Unternehmen für das Jahr 2012 eine Kapitalerhöhung an. Dafür sollen bis zu 25 Prozent des Unternehmens an der Börse verkauft werden.¹⁴¹ Damit folgt auf die Kommunalisierung eine erneute Teilprivatisierung.

- **Mögliche Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze in Berlin**

In den Jahren 2013 und 2014 enden die Konzessionsverträge der Stadt Berlin für das Stromnetz mit der „Vattenfall AG“. Nun hat sich in Berlin eine heftige Debatte entwickelt, ob die Stadt die Energieversorgung wieder übernehmen sollte. Ausgangspunkt ist ein Volksbegehren des „Berliner Energietisches“ mit dem Ziel der vollständigen Rekommunalisierung der Netz-Infrastruktur, um eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung zu gewährleisten.¹⁴² Diese BürgerInneninitiative spiegelt eine von vielen öffentlichen Debatten über die Eigentumsverhältnisse von Versorgungsunternehmen, die etwa auch bei den Berliner Wasserbetrieben oder den Stromnetzen in Hamburg geführt wurden. Im Jahr 2011 hat auch die regierende SPD auf ihrem Landesparteitag die Rekommunalisierung der Strom und

¹³⁷ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/konkurrenz-fuer-e-on-co-experten-feiern-deutschlands-neue-energie-macht-a-642026.html> sowie Arenz (2010)

¹³⁸ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/versorger-eon-verkauft-thuega-an-kommunen-seite-all/3236896-all.html>

¹³⁹ Thüga (2011), 12f. sowie Thüga (2012), 17

¹⁴⁰ http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/Presse/Jahrespressekonferenz_110527_Praesentation.pdf

¹⁴¹ http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/roundup-thuega-hofft-auf-milliardeneinnahme-durch-kapitalerhoehung_aid_765444.html

¹⁴² <http://www.berliner-energetisch.net/images/eckpunkt Papier%20ge.pdf>

Gasnetze als politisches Ziel festgelegt.¹⁴³ Der Koalitionspartner CDU erteilte diesen Absichten jedoch eine klare Absage. Alle anderen im Berliner Stadtparlament vertretenen Parteien (Linke, Grüne, Piraten) sprechen sich ebenfalls für eine vollständige Rekommunalisierung aus. Im Juli 2012 haben die Betreiber des Volksbegehrens die notwendigen gültigen Unterschriften erreicht. Der Berliner Senat muss daher nun über den vorliegenden Gesetzesentwurf entscheiden.¹⁴⁴

6.2 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Wasser hat als Ressource und Lebensmittel, das nicht substituierbar ist, bei der Daseinsvorsorge einen besonderen Stellenwert. *„Wasser wird in allen Lebensbereichen benötigt und ist gleichzeitig elementar für die Aufrechterhaltung der Biosphäre.“*¹⁴⁵ Das Vorhandensein einer flächendeckenden Wasserver- und Abwasserentsorgung hat enorme Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Menschen und der sie umgebenden Umwelt. Die Besonderheit des Gutes Wasser sorgte dafür, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28. Juli 2010 *„das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht an[erkannte, Anm. d. Verf.], das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist.“*¹⁴⁶ Auch rechtliche Bestimmungen in den verschiedenen Ländern heben die Bedeutung der Wasserversorgung hervor. So ist etwa in Südafrika das Recht auf Wasser in der Verfassung verankert, ebenso wie in Uruguay, wo außerdem eine Privatisierung verboten wurde. Auch in der österreichischen Bundeshauptstadt Wien *„[...] wurde der Verkauf der öffentlichen Wasserversorgung und der Liegenschaften der Quellschutzgebiete verfassungsrechtlich unterbunden.“*¹⁴⁷

Der Eigencharakter des Wassers als notwendiges, nicht ersetzbares Produkt und das „lokale Monopol“ des Wassers, also der teure und strukturell schwer mögliche Transport über weite Strecken, haben in vielen Ländern zu einer Konzentration der Wasserver- und Abwasserentsorgung in der Hand der Kommunen geführt.

Im europäischen Raum stellen Großbritannien und Frankreich diesbezüglich eine Ausnahme dar, hat die private Wasserversorgung hier doch eine lange Tradition. In Frankreich wurde die Verwaltung der Wasserversorgung für einen beschränkten Zeitraum privatisiert, in Großbritannien sogar die gesamte Infrastruktur zur Wasserversorgung. Auch in vielen osteuropäischen Ländern kam es in den letzten Jahren zu Privatisierungen und Konzessionsvergaben an private Firmen, vor allem um dadurch Kapital und Know-how zu lukrieren. Die Liberalisie-

¹⁴³ <http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/11320-berlin-spd-unterstuetzt-energetisch>

¹⁴⁴ <http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/11612-berliner-energetisch-schafft-erste-stufe>

¹⁴⁵ ÖGPP (2008), 12

¹⁴⁶ <http://www.un.org/Depts/german/gv-64/band3/ar64292.pdf>

¹⁴⁷ ÖGPP (2008), 17

rung der Wasserversorgung wurde auch durch die EU vorangetrieben. Denn bereits Mitte der 1990er Jahre hat die EU-Kommission die Liberalisierung des EU-Wasserektors als Ziel postuliert.¹⁴⁸ „Die wichtigste Antriebskraft hinter der Liberalisierung der EU waren diverse Lobbying-Organisationen.“¹⁴⁹ Auch daran verdeutlicht sich das starke Interesse von privaten Unternehmen an der Trinkwasserversorgung als nicht ersetzbares Gut.

Die Kostenintensität der Wasserver- und Abwasserentsorgung stellte vor allem kleine Gemeinden oft vor finanzielle Probleme und so war die Versuchung einer Privatisierung groß. Dass eine weitreichende Privatisierung wie im Energiesektor verhindert werden konnte, lag einzig an der besonderen Stellung, die das Wasser im ganzen Versorgungssystem einnimmt.

In Deutschland etwa ist die Wasser- und Abwasserversorgung – wie in Österreich – immer primär in kommunaler Hand, weswegen es keine breite Rekommunalisierungstendenz gibt. „Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Unternehmensformen existieren seit Jahrzehnten nebeneinander, wobei innerhalb der privatrechtlichen Organisationsformen gemischtwirtschaftliche Unternehmen überwiegen.“¹⁵⁰ Hier zeigt sich jedoch ein Unterschied zwischen Wasser- und Abwasserversorgung. Die Wasserversorgung ist kaum ausschließlich in der Hand privater Anbieter und selbst bei anteilmäßigen Besitzen zeigen sich in Deutschland Tendenzen, diese rückzukaufen, wie das derzeit prominenteste Beispiel der Berliner Wasserbetriebe zeigt. Bei der Abwasserversorgung ist dieser Trend in abgeschwächter Form zu finden. Auch wenn hier öffentlich-rechtliche Unternehmen überwiegen, existieren „verschiedene Formen öffentlich-privater Zusammenarbeit in Form von Betriebsführungs-, Betreiber- und Kooperationsmodellen [...]“¹⁵¹

Werden dennoch Rekommunalisierungen im Wasserektor überlegt, zeigt sich auch hier der besondere Charakter des Wassers, dessen Schutz „vor dem Zugriff privatwirtschaftlicher Interessen regelmäßig betont“¹⁵² wird. Dies lässt sich empirisch nachweisen, denn anders als bei der Energieversorgung, wie die Studie der HypoVereinsbank zeigt, sind die Gründe für eine Rekommunalisierung der Wasserversorgung bei den befragten Kommunen vorwiegend sozialpolitischer Natur (40 Prozent). Für ebenso viele stellt sich die effektive Erfüllung der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand als wichtig dar. Die Wahrung des kommunalen Einflusses spielt hingegen bei der Wasserversorgung eine untergeordnete Rolle.

¹⁴⁸ vgl. ÖGPP (2008), 12

¹⁴⁹ ÖGPP (2008), 12

¹⁵⁰ Difu-Papers (2011), 8

¹⁵¹ Difu-Papers (2011), 8

¹⁵² Difu-Papers (2011), 8

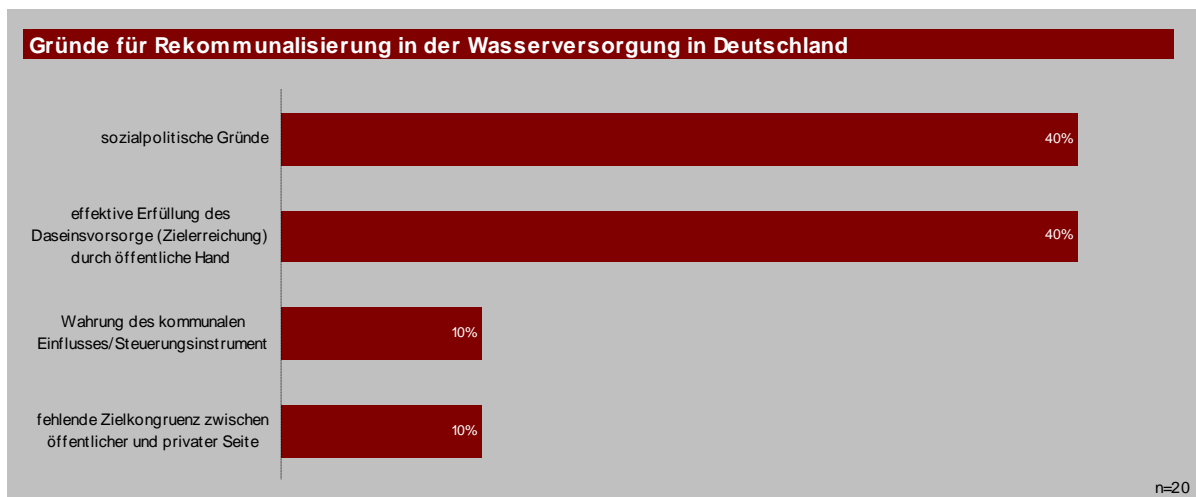


Abbildung 5: Gründe für Rekommunalisierung in der Wasserversorgung in Deutschland¹⁵³

Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung wird (zumindest für Deutschland) erwartet, dass in Zukunft nicht Rekommunalisierung, sondern interkommunale Kooperation die zentrale Rolle einnehmen wird.¹⁵⁴ Diese sind „langfristig angelegt und bieten gerade für die Wasserwirtschaft als langfristige Daseinsvorsorgeaufgabe eine verlässliche Organisationsstruktur.“¹⁵⁵ Besonders im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen wie demografische Veränderungen oder Klimawandel, aber auch schlicht der Wunsch nach einer effizienten Aufgabenerledigung stellen sich als Gründe für viele Kommunen dar, Infrastrukturaufgaben gemeinsam zu bewältigen. Generell zeigt sich, dass interkommunale Kooperation für die beteiligten Kommunen zahlreiche Vorteile bietet, wie etwa eine Kompetenz- und Kräftebündelung, gesteigerte Effizienzpotentiale und mögliche Kostenersparnisse. Insbesondere für kleinere Kommunen stellt dies einen gangbaren Weg dar, da diese oft nicht in der Lage sind, so „kostenintensive Aufgaben wie die Wasserver- und/oder Abwasserentsorgung alleine zu stemmen.“¹⁵⁶

- **Wasserversorgung in Potsdam**

Eines der bekanntesten deutschen Beispiele hinsichtlich der Rekommunalisierung eines ehemals privatisierten Betriebs ist die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Potsdam (ca. 160.000 EinwohnerInnen). Im Zuge des allgemeinen Privatisierungsbooms der 1990er Jahre entschloss sich auch Potsdam zur Teilprivatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung, einer Public Private Partnership. 1998 kam es daher zu einer Kooperation mit „Eurawasser“, einem weltweit agierenden Tochterunternehmen der beiden Großkonzerne „Thyssen Krupp“ und „Suez“, die 49 Prozent der „Wasserbetriebe Potsdam GmbH“

¹⁵³ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 19

¹⁵⁴ vgl. Difu-Papers (2011), 9

¹⁵⁵ VKU (2011), 5

¹⁵⁶ VKU (2011), 5

kaufen.¹⁵⁷ Die Motive waren die gleichen wie in anderen Städten auch: *„Entlastung des Haushalts, Anlockung privater Investoren, Flexibilisierung der Personalstrukturen, Erschließung privaten Know-hows und privater Innovationskraft, Gewährleistung sicherer Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Kostenminimierung, Verbesserung der Servicequalität usw.“*¹⁵⁸ Die Erwartungen konnten jedoch nicht ansatzweise erfüllt werden. Innerhalb von nur zwei Jahren kam es zu einer Verdoppelung der Wassergebühren, die Preissteigerung sollte sich laut Prognosen in den folgenden Jahren weiter fortsetzen.¹⁵⁹ Diese Preisentwicklung in Kombination mit Personalabbau und dem geringen städtischen Einfluss auf das Unternehmen führte innerhalb von nur zwei Jahren zum Scheitern dieser Public Private Partnership. Bereits im Jahr 2000 war die Stadt Potsdam wieder alleiniger Eigentümer der „Stadtwerke Potsdam GmbH“. Die Verpflichtungen aus den dafür notwendigen Kreditaufnahmen bedingen bis heute die bundesweit höchsten Gebühren für die KundInnen.¹⁶⁰

- **Rekommunalisierung der Wasserversorgung im Großraum Paris**

Die private Wasserversorgung hat in Frankreich eine lange Tradition. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Vorgängerunternehmen von „Veolia Environnement“ und „Suez Environnement“ gegründet, deren Sitz noch heute in Paris ist. Während die meisten anderen Staaten Europas ihre Wasserversorgung im Laufe des 20. Jahrhunderts staatlich organisierten, beschritt Frankreich einen anderen Weg.¹⁶¹

Bereits im Jahr 1984 vergab die konservative Mehrheit im Pariser Stadtsenat, in Form eines 25-jährigen Konzessionsvertrages, die Wasserversorgung (operativer Betrieb, Wartung, Investitionen) an zwei private französische Firmen („Compagnie des eaux de Paris“, CEP und „Eau et Force“, EF). Drei Jahre später, im Jahr 1987, erfolgte die Teilprivatisierung der städtischen Wasserwerke, wobei „EF“ und „CEP“ jeweils 14 Prozent der neuen Betreiberfirma „SAGEP“ erwarben, der Rest der Anteile verblieb im Besitz der Stadt Paris (70 Prozent) bzw. der staatsnahen französischen Investitionsbank (CDC, 2 Prozent). Die Abwasserbeseitigung (bzw. Kläranlagen) blieben allerdings zu 100 Prozent im Besitz der Stadt. Den beiden privaten Firmen gelang eine Modernisierung des Pariser Wasserversorgungsnetzes. Nachdem in beinahe 20 Jahren der Anteil der Rohrbrüche nur gering gesenkt werden konnte (von 22 Prozent im Jahr 1985 auf 17 Prozent im Jahr 2003), kam es auf Druck der Stadt Paris zu Investitionen die den Anteil der Rohrbrüche auf nur noch 3,5 Prozent im Jahr 2009 senken konnten. Im Gegenzug kam es allerdings zu einer deutlichen Verteuerung der Wasserpreise. Von 1985 bis 2009 nahm der Preis pro Kubikmeter Wasser um 265 Prozent zu, die Inflation

¹⁵⁷ vgl. Bauer (2012), 13

¹⁵⁸ Bauer (2012), 14

¹⁵⁹ vgl. <http://www.zeit.de/2006/26/Priv-Flucht-ins-Private>

¹⁶⁰ vgl. Bauer (2012), 13ff

¹⁶¹ vgl. Pigeon et al. (2012), 25f

betrug zum Vergleich jedoch nur 70,5 Prozent. Die Kunden spürten diesen Preisanstieg durch deutliche Preissprünge alle drei Monate.¹⁶²

Im Jahr 2001 verkündete der neugewählte Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë (Parti socialiste), das Ziel seiner Regierung sei die stärkere Kontrolle der kommunalen Hand über die öffentlichen Dienstleistungen (darunter auch die Wasserversorgung) im Raum Paris. Im Jahr 2007 erfolgte ein Beschluss des Stadtsenates, in welchem sich die Stadt zur vollständigen Verantwortung für die Wasserversorgung bekannte (vom operativen Betrieb bis hin zum Netzausbau), die kommunale Betreibergesellschaft „Eau de Paris“ (EP) wurde gebildet. Mit 1. Januar 2010 übernahm „Eau de Paris“, nach Ende der regulären Verträge mit „Veolia“ (vormals „CEP“) und „EF“, zu 100 Prozent die Wasserversorgung der Stadt Paris.¹⁶³

„Eau de Paris“ ist eine halb-autonome Körperschaft, wobei alle operativen Entscheidungen vom Stadtsenat bestätigt werden müssen. Im Vorstand der „EP“ sind dabei nur Vertreter der Stadt sowie MitarbeiterInnen einer Konsumenten- und einer Umweltschutz-NGO. Neben diesem Einfluss im operativen Geschäft konnten im Zuge des Übergangs von privater zu kommunaler Versorgung beträchtliche Einsparungen erzielt werden. Alleine 35 Mio. Euro konnten durch die entfallenden Konzessionszahlungen eingespart werden. Der Wasserpreis je Kubikmeter für Privatverbraucher konnte 2011 um 8 Prozent gesenkt werden (von 1.0464/m³ Euro auf 0.9627/m³ Euro). Durch einen klaren, einheitlichen Aufbau der neuen Firma (durch eine Vereinheitlichung von drei verschiedenen Führungsebenen zu einer) kam es zu weiteren Einsparungen.¹⁶⁴ Die erfolgreiche Umsetzung hatte Vorbildwirkung für andere französische Kommunen: *„[...] inspired by the example of Paris, a further 40 French municipalities have also decided to re-municipalise water services, including major cities such as Bordeaux and Brest.“*¹⁶⁵

Die Kommunalisierung hatte jedoch nicht nur positive Effekte. Denn die privaten Anbieter reduzierten, nach einer kurzen Phase von Erneuerungen, ihre Investitionen, sodass das Leitungsnetz in Paris renovierungsbedürftig wurde. Durch die defizitäre Budgetsituation der Stadt Paris können die notwendigen Investitionen für eine Erneuerung jedoch nicht aufgebracht werden. Bei „EP“ herrscht massiver Widerstand der Belegschaft gegen eine weitere Senkung der Wassertarife, da viele Beschäftigte Lohnkürzungen befürchten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht besteht auch das Problem, dass in den Jahren der privaten Führung enormes Wissen hinsichtlich der Organisation eines Wasserversorgungsunternehmens verloren gegangen ist. Gleichzeitig verweigerten fast alle Manager der beiden privaten Betriebe eine Aufnahme in den öffentlichen Dienst. Somit musste „EP“ viele Führungspositionen mit

¹⁶² <http://www.remunicipalisation.org/cases#Paris>

¹⁶³ vgl. Pigeon et al. (2012), 24-33

¹⁶⁴ Pigeon et al. (2012), 35 sowie

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/wasserversorgung-in-paris-anstossen-mit--eau-de-paris-,1472780,7192666.html>

¹⁶⁵ EPSU (2012), 5

Personen besetzen, die keine Erfahrungen im operativen Betrieb der Wasserversorgung hatten.¹⁶⁶

Trotz der vergleichsweise kurzen Erfahrung von „EP“ kann festgehalten werden: *“The simplistic idea that the private sector is naturally better equipped to manage urban water systems was proven wrong in Paris, where a private duopoly by powerful companies was operating at the expense of the residents of the city.”*¹⁶⁷

- **Noch laufende Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe**

Im Jahr 1999 verkaufte der Berliner Stadtsenat, mit den Stimmen der rot-schwarzen Regierungsparteien, einen Teil der kommunalen „Berliner Wasserbetriebe“ (BWB) an „RWE“ und „Vivendi“ (später „Veolia“). Die Stadt behielt mit 50,1 Prozent die Mehrheit am Unternehmen, die restlichen 49,9 Prozent der Anteile wurden von den privaten Investoren um 1,69 Mrd. Euro (damals 3,3 Mrd. Mark) gekauft.¹⁶⁸ Trotz der bei der Stadt verbliebenen Mehrheit gab sie die Führung des Unternehmens an die privaten Teilhaber ab.

Ziel der Teilprivatisierung war vor allem die Lukrierung kurzfristiger Einnahmen für die defizitäre Stadtkasse. Die finanziellen Ressourcen des Unternehmens waren für die Aufrechterhaltung des operativen Betriebs (Wartung, Reparaturen, etc.) aber immer weniger ausreichend, gleichzeitig musste der weitere Ausbau der Berliner Wasserversorgung finanziert werden. Dieser Ressourcenmangel ergab sich jedoch nicht aufgrund einer defizitären Unternehmensführung der „Berliner Wasserbetriebe“, sondern vielmehr durch politische Entscheidungen. Der entstandene Eigenkapitalmangel war darauf zurückzuführen, dass die Stadt große Teile des Eigenkapitals der „BWB“ in das Budget der Stadt transferierte.¹⁶⁹

Mit der Teilprivatisierung waren Hoffnungen nach einem Schuldenabbau verbunden und der Wunsch, mit Hilfe eines strategischen Partners betriebswirtschaftliches Knowhow zu gewinnen. Außerdem sollten die negativen Auswirkungen der parteipolitischen Besetzung hoher Führungspositionen unterbunden werden.¹⁷⁰

Für die Durchführung der Teilprivatisierung wurde ein komplexes juristisches Gebilde ausgestaltet. Neben Änderungen im Bereich der „Berliner Wasserbetriebe“ wurden eine Reihe von „Geheimverträgen“ zwischen „RWE“/„Vivendi“ (später „Veolia“) und dem Berliner Stadtsenat geschlossen. Dabei handelte es sich um privatwirtschaftliche Verträge, welche einer strengen Geheimhaltungsklausel unterliegen. Der Öffentlichkeit wurden somit wichtige Informationen im Bezug auf die Teilprivatisierung vorenthalten, etwa die den beiden privaten Teilha-

¹⁶⁶ <http://www.tni.org/article/paris-local-authorities-regain-control-water-management>, Pigeon et al. (2012), 33-38

¹⁶⁷ Vgl. Pigeon et al. (2012), 38

¹⁶⁸ Wasserkolloquium (2008) sowie <http://www.taz.de/!60523/>

¹⁶⁹ Wasserkolloquium (2008), 61

¹⁷⁰ Wasserkolloquium (2008), 59

bern eingeräumte „Gewinngarantie“. Der Inhalt und die Art und Weise der Privatisierungsverträge (Geheimhaltung, Gewinngarantie, etc.) ist unter Juristen höchst umstritten.¹⁷¹

Im Jahr 2007 initiierte die NGO „Berliner Wassertisch“, ein Volksbegehren, welches die Offenlegung aller „Geheimverträge“ zum Ziel hatte. Bereits im Zuge des Referendums entstand eine intensive Debatte über den möglichen Rückkauf der privaten Anteile an den „Berliner Wasserbetrieben“. Auch die Stadtregierung hatte sich mittlerweile die Rekommunalisierung der Berliner Wasserversorgung zum Ziel gesetzt. Doch zunächst verweigerten die privaten Anteilseigentümer „Veolia“ und „RWE“ die Zustimmung vor Auslaufen der Vertragsfrist im Jahr 2028.

Schließlich kam es im Jahr 2011 zu einem Volksentscheid, bei dem 98,2% der WählerInnen (Beteiligung 27,5%) für eine Offenlegung aller Verträge im Bezug auf den Teilverkauf der „Berliner Wasserbetriebe“ und mehr Transparenz im Umgang mit dem Verkauf öffentlichen Eigentums stimmten.¹⁷² Die „Tageszeitung“ (TAZ) veröffentlichte zeitgleich große Teile der bis dahin geheim gehaltenen Verträge¹⁷³ (was vermutlich die Beteiligung am Bürgervotum schwächte).

Im Jahr 2011 verkündete „RWE“ schließlich, seine Anteile an den „Berliner Wasserbetrieben“ frühzeitig verkaufen zu wollen. Begründet wurde dieser Entschluss mit der Konzentration des Unternehmens auf sein eigentliches Kerngeschäft im Bereich Stromerzeugung und Stromnetze.

Nach langen Verhandlungen wurden im Juli 2012 die 24,95 Prozent Beteiligung der „RWE“ um rund 650 Millionen Euro durch die Stadt Berlin rückgekauft.¹⁷⁴ Mittlerweile hat auch „Veolia“ Interesse am Verkauf seiner Anteile bekundet.

Woher das Geld für den Rückkauf kommen soll, ist indes nicht ganz klar. Während die Berechnungen des zuständigen Finanzsenators eine Finanzierung eines gänzlichen Rückkaufs für finanzierbar hält, befürchten Bürgerinitiativen einen Anstieg der ohnehin schon hohen Wasserkosten (Wien: EUR 1,73/m³; München: 1,58/ m³; Berlin: 2.027/m³)^{175, 176}.

¹⁷¹ <http://berliner-wassertisch.net/assets/pdf/Gutachten/wasser-spd.pdf>, 4-5

http://blogs.taz.de/rechercheblog/2010/11/19/das_geheime_wassergutachten/

¹⁷² http://blogs.taz.de/rechercheblog/2010/11/19/das_geheime_wassergutachten/

<http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=8943&title=Wasser-Volksbegehren%3A+Erfolg+als+%22Ohrfeige+f%FCr+die+Privatisierungspolitik%22+&storyid=1001297671643>

¹⁷³ <http://www.taz.de/!60523/>

¹⁷⁴ <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article108305657/Berlin-beschliesst-Rueckkauf-der-Wasserbetriebe.html>

¹⁷⁵ <http://www.swm.de/privatkunden/m-wasser/preise.html>

<http://www.bwb.de/content/language1/html/204.php>

<http://www.wien.gv.at/amtsheifer/bauen-wohnen/wasserwerk/wasseranschluss/wassergebuehr.html>

¹⁷⁶ <http://www.neues-deutschland.de/artikel/235097.wasserverkauf-ins-parlament-geschwappt.html>

- **Rekommunalisierung der Wasserversorgung der Stadt Grenoble (Frankreich)**

Im Jahr 1989 verkaufte die konservative Stadtregierung Grenobles die Wasserversorgung der Stadt (mit ihren mehr als 150.000 EinwohnerInnen) an „COGESE“, eine Tochterfirma der „Lyonnaise des Eaux“, dem größten privaten Wasseranbieter Frankreichs. Trotz Protesten von Zivilgesellschaft und politischer Opposition erhielt „COGESE“ den Zuschlag zu einem Konzessionsvertrag für die Wasserversorgung der Stadt über 25 Jahre. Der abgeschlossene Vertrag enthielt dabei für die private Seite vorteilhafte Bedingungen. So musste „COGESE“ den Preis für die Betriebsrechte nicht sofort bezahlen, sondern über einen Zeitraum von 15 Jahren. Dadurch schmälerte sich der Privatisierungserlös für die Stadtkasse wesentlich. Die Kosten für die Betriebsrechte wurden aber nicht nur später gezahlt, sondern darüber hinaus – über höhere Wasserpreise – auf die KonsumentInnen abgewälzt. Profitabel war für das Unternehmen außerdem die Vergabe lukrativer Aufträge von „COGESE“ an andere Teile des „Lyonnaise des Eaux“-Konzerns. Der lokale Rechnungshof bezifferte den Schaden, der durch diese Geschäftspraktiken entstand, mit knapp einer Milliarde Franc (cirka 150 Mio. Euro).¹⁷⁷

Nach einiger Zeit stellte sich heraus, dass hinter der Privatisierung auch Eigeninteressen der politischen Führung standen. Der konservative Bürgermeister hatte von „COGESE“ nicht nur Wahlkampfunterstützung, sondern auch Freiflüge und andere Geschenke erhalten.¹⁷⁸ Daraufhin wurden der damalige Bürgermeister Grenobles und ein Manager der „COGESE“ wegen Korruption und Bestechung verurteilt.

Auch aufgrund dieser Korruptionsaffäre verloren die Konservativen bei den Kommunalwahlen im Jahr 1995 die Mehrheit und eine Mitte-Links Koalition übernahm die Stadtregierung Grenobles. Einer ihrer Schwerpunkte war die Rückgewinnung der Kontrolle über öffentliche (Dienst-)Leistungen, insbesondere der Wasserversorgung. Daher wurde die „Société des Eaux de Grenoble“ (SEG) als neuer öffentlich-privater Wasserversorger gegründet. Die Stadt behielt 51 Prozent des Unternehmens, die restlichen 49 Prozent wurden an „Suez“, dem Nachfolgeunternehmen der „Lyonnaise des Eaux“, vergeben. Das operative Geschäft wurde an eine Tochterfirma der „Suez“, „SGEA“ („Société Grenobloise de l’Eau et de l’Assainissement“) ausgelagert.¹⁷⁹

Zur vollständigen Rekommunalisierung der Wasserversorgung kam es jedoch erst einige Jahre später, im Jahr 2000, per Entscheid durch das Grenobler Stadtparlament. Die Kehrtwende brachten eine Reihe von Gerichtsentscheiden (die Annullierung der mit „COGESE“ geschlossenen Konzessionsverträge, die Erkenntnis der illegalen Tarifgestaltung von

¹⁷⁷ Wasserkolloquium (2008), 92/93

¹⁷⁸ http://www.zeit.de/1995/41/Der_Patron_von_Grenoble

¹⁷⁹ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Grenoble> sowie Paffhausen (2010), 128-132

„COGESE“) und eine Kampagne einer BürgerInneninitiative.¹⁸⁰ Der operative Betrieb der Abwasserklärwerke wurde nun an einen Verband kommunaler Unternehmen in der Region Grenoble vergeben, während der Betrieb der Wasserwerke und die Infrastruktur durch eine autonome Gesellschaft öffentlichen Rechts im Besitz der Stadt Grenoble abgewickelt wurden („Regime des Eaux Grenoble“). Dadurch kam es zu einer Stabilisierung der Wasserpreise bei gleichzeitig steigenden Investitionen in das lokale Wassernetz.¹⁸¹

- **Gelsenwasser - Ein kommunaler Konzern**

Die „Gelsenwasser AG“, die ehemaligen Wasserwerke der Stadt Gelsenkirchen (mehr als 250.000 EinwohnerInnen), sind ein durch kommunale Eigentümer geprägter Mischkonzern. Der einst regionale Wasserversorger gehört heute zu den größten Trinkwasserversorgungsunternehmen Deutschlands und ist ein bedeutender internationaler Dienstleister für Wasser, Abwasser und Energie.

Die „Gelsenwasser AG“ ist aus einem industriellen Infrastrukturbetrieb hervorgegangen, welcher vor allem die Wasserversorgung der ehemaligen Kohlebergwerke in der Region sicherstellen sollte. Das Unternehmen notierte bereits im Jahr 1887 an der Berliner Börse und war hinsichtlich seiner Eigentumsverhältnisse immer als Mischbetrieb aus privatem und öffentlichem Eigentum zu kategorisieren.¹⁸²

Wie kam es zu der Rekommunalisierung des Unternehmens? Im Jahr 2003 musste die „E.ON AG“ ihre Mehrheit an Gelsenwasser verkaufen. Hintergrund war die geplante Übernahme der „Ruhrgas AG“ durch „E.ON“, der das Bundeskartellamt nur nach einem Verkauf der Anteile an Gelsenwasser zustimmen wollte, um unlautere Marktverzerrungen zu verhindern. Mehrere Konzerne zeigten Interesse an den Anteilen von „E.ON“, neben der kommunalen MVV GmbH (ehemalige „Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH“) auch die französischen Konzerne „Suez“ und „Veolia“. Schließlich erhielten die „Stadtwerke Bochum GmbH“ und die „Stadtwerke Dortmund“ den Zuschlag für die Anteile von 80,5 Prozent der „E.ON“ an der „Gelsenwasser AG“ zu einem Kaufpreis von 835 Mio. Euro. Der Kauf der Anteile durch die beiden finanziell angeschlagenen Kommunen war stark umstritten. Ohne einen Kredit durch die teilweise im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen befindliche Westdeutsche Landesbank wäre der Ankauf der „E.ON“ Anteile für die beiden Kommunen unmöglich gewesen.¹⁸³

¹⁸⁰ Candeias et al. (2009), 92-95

¹⁸¹ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Grenoble>

Candeias et al (2009), 10

<http://www.arte.tv/de/3752030,CmC=3774332.html>

¹⁸² http://www.zeit.de/2006/26/Wasserversorgung_Zusammenarbeit_mit_Konzernen

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-259379.html>

¹⁸³ http://www.zeit.de/2003/39/Versorger_zu_versorgen

Die „Gelsenwasser AG“ ist mehr als nur ein lokaler oder regionaler Versorgungsbetrieb, besitzt das Unternehmen doch mehrere nationale und internationale Beteiligungen an Versorgungsunternehmen. So zum Beispiel Wasserver- und Abwasserentsorgungsbetriebe in Tschechien und Frankreich bzw. Fernwärme (Tschechien), aber auch die Verwaltung kommunaler Wohnungsbestände (Tschechien).¹⁸⁴ Daneben besitzt das Unternehmen ein weit gestreutes Netz an Beteiligungen an verschiedenen deutschen Versorgungsunternehmen (z.B. „Technische Werke Delitzsch GmbH“ 74,90 Prozent, 49,9 Prozent „Stadtentwässerung Dresden GmbH“, etc.).

- **Wasserversorgung in Budapest**

Im Jahr 1997 verkaufte die Stadt Budapest jeweils 12,5 Prozent des Wasserversorgers „Budapesty Vizmuvek Zrt“ an die beiden privaten Unternehmen „RWE“ und „Suez“. Gleichzeitig wurde ein Vertrag über den Betrieb des Unternehmens für die nächsten 25 Jahre geschlossen. Die Stadt blieb dennoch weiterhin Mehrheitseigentümer des Unternehmens.¹⁸⁵

Obwohl der Vertrag noch bis zum Jahr 2022 laufen würde, gab es seit dem Jahr 2010 mit dem neuen konservativen Bürgermeister einen einflussreichen Kritiker hinsichtlich dieser Vereinbarung mehr. Den beiden Unternehmen wurde vorgeworfen ihre dominante Marktposition ausnützen und überteuerte Preise für ihre Angebote zu verlangen. Zudem seien insgesamt mehr als 100 Mio. Euro aus dem Unternehmen von „Suez“ und „RWE“ entnommen worden. Deshalb entschlossen die politischen Entscheidungsträger, sich für einen Rückkauf der Anteile einzusetzen. Schließlich erhoffte sich die Stadt Budapest daraus Einsparungen von bis zu 111 Mio. Euro innerhalb der nächsten 10 Jahre.¹⁸⁶

Nach anfänglichen Streitigkeiten über die Höhe der Verkaufssumme konnte im April 2012 eine vorläufige Vereinbarung zwischen der Stadt Budapest und den Anteilseignern „RWE“ und „Suez“ über den Rückkauf der 25-prozentigen Anteile an „Budapest Water Works“ getroffen werden.¹⁸⁷

6.3 Abfallentsorgung

Die Abfallwirtschaft ist in den meisten Mitgliedstaaten der EU ähnlich organisiert. *„Zumeist liegt die Kompetenz für die Hausmüllsammlung bei den Gemeinden, die entweder selbst Sammel- und Entsorgungsbetriebe unterhalten oder private Unternehmen mit dieser Aufgabe betrauen.“*¹⁸⁸ Durch diese Wahlmöglichkeit ist die Organisation der Abfallsammlung und

¹⁸⁴ <http://www.gelsenwasser.de/fileadmin/flash/beteiligungen/index.html>

¹⁸⁵ http://www.suez-environnement.fr/wp-content/uploads/2012/04/CP-Budapest-17-april-2012_VA.pdf?9d7bd4

¹⁸⁶ <http://www.remunicipalisation.org/cases#Budapest>

¹⁸⁷ <http://www.suez-environnement.com/news/press-releases/suez-environnement-rwe-sign-agreement-city-budapest-city%E2%80%99s-repurchase-stake-budapest-water-works>

¹⁸⁸ ÖGPP (2008), 22

Weiterverarbeitung in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt: *„In Spanien etwa werden bereits 75% der Hausabfälle von privaten Unternehmen gesammelt und mehr als 90% von Privaten weiterbehandelt. In Finnland dagegen ist die Müllsammlung fast zur Gänze privatisiert, die Weiterbehandlung der Abfälle hingegen fast ausschließlich öffentlich.“*¹⁸⁹

Diese unterschiedlichen Wege im Bereich der Abfallwirtschaft haben zu unterschiedlichen Voraussetzungen für die Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen in den jeweiligen Ländern geführt. Während in einigen die private Abfallentsorgung eine hohe Qualität erreicht hat, hinken andere Länder hinterher. *„Staaten wie Deutschland und Österreich gehören nicht zuletzt wegen der kommunalen Verantwortung im Bereich der Wasser-, Abwasser- und auch Abfallwirtschaft zu den Ländern mit der höchsten Umweltqualität und einem hohen Verbraucherschutz bei gleichzeitig sozialverträglichen Gebühren.“*¹⁹⁰ Die Kommunen in Österreich übernehmen zumeist nur die Organisation der Haushaltssammlung und überlassen die tatsächliche Sammelleistung privaten Unternehmen.

In Deutschland kam es zu einer Reihe von Privatisierungen im Bereich der Abfallwirtschaft, die mittlerweile Rekommunalisierungen nach sich ziehen bzw. zogen. Hier ist in den letzten Jahren wenn nicht ein Trend, so doch eine Zunahme von Insourcing-Entscheidungen im Bereich der Abfallwirtschaft zu beobachten.¹⁹¹ Jedoch werden in Deutschland auch weiterhin 60 Prozent der Entsorgungsleistungen von Kommunen an Private vergeben. Ebenfalls zu einem Großteil von Privaten übernommen werden Behandlungs- und Kompostierungsanlagen. Lediglich in Großstädten ist eine kommunale Leistungserbringung mit eigenen Abfallwirtschaftsbetrieben zu beobachten.¹⁹² Zumindest für Deutschland zeigt sich, dass das *„Insourcing überwiegend für Sammlung und Transport bestätigt wurde, während das Outsourcing den Bereich der kapitalintensiven Anlagen betraf.“*¹⁹³

Als Motive für Rekommunalisierungen im Bereich der Abfallwirtschaft erweisen sich vor allem gesamtwirtschaftliche Betrachtungen als ausschlaggebend, so zumindest das Ergebnis einer Studie der Heinrich-Böll-Stiftung aus den Jahren 2004 bis 2008. Weiters spielen Qualitätsaspekte und Wirtschaftlichkeit eine große Rolle.¹⁹⁴ Viele Kommunen haben mit der Privatisierung der Abfallwirtschaft negative Erfahrungen gemacht. So wurden im sächsischen Muldentalkreis die nach Personaleinsparungen noch übrig gebliebenen Beschäftigten der

¹⁸⁹ ÖGPP (2008), 22

¹⁹⁰ ÖGPP (2008), 24

¹⁹¹ vgl. Difu-Papers (2011), 9

¹⁹² vgl. Difu-Papers (2011), 10

¹⁹³ Difu-Papers (2011), 10

¹⁹⁴ vgl. Difu-Papers (2011), 9

Müllabfuhr so schlecht bezahlt, dass der Staat mit Wohngeld und aufstockendem Hartz IV aushelfen musste.¹⁹⁵ Die Kommunen werden durch diese Vorgehensweise doppelt belastet.

Ein Grund für die Tendenz in Europa zur kommunalen Übernahme der Abfallwirtschaft ist aber auch die zunehmende ökonomische Attraktivität der Abfallsammlung und Vermarktung. Derzeit erweist sich der Abfall- und Sekundärrohstoffmarkt zwar noch als schwankend, doch für einige Fraktionen werden bereits hohe Preise bezahlt. Und dieser Trend wird aufgrund der begrenzten Rohstoffressourcen anhalten. *„Es ist davon auszugehen, dass sich durch die weltweite demografische Entwicklung und den Aufstieg verschiedener Schwellenländer Rohstoffe weiter verteuern und Sekundärmaterialien als Substitut immer interessanter werden. Dies könnte in den kommenden Jahren durchaus als weiterer Treiber für Rekommunalisierungen wirken.“*¹⁹⁶

- **Landkreis Böblingen**

Die Abfallentsorgung im Landkreis Böblingen (371.000 EinwohnerInnen) wurde traditionell vom landkreiseigenen Abfallbetrieb durchgeführt. Mitte der 1990er Jahre entschloss man sich zu einem dualen Weg, bei dem die Abfallwirtschaft in zwei Bezirken (Herrenberg, Leonberg) an private Anbieter vergeben wurde, während sie im Bezirk Böblingen, vorerst bis 1999, in öffentlicher Hand verblieb. Das Ziel bestand darin *„die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Abfallabfuhr im Vergleich mit den Privaten zu überprüfen.“*¹⁹⁷ Ende des Jahres 1999 wurde ein Kostenvergleich der Anbieter angestellt, bei dem sich die öffentliche Müllabfuhr als deutlich kosteneffizienter erwies; der Kostenvorteil betrug etwa 286.000 Euro. Die Müllabfuhr im Bezirk Böblingen wurde deshalb nicht an private Dritte ausgelagert.

Grundlage für diesen Kostenvorteil waren die bis dahin erzielten Einsparungen durch Modifizierungen wie etwa Standortverlagerung, effektivere Fahrzeugnutzung, variabler Mitarbeiter-Inneneinsatz. Dem folgten weitere Maßnahmen (Vereinheitlichung Fahrzeugpark, elektronische Leerguterfassung, 2-Schicht-Betrieb, neue Restmüllbehälter, ...), die neben weiteren Kostenersparnissen auch zu einer Diskussion über eine Rückübertragung der Abfallentsorgung an die Kommune in den anderen Bezirken führte. Deswegen wurde im Jahr 2004 der auslaufende Vertrag mit den privaten Anbietern im Bezirk Herrenberg nicht verlängert oder europaweit ausgeschrieben, sondern an die Kommune rückgeführt. Das Szenario wiederholte sich im Jahr 2009 beim Bezirk Leonberg.¹⁹⁸ Hier waren neben wirtschaftlichen vor allem Aspekte der Qualitätssicherung ausschlaggebend. Denn in Leonberg mussten *„teilweise die öffentlichen Entsorger den Privaten hinterherfahren, um nicht ausgeführte Tätigkeiten zu*

¹⁹⁵ <http://www.who-owns-the-world.org/2008/09/30/trend-zur-rekommunalisierung-vorwaerts-in-die-vergangenheit/>

¹⁹⁶ Difu-Papers (2011), 10

¹⁹⁷ Difu-Papers (2009), 10f

¹⁹⁸ vgl. Difu-Papers (2009), 11

erledigen. Zudem wurde im Frühjahr 2006 die Abfuhr von Abfällen durch Private aufgrund starken Schneefalls eingestellt, wohingegen die öffentlichen Fahrzeuge noch fuhren.¹⁹⁹

Die Rekommunalisierung bedeutet für den Bezirk Herrenberg eine jährliche Einsparung in der Höhe von 210.000 Euro, für den Bezirk Leonberg von 390.000 Euro.²⁰⁰ Für das Jahr 2012 wurden weitere Einsparungen durch Tourenoptimierung in der Höhe von 200.000 Euro angestrebt.²⁰¹

Die Vorteile der kommunalen Abfallversorgung im Landkreis Böblingen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: *„Mit der Rekommunalisierung und der damit verbundenen besseren Kostentransparenz wurden die ökonomischen Zielstellungen erreicht. Die Abfallgebühren konnten seit Mitte der 1990-Jahre stabil gehalten werden. Positiv hervorgehoben wurden die tarifliche Bezahlung der Mitarbeiterschaft, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten sowie zufriedener Kundinnen und Kunden. Ein ökologischer Vorteil wurde erzielt, da Wege eingespart wurden.“*²⁰²

- **Rostock**

Die Stadt Rostock (204.000 EinwohnerInnen) entschied sich im Jahr 2011 dazu, die Abfallentsorgung wieder kommunal zu organisieren. Zunächst kaufte die „Rostocker Versorgungs- und Verkehrs Holding“ (RVV, im Eigentum der Stadt) die im Besitz der „Alba“-Gruppe befindlichen Anteile der „Stadtentsorgungs GmbH“ zurück. (Die „Alba“-Gruppe hatte im Jahr 2001 49 Prozent der Anteile an der „Stadtentsorgungs GmbH“ um kolportierte 30 Mio. D-Mark gekauft.) Der kolportierte Rückkaufpreis lag bei 10 Mio. Euro. Ziel dieser Rekommunalisierung war eine strategische Neuordnung der Müllentsorgung und -verwertung in Rostock. Die Stadt Rostock wurde durch den Rückkauf über die „RVV“ wieder alleiniger Eigentümer der „Stadtentsorgungs GmbH“ und kann sich damit auf das Kerngeschäft der Müllbeseitigung konzentrieren. Gleichzeitig können durch die kommunale Unternehmensstruktur zukünftig notwendige europaweite Ausschreibungen der Abfallentsorgung verhindert werden.

Im Fall der Rostocker Müllabfuhr ergab sich die skurrile Situation, dass auf die Rekommunalisierung des einen Unternehmens die sofortige (Teil-) Privatisierung zweier anderer Unternehmen folgte. Denn die Vereinbarung, die beim Rückkauf der „Stadtentsorgungs GmbH“ getroffen wurde, sah vor, dass die Stadt Rostock ihren 70-prozentigen Anteil an der „SR-Service GmbH“, einem Tochterunternehmen der Stadtentsorgung, das für den Abtransport des Haus- wie des Geschäftsmülls zuständig ist, an „Alba“ verkaufte.

¹⁹⁹ Difu-Papers (2009), 11

²⁰⁰ vgl. Difu-Papers (2011), 10

²⁰¹ vgl. Difu-Papers (2011), 10

²⁰² Difu-Papers (2011), 10

Finanziert wurde die Rekommunalisierung außerdem durch den Verkauf der städtischen Anteile (50 Prozent) an der „Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft“ (EVG) an das französische Unternehmen „Veolia“. „Veolia“ wurde dadurch alleiniger Eigentümer der „EVG“. Die Stadt wollte sich von der „EVG“ trennen, da sie fürchtete, dass sich das Unternehmen für die finanzmarode Stadt Rostock zu einem Verlustgeschäft entwickeln könnte. Kritiker sprechen jedoch davon, dass das lukrative Geschäft der Müllverwertung privatisiert wurde, während sich das nicht besonders attraktive Geschäft der Hausmüllsammlung zu großen Teilen im Eigentumsbereich der Kommune befindet.²⁰³

- **Straßenreinigung in Lodève/ Frankreich**

Mittlerweile zeichnet sich in ganz Europa ein Umdenken im Bereich der Abfallbeseitigung und Straßenreinigung ab. In Lodève, einer kleinen Stadt mit 7.300 EinwohnerInnen im Süden Frankreichs, kündigte der Gemeinderat Ende 2009 den Vertrag über die Straßenreinigung mit einer privaten Firma. Stattdessen wollte die Stadt die Straßenreinigung hinkünftig selbst übernehmen. Die Stadt erwartete sich dadurch Einsparungen in der Höhe von 202.000 Euro im Jahr 2010 und 153.000 Euro im Jahr 2012.²⁰⁴

Auch in Paris wurde im Jahr 2008 in Erwägung gezogen, die Müllsammlung zweier Bezirke an private Firmen auszulagern, entschied sich aber auch aufgrund arbeitsmarktpolitischer Aspekte diesen Dienst kommunal anzubieten.²⁰⁵

- **Rhein-Hunsrück-Kreis**

Mit Beginn des Jahres 2006 übernahm „Rhein-Hunsrück Entsorgung“ die Sammlung und den Transport des Abfalls im Landkreis Rhein-Hunsrück. Der kommunale Anbieter kann die Entsorgung trotz steigender Entsorgungspreise und wachsender gesetzlicher Anforderungen im Vergleich zum vorherigen privaten Anbieter deutlich günstiger durchführen. Durch die Einsparungen konnten die Gebühren für Privathaushalte nach 2007 in den Jahren 2010 und 2011 noch einmal gesenkt werden.²⁰⁶ Dadurch ergibt sich eine Reduktion der Haushaltsgebühren um etwa 11 Prozent.²⁰⁷

Im Bereich der Restabfallbeseitigung hat sich der Rhein-Hunsrück-Kreis schon im Jahr 2005 an einer interkommunalen Kooperation dreier Landkreise beteiligt. Auch dadurch konnten deutliche Einsparungspotenziale aktiviert werden.²⁰⁸

²⁰³ http://www.ostsee-zeitung.de/ozdigital/lokales/bad-doberan/index_artikel_komplett.phtml?param=news&id=3012304

<http://www.svz.de/nachrichten/lokales/rostock/artikeldetails/artikel/millionengeschaeft-mit-dem-muell.html>

²⁰⁴ PSIRU (2010), 10

²⁰⁵ PSIRU (2010), 10

²⁰⁶ http://www.rh-entsorgung.de/page.php?page=/rhe/unternehmen/wir_ueber_uns.html&navid=2

²⁰⁷ <http://www.rh-entsorgung.de/page.php?page=/rhe/service/gebuehren.html>

²⁰⁸ vgl. Arenz (2010)

- **Recycling in North Tyneside/ Großbritannien**

In North Tyneside, einem Verwaltungsbezirk in der Grafschaft Tyne and Wear in England mit ca. 200.000 EinwohnerInnen, wurde das Sammeln von Abfällen für Recyclingzwecke an einen externen Anbieter ausgelagert. Als der Vertrag mit dem Unternehmen im Jahr 2008 endete, entschied sich das Council für eine langsame und schrittweise Rückführung der Dienstleistung, die zwischen Jänner und Juni 2009 abgewickelt wurde. Dies bot die Möglichkeit, die Sammlung von Recyclingmüll in die Müllabfuhr zu reintegrieren. Zudem wurden die bisherigen Recyclingcontainer durch neue Container mit größeren Volumen ersetzt und die Bandbreite der Materialien, die gesammelt werden, vergrößert. Durch diese Maßnahmen hat sich die Menge des gesammelten Recyclingmaterials verdoppelt, die Recyclingquote stieg von 28 auf 38 Prozent. Gleichzeitig konnte die Vermüllung der öffentlichen Plätze und Straßen (Littering) deutlich verringert werden. Das alles führte zu einer Senkung der CO₂-Emissionen von 5.000 Tonnen auf 1.700 Tonnen: *„In terms of our carbon footprint the more materials we recycle, the greater the reduction carbon footprint.“*²⁰⁹

Insgesamt kann die Rekommunalisierung als Erfolg bezeichnet werden und wurde auch von der Bevölkerung positiv aufgenommen. Die Zufriedenheit der BürgerInnen mit dieser Dienstleistung ist seit der Rückführung auf 92 Prozent gestiegen (plus 18 Prozent). Denn die Rückführung eröffnete dem Council die Möglichkeit, verstärkt auf Bürgerwünsche einzugehen: *„As well as improving the quality of the service, bringing it in-house means there is greater flexibility in responding to changes that are required as a result of policy or service users' need.“*²¹⁰

6.4 Öffentlicher Personennahverkehr

Bis in die 1960er Jahre waren öffentliche Verkehrsmittel für viele Menschen das Hauptverkehrsmittel. Danach hat der Individualverkehr mittels Automobil stark zugenommen, worunter die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gelitten hat. Der öffentliche Schienen- und Straßenverkehr fuhr in ganz Europa strukturbedingte Defizite ein, da er häufig gezwungen war unrentable Dienste anzubieten. Die Staaten mussten dafür Ausgleichleistungen entrichten oder der Einstellung dieser Strecken zustimmen.²¹¹

Seit den 1980er Jahren wurde auch im Sektor des öffentlichen Personennahverkehrs die Marktöffnungsverordnung vorangetrieben, die zu einer schrittweisen Vergabe in diesem Bereich führen sollte. Eines der ersten Länder war auch hier Großbritannien. Bereits im Jahr 1986 wurden erste Schritte zur Marktöffnung gesetzt und der Busverkehr liberalisiert. Da-

²⁰⁹ UNISON (2011), 30

²¹⁰ UNISON (2011), 29

²¹¹ vgl. ÖGPP (2008), 17

durch konnten zwar die Betriebskosten gesenkt werden, gleichzeitig nahm jedoch die Auslastung ab.²¹² Denn vor allem auf den kommerziell interessanten Strecken mit hoher Auslastung ließ sich ein deutlicher Preisanstieg feststellen. *„In the history of privatization of local public transport, more often than not, the services provided were reduced dramatically and the prices saw steep increases.“*²¹³ In der Zwischenzeit wurden in Großbritannien einige Privatisierungen im Bereich des Personennahverkehrs zurückgenommen, wie später gezeigt wird.

Auch in Dänemark haben die Gebietskörperschaften schon im Jahr 1994 begonnen, Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs auszuschreiben. Probleme gab es hier insbesondere bei der Privatisierung des U-Bahnbetriebs in Kopenhagen. Der günstigste Anbieter, „Combus“, konnte sein Angebot nicht halten und musste schließlich mit staatlicher Hilfe gerettet werden. Auch in Schweden wurden zahlreiche Konzessionen für den ÖPNV vergeben. Beim Schienenverkehr behielt sich das staatliche Eisenbahnunternehmen die lukrativen Strecken zwischen den großen Städten, während die weniger lukrativen oder defizitären an private Unternehmen ausgelagert wurden. Diese müssen nun mit staatlichen Subventionen am Leben erhalten werden.²¹⁴

In Neuseeland, lange Zeit Vorzeigeland hinsichtlich Privatisierungen, wurde im Jahr 1993 auch die staatliche Eisenbahn an private Anbieter verkauft. Damals lukrierte der Staat durch diesen Verkauf Einnahmen von umgerechnet 202 Mio. Euro. Als es nach Streitigkeiten mit dem Privaten im Jahr 2008 zum Rückkauf der Bahn kam, musste der neuseeländische Staat dafür umgerechnet 336 Mio. Euro aufbringen.²¹⁵

- **Das Desaster der britischen Eisenbahn**

Im Jahr 1994 vollzog die konservativ geführte Regierung Großbritanniens die vollständige Privatisierung der Staatsbahn „British Rail“ (BR). Die „British Rail“ wurde zerschlagen und in einzelnen Tranchen an private Anbieter verkauft. Die Regierung gab an, dass die Schaffung eines Marktes für Bahndienstleistungen zu mehr wirtschaftlicher Effizienz und billigeren Transportkosten führen würde. Außerdem wurde das Ziel verfolgt, die anstehenden Kosten für die Modernisierung des Bahnbetriebes an Private auszulagern. Um den direkten Übergang von einem staatlichen in ein privates Monopol zu verhindern, wurde der operative Betrieb in Personen- und Güterverkehr getrennt und die Infrastruktur (Bahnhöfe, Gleise, Brücken, etc.) einzeln verkauft. Die Infrastruktur wurde im Jahr 1997 durch das private „Railtrack“-Konsortium (RT) aufgekauft, im operativen Betrieb (sowohl Personen- als auch Güterverkehr) kam es zur Ausschreibung an private Anbieter. Am Höhepunkt des privatisier-

²¹² vgl. ÖGPP (2008), 20

²¹³ EPSU (2012), 5

²¹⁴ vgl. ÖGPP (2008), 20f

²¹⁵ Dinböck (2008)

ten, britischen Eisenbahnsystems waren knapp 100 Nachfolgegesellschaften der „BR“ mit der Abwicklung des Eisenbahnverkehrs in Großbritannien beschäftigt.²¹⁶

Die Preise im Personenverkehr stiegen in Folge stark an, notwendige Investitionen in Infrastruktur wurden weiter zurück gehalten, das britische Eisenbahnnetz verfiel zunehmend. In Folge kam es zu einer Reihe von schweren Zuganglücken (South Hall 1997, Ladbroke Grove 1999, Hatfield 2000)²¹⁷, welche 42 Tote und über 700 Verletzte zurück ließen. Ursachen aller drei schweren Unglücke waren schadhafte Gleise oder Weichen, welche durch „Railtrack“, trotz Wissen um den Reparaturbedarf, nicht erneuert wurden.

Nach dem Zuganglück in Hatfield wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Züge aufgrund der schlecht gewarteten Infrastruktur massiv gesenkt, mit der Folge, dass im Jahr 2000 55 Prozent aller Reisezüge in Großbritannien Verspätung hatten. Das Unglück in Hatfield war zudem Anlass für eine intensiv geführte öffentliche Debatte über die Zukunft des britischen Bahnsystems.²¹⁸

Die Situation des „Railtrack“-Konsortiums war jedoch zu diesem Zeitpunkt denkbar schlecht. Die Gesellschaft war mit dem auf sie zukommenden Investitionsvolumen für die Instandhaltung der Netze finanziell überfordert. Auch die Subventionen der britischen Regierung konnten längerfristig nicht helfen. *„Die immensen Ausgaben, die Railtrack aufgrund des Unglücks und der ausufernden Kosten beim Ausbau der West Coast Line zu tragen hatte, führten 2001 schließlich zur Insolvenz der Infrastrukturgeellschaft und der Übernahme des Netzes durch die öffentliche Gesellschaft Network Rail.“*²¹⁹ Für knapp 500 Mio. Pfund wurde das nicht-gewinnorientierte Unternehmen Eigentümer sämtlicher Eisenbahninfrastruktur (Gleise, Bahnhöfe, Weichen, etc.). Seither kann ein verstärktes Investitionsvolumen beobachtet werden, denn „Network Rail“ ist verpflichtet, sämtliche Gewinne durch Nutzungsgebühren in den weiteren Ausbau der Infrastruktur zu investieren. Der operative Betrieb des Schienenpersonenverkehrs verbleibt jedoch weiterhin in privater Hand.²²⁰ Der britische Eisenbahnverkehr ist für die KundInnen einer der teuersten der Welt, gleichzeitig muss die Regierung jedes Jahr Subventionen gewähren, um den operativen Betrieb vieler Strecken zu gewährleisten.²²¹ Die Privatisierung der britischen Eisenbahn konnte ihren Erwartungen nicht gerecht werden, im Gegenteil: *„Mehrere Kostenrechnungen kommen zu dem Schluss, dass eine Umstrukturierung und Sanierung der Bahn durch die öffentliche Hand bedeutend preiswerter*

²¹⁶ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

²¹⁷ <http://www.welt.de/print-welt/article436819/Neues-Zugunglueck-erschuettert-Grossbritannien.html>
<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/zugunglueck-in-england-mindestens-vier-todesopfer/172548.html>

²¹⁸ <http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>

<http://textarbeit.net/bahn.htm>

²¹⁹ Blankart, Engelke, 317

²²⁰ Merkert (2005), 16-30

<http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

²²¹ <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/mar/10/rail-privatisation-failed-nhs?newsfeed=true>

gewesen wäre.²²² Diese Erkenntnisse haben auch zu einem Umdenken der britischen Bevölkerung geführt: *„Eine Umfrage in London ergab [...], dass 95 Prozent aller Einwohner eine Verstaatlichung der kompletten Eisenbahn befürworten würden.“*²²³

- **Rekommunalisierung der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG)**

Nachdem die Stadt Kiel (mit ihren rund 240.000 EinwohnerInnen) bereits die „Kieler Stadtwerke“ und die „Kieler Wohnbaugesellschaft“ privatisiert hatte, verkaufte sie im Jahr 2003 auch 49 Prozent der „Kieler Verkehrsgesellschaft“ (KVG) an die „Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft“ (NBB).²²⁴ Der Verkaufspreis lag bei lediglich 12.450 Euro. Das verfolgte Ziel war, der „KVG“ einen strategischen Partner mit privatwirtschaftlichem Know-how zur Seite zu stellen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Die Gewerkschaft Verdi kritisierte dieses Vorgehen vehement: *„Wenn öffentliche Aufgaben privatisiert worden sind, geht das einher mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Gehälter.“*²²⁵

Die eingegangene Public Private Partnership der Stadt Kiel mit der „NBB“ hatte nur eine kurze Lebensdauer, bereits im Jahr 2009 wurde die „Kieler Verkehrsgesellschaft“ rekommunalisiert. Ein Grund für den vollständigen Rückkauf der privaten Anteile war die im Jahr 2011 anstehende europaweite Ausschreibung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Kiel. Dabei wäre die „Kieler Verkehrsgesellschaft“ anderen Anbietern wohl unterlegen, was den Verlust von rund 560 Arbeitsplätzen bedeutet hätte.²²⁶ Durch die Rekommunalisierung konnte diese Ausschreibung umgangen werden, wenngleich die Stadt ein Vielfaches des ursprünglichen Verkaufspreises bezahlen musste – mehr als eine Million Euro.²²⁷ Die MitarbeiterInnen des Betriebes mussten im Zuge der Rekommunalisierung die Streichung von Urlaubsgeldern und Einmalzahlungen hinnehmen, erhielten dafür jedoch eine bis 2020 befristete Beschäftigungsgarantie.²²⁸

Bei den intensiven Diskussionen im Vorfeld der Rekommunalisierung standen aber auch die finanziellen Einnahmen im Fokus.²²⁹ Durch die Reintegration der „Kieler Verkehrsgesellschaft“ in den vollständigen Besitz der Stadt fließen wieder 100 Prozent der Einnahmen durch Ticketverkäufe in die Stadtkasse. Zeitgleich kann wieder direkter auf die Tarifpolitik der „KVG“ eingewirkt werden, Tickets für sozial Schwächere müssen nicht quersubventioniert, sondern können direkt angeboten werden.²³⁰

²²² <http://www.taz.de/?id=digitaz-artikel&ressort=me&dig=2007/09/22/a0107>

²²³ <http://www.welt.de/wirtschaft/article4084137/Das-Mutterland-der-Privatisierungen-schwenkt-um.html>

²²⁴ Arenz (2010), 10

²²⁵ <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=na&dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&cHash=f43b248eff>

²²⁶ <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

²²⁷ Arenz (2010)

²²⁸ <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

²²⁹ <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/KVG-auf-schwierigem-Kurs>

²³⁰ <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

- **Kommunalisierung der Londoner Metro**

Im Jahr 2003 wurde die Londoner U-Bahn (Metro) teilprivatisiert. Dies erfolgte durch den Verkauf von Teilen der Metro an die zwei privaten Bieterkonsortien „Tubeline“ und „Metronet“ (2004 erfolgte die Übertragung des Eigentums). Infrastruktur, Stationen und Züge gingen dabei in privates Eigentum über, während der operative Betrieb weiterhin in den Händen der kommunalen, öffentlichen Gesellschaft „Transport for London“ (TFL) lagen. Das „Department for Transport“ garantierte Zahlungen an die privaten Betreiber für die Erhaltung der Infrastruktur. Die Einnahmen aus dem operativen Geschäft sollten auf die verschiedenen Vertragsparteien aufgeteilt werden. Die öffentliche „TFL“ mietete sich bei den privaten Anbietern quasi ein.²³¹ Die Londoner Metro wurde somit in vier Gesellschaften aufgeteilt: zwei kontrolliert durch „Metronet“, eine durch „Tubeline“ und eine durch die öffentliche „TFL“.

Die Entscheidung über die Teilprivatisierung der Londoner Metro, war dabei ein Prestigeprojekt des britischen Premierministers Gordon Brown, welcher die Entscheidung auch ohne Einwilligung des Bürgermeisters Ken Livingstone „durchboxte“. *„The tube PPP was one of the ideological cornerstones of Gordon Brown's tenure as chancellor, when he drove through the programme in the face of vociferous opposition from Mayor Ken Livingstone.“*²³²

Vorrangiges Ziel der Teilprivatisierung war die Beschaffung von Geldmitteln für den weiteren Ausbau des Metronetzes bzw. die Modernisierung bestehender Netze durch Privatisierungserlöse und die Beteiligung der privaten Investoren. Die Verträge zur Teilprivatisierung wurden für eine Laufzeit von 30 Jahren abgeschlossen. Doch bei der Abwicklung des operativen Betriebes zeigten sich – bedingt durch die teilweise unklare Kompetenzaufteilung und die hohe juristische Komplexität des PPP-Modells – ernsthafte Probleme.²³³

Bereits im Jahr 2008 waren die zwei durch „Metronet“ kontrollierten Gesellschaften der Public-Private-Partnership insolvent. Ursachen dafür waren fehlende Kosteninformationen und zu geringe finanzielle Mittel für die hohen Belastungen zur Erneuerung von Metrolinien und Stationen.²³⁴ Die Stadt London und der britische Staat mussten daraufhin Gelder zuschießen, um den operativen Betrieb der Metro zu gewährleisten. 2 Mrd. Pfund wurden dabei alleine von der britischen Regierung aufgewendet.²³⁵ Mit 27.5.2008 wurden die Anteile von „Metronet“ zu 100 Prozent an die öffentlich-kommunale „TFL“ rückübertragen.²³⁶ Im Jahr 2010 kaufte die „TFL“ auch die Anteile des letzten verbleibenden privaten Teilhabers „Tubelines“ für eine Summe von 310 Millionen Pfund. Die Kosten für diesen Rückkauf belas-

²³¹ Trefor Williams (2010), 1-3

²³² <http://www.guardian.co.uk/business/2007/aug/24/politics.transportintheuk1>

²³³ Trefor Williams (2010), 2

²³⁴ Trefor Williams (2010), 7-12

²³⁵ [http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-\\$1197787.htm](http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-$1197787.htm)

²³⁶ <http://www.tfl.gov.uk/static/corporate/media/newscentre/archive/8376.html>

ten die Finanzen der „TFL“ bis heute, doch auch der konservative Londoner Bürgermeister Boris Johnson ist der Ansicht: *„This deal is excellent news for London.“*²³⁷

- **Rekommunalisierung des ÖPNV in Saumur/ Frankreich**

In Saumur, einer Gemeinde in Frankreich mit rund 28.000 EinwohnerInnen, wurde der öffentliche Personennahverkehr lange Zeit in Form einer Public-Private-Partnership mit dem Unternehmen „Veolia“ organisiert. Im Jahr 2010 entschieden die politisch Verantwortlichen jedoch, den öffentlichen Personennahverkehr der Gemeinde neu zu organisieren. Die neu gegründete „société publique locale“ (SPL), eine Aktiengesellschaft, die zu 90 Prozent im Besitz der Kommune Saumur und zu 10 Prozent in Besitz des Département Maine-et-Loire ist, sollte diese Aufgabe übernehmen. Nach dem Auslaufen der Verträge mit „Veolia“ im Juni 2011 hat ab 1. Juli 2011 die Kommune somit selbst die Organisation des Personennahverkehrs übernommen. Dadurch soll eine bessere Kontrolle des Angebots bei gleichzeitiger Kostenreduktion erreicht werden.²³⁸

6.5 Gesundheit

Die Gesundheitssysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind durch die unterschiedlichen Traditionen der Sozialfürsorgesysteme gekennzeichnet. Die Staaten haben entsprechend differenzierte Aufgabenfelder, die im Rahmen des Gesundheitssystems staatlich bereit gestellt werden sollen.

Das Gesundheitssystem ist nach wie vor Angelegenheit der Nationalstaaten, auch wenn die Europäische Union um Zielvorgaben im Gesundheitsbereich bestrebt ist, wie etwa das Weißbuch „Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2013“ zeigt.

Von einem breiten Liberalisierungs- und Privatisierungstrend kann im Gesundheitsbereich nicht gesprochen werden. In einigen Ländern (etwa Deutschland) wurden Dienstleistungen wie Reinigung und Küche ausgelagert. In anderen Ländern (Griechenland, Großbritannien, Frankreich) resultieren aus den Einsparungen im Gesundheitsbereich die schlechte Bezahlung der Angestellten und lange Wartezeiten für Operationen.

Aufgrund der demographischen Entwicklung und der neuen technologischen Möglichkeiten sind die Ausgaben für den Gesundheitsbereich in den letzten Jahren und Jahrzehnten überdurchschnittlich stark angestiegen. Die engen budgetären Vorgaben der Europäischen Union haben gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich in vielen Ländern zu Einsparungsmaß-

²³⁷ http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/london/8669823.stm

²³⁸ <http://www.wk-transport-logistique.fr/actualites/detail/31302/saumur-cree-la-premiere-societe-publique-locale-de-transport.html>

nahmen, höheren Selbstbehalten und Leistungsreduktionen geführt. Die Diskussionen über die (Un-)Leistung des Gesundheitssystems haben zu Unsicherheit innerhalb der Bevölkerung geführt, woraus eine massive Zunahme privater Krankenversicherungen resultiert. Im Jahr 2010 gaben alleine die österreichischen Haushalte 424 Mio. Euro für private Krankenversicherungen aus. Zehn Jahre zuvor waren es noch weniger als die Hälfte (201 Mio. Euro im Jahr 2001).²³⁹

Der kommunale Einfluss auf den Bereich der Gesundheitsvorsorge ist durch die Aufgabenteilung beschränkt. Hinzu kommt der hohe finanzielle Aufwand im Gesundheitssektor, der Möglichkeiten der Kommunen weiter beschneidet. Dennoch gibt es auch in diesem Bereich Fälle von Rekommunalisierung.

- **(Re)Kommunalisierung des Rettungsdienstes in Deutschland**

Im Zuge der Debatte um die Ausschreibungspflicht für Dienstleistungen des Rettungswesen (Erste Hilfe Maßnahmen, Notfallintervention, etc.) kam es in Deutschland zu einem „Boom“ der Kommunalisierung der Rettungsdienste. Das Rettungswesen in Deutschland ist – ähnlich wie in Österreich – durch einen Mix aus öffentlichen Stellen (z.B. Feuerwehr Berlin, die auch für den Rettungsdienst der Stadt zuständig ist), privaten Vereinen (z.B. „Deutsches Rotes Kreuz“) und privaten Firmen (z.B. „Falck“-Gruppe) gekennzeichnet. Die rechtliche Regelung hinsichtlich der Organisation des Rettungswesens unterliegt der Kompetenz der Bundesländer.

Die monetäre Erstattung von erbrachten Leistungen erfolgt in allen Fällen über die Sozialversicherung. Historisch haben sich dabei drei Modelle der Vergütung von Rettungsdiensten entwickelt, nämlich die direkte kommunale Trägerschaft wie beispielsweise bei der „Feuerwehr Berlin“, Konzessionsmodelle mit direkten Zahlungen der Sozialversicherung an Rettungsdienste und sogenannte Submissionsmodelle. Hierbei werden die Entgelte der Rettungsdienste von den Kommunen geleistet, die wiederum Forderungen gegenüber der Sozialversicherung geltend machen können.²⁴⁰

Nach einem Urteilsspruch des EuGH (29.4.2010) unterliegen die Modelle der Submission der europaweiten Ausschreibungspflicht.²⁴¹ Viele Kommunen reagierten darauf, mit der (Re-)Integration der Rettungsdienste in kommunale Trägerschaft, um europaweite Ausschreibungen zu umgehen. Befürchtet wurde, *„dass eine Ausschreibung auf lange Sicht die Qualität des Rettungsdienstes verschlechtern wird, da die jeweiligen (europaweiten) Anbieter von rettungsdienstlichen Leistungen ausschließlich über die Personalkosten Einfluss auf die Kos-*

²³⁹ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/gesundheitsausgaben/019701.html

²⁴⁰ vgl. Verdi (2010)

²⁴¹ vgl. Deutsches Vergabernetzwerk (2010)

ten nehmen können.²⁴² Eine Kostenreduktion allein über Einsparung von Personalkosten zu erreichen, die 80 Prozent der Gesamtkosten im Rettungsdienst ausmachen, kann jedoch nicht im Interesse der Kommunen liegen. Gleichzeitig müssen die MitarbeiterInnen bei Ausschreibungen alle vier bis sechs Jahre um ihre Anstellung bangen, während sie in kommunal geführten Betrieben Angestellte der Landkreise sind.

Einerseits soll durch die (Re-)Kommunalisierung die Qualität der Rettungsleistungen für die Zukunft erhalten werden, andererseits die traditionelle Verbindung mit den Hilfsorganisationen (besonders im Katastrophenschutz) weiter bestehen bleiben.²⁴³ Die Vermeidung hoher Kosten bei der Ausschreibung war ein zusätzliches Motiv vieler Kommunen zur Kommunalisierung²⁴⁴, zumal „durch die Kommunalisierung [...] für den Kreis keine zusätzlichen Kosten [entstehen, d.Verf.] da der Betrieb des Rettungsdienstes vollständig durch die Rettungsdienstgebühren refinanziert wird.“²⁴⁵

Von einem klaren Trend zur Kommunalisierung kann in diesem Bereich jedoch nicht gesprochen werden. In einigen Städten wurden (Re-)Kommunalisierungen diskutiert, wurden aber häufig nicht umgesetzt. So geschehen im Landkreis Spree-Neiße, wo eine konservative Mehrheit eine europäische Ausschreibung im Kreisrat durchsetzte und die Rettungsdienste zukünftig von einer Privatfirma übernommen werden.²⁴⁶ Im Jahr 2012 versuchte das Land Sachsen, eine generelle Ausschreibung für die Rettungsdienstleistungen durchzuführen, doch dagegen formierte sich starker Widerstand von NGOs und Oppositionsparteien.²⁴⁷ Daraufhin wurde das Auswahlverfahren bis zum Ende des Jahres ausgesetzt.²⁴⁸

Ein Faktor für zukünftige (Re)Kommunalisierung von Rettungsleistungen in Deutschland könnte ein Urteil des bayerischen Verfassungsgerichtshof sein, welches die bevorzugte Behandlung der Hilfsorganisationen (z.B. „Rotes Kreuz“) gegenüber privaten Anbietern (z.B. „Falck“) verboten hat.²⁴⁹ Dies könnte den Kommunalisierungstendenzen weiteren Antrieb geben.

²⁴² <http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

²⁴³ <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/urteil-fuehrt-zu-preiskampf-und-lohndumping--kommunen-sehen-katastrophenschutz-gefaehrdet-bei-den-rettern-schriellen-die-alarmglocken,10810590,10945296.html>,
<http://www.fr-online.de/wirtschaft/rettungsdienste-alarmstimmung-bei-den-rettern,1472780,8707460.html>,
<http://www.ruhrnachrichten.de/lokales/castrop/Verdraengt-der-daenische-Konzern-Falck-das-DRK;art934,898601>

²⁴⁴ <http://www.snpc.de/wp-content/uploads/Rettungsdienst-unter-kommunalem-Dach-FvK-Unternehmerin-kommune-M%C3%A4rz-20111.pdf>

²⁴⁵ <http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

²⁴⁶ <http://cottbus.verdi.de/presse/showNews?id=d82f1d32-b641-11e1-54b7-001ec9b03e44>

²⁴⁷ <http://www.retter.tv/de/weitere-organisationen.html?ereig=-CDU-und-FDP-in-Sachsen-erhalten-30000-Unterschriften-gegen-Rettungsdienstgesetz-&ereignis=12801>

²⁴⁸ <http://www.behörden-spiegel.de/icc/Internet/sub/3da/3da0b5b8-803a-8315-3b81-9467b988f2ee,,,aaaaaaaa-aaaa-aaaa-bbbb-000000000003&uMen=1f75009d-e07d-f011-4e64-494f59a5fb42.htm>

²⁴⁹ <http://www.welt.de/regionales/muenchen/article106372665/Freier-Wettbewerb-in-Bayerns-Rettungsdienst.html>

- **Rettungsdienst im Landkreis Oberberg**

Ein Beispiel für eine abgeschlossene Kommunalisierung des Rettungsdienstes ist der Landkreis Oberberg (NRW, etwa 280.000 EinwohnerInnen), wo befürchtete Qualitätseinbußen bei einer Ausschreibung im Jahr 2011 zu einer Kommunalisierung geführt haben. Eine CDU geführte Mehrheit hat sich für diesen Schritt entschieden, denn *„mit der Kommunalisierung des Rettungsdienstes wird ein hohes Gut der Daseinsvorsorge für den Kreis gesichert, in dem die hohe Leistungsqualität erhalten bleibt.“*²⁵⁰ Das finanzielle Risiko ist dabei gering, denn die Rettungskosten werden zur Gänze von den Krankenkassen übernommen. Mittlerweile wurde im Landkreis auch eine Berufsfachschule für Rettungsdienste ins Leben gerufen, um den Nachwuchs trotz Ausfalls der Zivildienster zu sichern.²⁵¹

- **Rettungsdienst Schleswig-Holstein**

Bei der Rettungsdienstkooperation Schleswig-Holstein²⁵² handelt es sich um ein kommunal geführtes Unternehmen, das im Besitz der vier Landkreise Dithmarschen, Pinneberg, Rendsburg-Eckernförde und Steinburg ist. In drei Landkreisen waren bereits vor dem Zusammenschluss im Jahr 2005 jeweils kommunale Rettungsdienste tätig, 2007 entschloss sich auch der Landkreis Steinburg die bislang privat organisierte Rettungserbringung zu kommunalisieren und sich der Rettungskooperation anzuschließen. Durch die bestehenden Rahmenbedingungen sind „Selbstverwaltungsspielräume“ im eigentlichen Sinn kaum noch gegeben und die Errichtung interkommunaler Kooperationen im Rettungsdienst ist naheliegend. Einsparungspotenziale können so genutzt werden, ohne die Qualität der Versorgung zu beeinträchtigen. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen diese Erwartungen. Nach Aussage des Gutachters Dr. Emil Betzler ist diese Kooperation *„[...] einer der effizientesten Rettungsdienste in Deutschland, mit einem besonders geringen Verwaltungskostenanteil.“*²⁵³

- **Ein neues kommunales Krankenhaus für Norrtälje/Schweden**

Das schwedische Gesundheitssystem ist durch eine kommunale Trägerschaft gekennzeichnet. Auf nationaler Ebene erarbeitet das Gesundheitsministerium Richtlinien, die direkte Ausführung aber obliegt den Kreisen²⁵⁴.

Im Landkreis Norrtälje (Stockholm Umgebung) drohte im Jahr 2003 die Schließung des lokalen Krankenhauses, da Finanzierungsprobleme zwischen dem Landkreis als formeller Träger und dem tatsächlichen Betreiber, den Gemeinden des Landkreises, aufgetreten waren. Daraufhin gab es Verhandlungen der lokalen Kommunen, der Gewerkschaften und des

²⁵⁰ <http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

²⁵¹ [http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews\[tt_news\]=136702&cHash=e84486a421](http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews[tt_news]=136702&cHash=e84486a421)

²⁵² <http://www.rettungsdienst.de/magazin/rekommunalisierung-statt-ausschreibung-4732>

²⁵³ <http://www.rettungsdienst.de/magazin/fur-heinsberg-war-die-kommunalisierung-die-richtige-entscheidung-21381>

²⁵⁴ Zusammenschluss der Gemeinden, ähnlich einem österreichischen Bezirk.

Gesundheitsministeriums, die zur Gründung des Unternehmens „Tiohundra“ führten. Dieses sollte zukünftig die Aufgabe der Senkung der Kosten des operativen Betriebes des Krankenhauses übernehmen. Die „Tiohundra“ stellt ein vollkommen neues, bis dato unbekanntes Unternehmensmodell im schwedischen Gesundheitssektor dar. Es ist durch eine interkommunale Trägerschaft gekennzeichnet, bei der sich sowohl die einzelnen Kommunen, als auch der Landkreis beteiligten.²⁵⁵ Dadurch konnten deutliche Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen im Gesundheitsbereich erreicht werden.

6.6 Sonstige Dienstleistungsbereiche

Neben den bisher angeführten Sektoren, kommt es auch in anderen Dienstleistungsbereichen immer wieder zu Rekommunalisierungen. Im Folgenden sollen einige Beispiele aus diesen unterschiedlichen Sektoren dargestellt werden.

- **Weihnachtsmarkt in Brandenburg**

Vor einigen Jahren wurde in einer brandenburgischen Kommune die Durchführung, Gestaltung und das finanzielle Risiko (bzw. der Gewinn) des jährlichen Weihnachtsmarktes einer privaten Firma übertragen. Kurz vor Ende der Vertragslaufzeit kam es zu Differenzen zwischen der Kommune und der Firma, sodass diese Aufgaben wieder an die Kommune zurück fielen. Auch das Deutsche Bundesverwaltungsgericht beschäftigte sich mit diesem Fall und kam zu dem Schluss: *„Eine materielle Privatisierung eines kulturell, sozial und traditionsmäßig bedeutsamen Weihnachtsmarktes, der bisher in alleiniger kommunaler Verantwortung betrieben wurde, widerspricht dem (Anm. kommunales Selbstverwaltungsrecht). Eine Gemeinde kann sich nicht ihrer hierfür bestehenden Aufgabenverantwortung entziehen.“*²⁵⁶

- **Prüfstatik in Hannover**

In der Stadt Hannover (526.000 EinwohnerInnen) wurde die Prüfstatik teilprivatisiert. Viele der anfallenden Aufgaben wurden an private Anbieter übertragen. Es zeigte sich, dass diese Übereinkunft auf Dauer teurer war, als wenn die Stadt diese Aufgabe kommunal erledigt hätte. Deswegen wurden im Jahr 2008 wieder zwei Statikerstellen eingerichtet und besetzt, weitere sollen folgen. Zwar werden auch in Zukunft Arbeitsaufträge an Private weitergegeben, jedoch *„eher um Arbeitsspitzen abzufangen“*²⁵⁷, das normale Geschäft soll von den kommunalen Prüfstatikern erledigt werden. Die Beschäftigung von kommunalen Prüfern bringt der Stadt Einsparungen um 30 Prozent. Dabei erweist sich die Rechnung als simpel. Die Bauherren brauchen die Bestätigung der Prüfstatiker für die Baugenehmigung. Diese Arbeit ist

²⁵⁵ http://www.tiohundra.se/PageFiles/7001/tiohundra_english.pdf sowie EPSU (2012), 28

²⁵⁶ Becker (2012), 50

²⁵⁷ http://publik.verdi.de/2007/ausgabe_08/gewerkschaft/regional/seite_7/A3

gemäß Gebührenordnung zu bezahlen. Fazit: *„Werden Prüfstatiker eingestellt, dann erwirtschaften die Mitarbeiter aller Voraussicht nach jeweils 30 000 Euro. Dabei sind ihre Gehälter schon abgezogen.“*²⁵⁸

- **Instandhaltung und Pflege der Parkanlagen Nürnberg**

In Nürnberg, der mit ca. 500.000 EinwohnerInnen zweitgrößten Stadt in Bayern, wurden seit Mitte der 1990er Jahre im Rahmen einer Kosteneinsparungsinitiative Dienstleistungen der Instandhaltung und Pflege von Parkanlagen an Private vergeben. In einem dreijährigen Pilotprojekt wurden, so der Beschluss der zuständigen Kommunalabteilung im Jahr 2007, im südlichen Teil Nürnbergs diese Dienstleistungen wieder rückgeführt. Ziel des Testlaufs war der Vergleich der in Eigenregie erbrachten Leistungen mit jenen der Privaten.²⁵⁹

Hinter dieser Entscheidung steht eine Reihe von Gründen. *„Zunächst einmal wurde erkannt, dass das Outsourcing an Privatunternehmen mit einem hohen Grad an administrativer Unterstützung und Kosten in Bezug auf die Qualitätskontrolle und Ausschreibungsverfahren verbunden ist.“*²⁶⁰ Einen Kostenfaktor stellen die Mehrwertsteuererhöhungen dar, die die Leistungen der Privaten deutlich verteuert hat. Außerdem ermöglichen Änderungen der Tarifverträge mehr Flexibilität und damit höhere Konkurrenzfähigkeit.²⁶¹ Die Hauptziele waren also, wie Umweltbürgermeister Gsell (CDU) feststellt, *„nicht alleine Einsparungen sondern [...] Qualitätssteigerungen ohne Mehrausgaben.“*²⁶² Erste Erfolge konnten bereits verbucht werden. So konnten nach einem enormen Personalabbau in den Jahren zuvor wieder neue MitarbeiterInnen aufgenommen werden. *„Sämtliche neugeschaffenen Stellen finden sich in den Entgeltgruppen 3 (Ungelernte) und 5 (Fahrer).“*²⁶³

- **Gebäudereinigung in Bremen**

Nachdem über einige Jahre hinweg die Gebäudereinigung der Stadt Bremen zunehmend von Privatfirmen übernommen wurde, zeichnet sich seit 2008 ein Schwenk in die entgegengesetzte Richtung ab. Durch die Gründung der „Immobilien Bremen“, einer Anstalt öffentlichen Rechts, spart die Stadt gegenüber ausgelagerten Aufträgen jährlich allein 1,3 Mio. Euro an Umsatzsteuer ein. Mittlerweile werden durch „Immobilien Bremen“ rund 2.000 Gebäude betreut und verwaltet, darunter etwa das Rathaus, Polizeidienststellen, Schulen, Kindertagesheime und Sportstätten.²⁶⁴

²⁵⁸ http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/hannover_-_pruefstatiker

²⁵⁹ vgl. CCRE (2008) sowie

http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

²⁶⁰ CCRE (2008), 46

²⁶¹ vgl. CCRE (2008) sowie

http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

²⁶² http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

²⁶³ http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

²⁶⁴ <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html>

- **Straßenbeleuchtung in Düren/ Deutschland**

Mit 1. Jänner 2012 wurde Betrieb und Wartung der Straßenbeleuchtung der Stadt Düren (etwa 93.000 EinwohnerInnen) rekommunalisiert. Der „Dürener Service Betrieb“, ein Eigenunternehmen der Stadt, hat Straßenbeleuchtung und Netz von den „Stadtwerken Düren“ (SWD) zurückgekauft. Die Analyse einer Unternehmensberatung hat zu dem Ergebnis geführt, dass der kommunale Haushalt dadurch um bis zu 650.000 Euro entlastet werden kann. Die Einsparungen ergeben sich durch die Umrüstung der veralteten Beleuchtung auf die kostengünstigere Leuchtdiodentechnik (LED). Damit werden zukünftig rund 60 Prozent der bisherigen Energiekosten gespart, bei gleichzeitiger Reduktion der Wartungsintervalle durch höhere Lebensdauer. Da es sich um ein kommunales Unternehmen handelt, wird die Erneuerung vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert. Die jährliche Einsparung von Kohlendioxid soll bei ca. 1.500 Tonnen liegen.²⁶⁵

Durch diese positive Erfahrung hat Düren beschlossen, mit März 2012 auch das örtliche Hallenbad zu rekommunalisieren.

7. Zusammenfassung

Unter Rekommunalisierung werden *„Maßnahmen subsumiert, die das Ziel beinhalten, ehemals öffentlich erstellte, im Zeitverlauf privatisierte Aufgaben wieder in kommunale Tätigkeiten zu reintegrieren.“*²⁶⁶ Sie sind eine Folge von als enttäuschend eingestuften Privatisierungen und Liberalisierungen, die in den europäischen Ländern seit den 1980er Jahren stattgefunden haben. Die Erwartungen an Preisentwicklung und Qualität der Dienstleistungen konnten nicht erfüllt werden. Gleichzeitig wurde deutlich, dass sich der (politische) Handlungsspielraum der Kommunen durch Privatisierungen immer weiter eingeschränkt. Am deutlichsten gezeigt haben sich die verringerten Einflussmöglichkeiten des Staates im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise, die das Vertrauen in die Leistungskraft des Marktes erschüttert hat. In den letzten Jahren war daher ein Bewusstseinswandel der Bevölkerung zu konstatieren, die sich vermehrt für kommunal geführte Dienstleistungen aussprach.

Für die Kommunen stellt der kommunale Einfluss ein wichtiges Motiv zur Rekommunalisierung dar. Einfluss-, Steuerungs- und Kontrollaufgaben sind einfacher und effizienter wahrzunehmen, wenn die Kommune die Leistungen der Daseinsvorsorge bereitstellt. Die Kommune ist dann auch in der Lage, als Leistungserbringer auf Bürgerwünsche zu reagieren und kann so eine verstärkte Bürgernähe erzeugen. Zusätzlich können lukrative Dienstleistungen zu wichtigen Einnahmequellen für die kommunalen Budgets werden.

²⁶⁵ http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf

²⁶⁶ HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 13

Verwaltungsreformen und Modernisierungen haben in den letzten Jahren den Kommunen geholfen, in ihrem wirtschaftlichen Handeln mit privaten Anbietern konkurrieren zu können. Dies hat sich im Selbstvertrauen der Kommunen und im Bewusstsein der Bevölkerung niedergeschlagen. Denn anders als private Unternehmen, die in erster Linie an Gewinnmaximierung interessiert sind, orientieren sich kommunale Anbieter am Gemeinwohl und sind stärker daran interessiert, allen Menschen den Zugang zu den Leistungen der Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

Die Praxis der Privatisierungen in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass private Anbieter nur an ausgewählten Dienstleistungen interessiert sind, was oft zu einer für die Kommunen nachteiligen Aufgabensplittung führt. So übernehmen Private die gewinnbringenden Aufgaben („Rosinenpicken“), während die unprofitablen den Kommunen überlassen bleiben. Dies bedeutet für die Kommunen einen zusätzlichen Kosten- und Personalaufwand bei gleichzeitig ausbleibenden Gewinnen aus profitablen Bereichen.

Die Kommune als Wirtschaftsfaktor zu etablieren ist ein weiteres wichtiges Argument für (Re)Kommunalisierungen. Kommunale Arbeitgeber sind in der Regel bestrebt, die lokale Arbeits- und Ausbildungssituation sowie den Wirtschaftsstandort zu stärken. Deshalb werden für die Bevölkerung Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und mit Personen aus der Kommune besetzt, faire Löhne bezahlt und benachteiligte Gruppen in den Arbeitsmarkt integriert.

Die Vorteile von Rekommunalisierung sind nicht in allen europäischen Ländern ins Bewusstsein gerückt. So zeichnet sich gerade in den Ländern, die in den 1980er und 90er Jahren eine Vorreiterrolle bei Privatisierungen eingenommen haben, kein Umdenken ab. Trotz der teilweise desaströsen Erfahrungen mit Privatisierungen wird nahezu ideologisch an den vermeintlichen Vorzügen der privaten Daseinsvorsorge festgehalten. Rekommunalisierung war hier zumeist die Folge von Marktversagen, nicht von grundsätzlichen Überlegungen. Anders dagegen in Deutschland, wo es ein Nebeneinander zwischen Privatisierungen und Beibehaltung der öffentlichen Versorgung gab. Dieser unmittelbare Vergleich hat offenbar dazu geführt, dass den politisch Verantwortlichen und der Bevölkerung gleichermaßen die Vorzüge kommunaler Aufgabenerledigung früher bewusst wurden.

In der Praxis zeigt sich, dass Rekommunalisierung bis jetzt sehr stark in der Energiewirtschaft erfolgte, besonders in Deutschland. Aber auch in den Bereichen der Abfallversorgung, der Wasserver- und Abwasserentsorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs und zahlreichen anderen Dienstleistungsbereichen hat sich die Tragfähigkeit der Kommunen als neue öffentliche Unternehmer in den vergangenen Jahren bewiesen.

Die zu erwartenden positiven Effekte wie Bürgernähe, Effizienz und Wirtschaftlichkeit stellen sich nicht automatisch ein. Erfahrungen zeigen, dass die Argumente für oder gegen eine Rekommunalisierung im Einzelfall abgewogen werden müssen, um langfristig eine erfolgrei-

che Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Erfolgreiche Beispiele zeigen jedoch, dass Rekommunalisierungen in vielen Fällen eine gute Alternative zur privaten Organisation der Daseinsvorsorge darstellen können. Nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass Märkte keineswegs unfehlbar sind. Es muss daher sowohl auf kommunaler Ebene, als auch bei den BürgerInnen das Bewusstsein für Rekommunalisierungen als gangbare Alternative gestärkt werden.

Literatur

Amtsblatt der Europäischen Union, 2007: Vertrag von Lissabon.

http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=FXAC07306

Arenz, Horst, 2010: Rekommunalisierung - best practice.

http://www.gerald-gruenert.de/Privatisi_Aufgaben/13052011/Rekommunalisierung_best_practice.pdf

Arte, 2011: Wasserversorgung in Frankreich: Kurswechsel.

<http://www.arte.tv/de/3752030,CmC=3774332.html>

Bauer, Hartmut; Büchner, Christiane; Hajasch, Lycia (Hrsg.), 2012: Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

Bauer, Hartmut, 2012: Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung. Einführende Problemskizze. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.), Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, S. 11-32. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

BBC News, 2010: Tube maintenance back 'in house' as new deal is signed.

http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/london/8669823.stm

Becker, Ulrich, 2012: Erfahrungen mit Rekommunalisierungen in der Praxis. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.), Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, S. 49-58. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

Behörden Spiegel, 2012: Sachsen streitet um den Katastrophenschutz.

<http://www.behoerden-spiegel.de/icc/Internet/sub/3da/3da0b5b8-803a-8315-3b81-9467b988f2ee,,aaaaaaaa-aaaa-aaaa-bbbb-000000000003&uMen=1f75009d-e07d-f011-4e64-494f59a5fb42.htm>

Benner, Thorsten, 1997: Local government im Wandel. Kommunalpolitik und interkommunale Zusammenarbeit in Großbritannien. In: Brunn (Hg.) Interkommunale Zusammenarbeit. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen Bd.1 (Münster). 366-379.

<http://www.gppi.net/fileadmin/gppi/LocGovHandel.pdf.pdf>

Berliner Energietisch. www.berlinerenergietisch.net

Berliner Morgenpost, 2012: Berlin beschließt Rückkauf der Wasserbetriebe.

<http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article108305657/Berlin-beschliesst-Rueckkauf-der-Wasserbetriebe.html>

Berliner Umschau, 2011: Wasser-Volksbegehren: Erfolg als „Ohrfeige für die Privatisierungspolitik“.

<http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=8943&title=WasserVolksbegehren%3A+Erfolg+als+%22Ohrfeige+f%FCr+die+Privatisierungspolitik%22+&storyid=1001297671643>

Berliner Wasserbetriebe. www.bwb.de

Berliner Zeitung, 2011: Bei den Rettern schrillen die Alarmglocken.

<http://www.berliner-zeitung.de/archiv/urteil-fuehrt-zu-preiskampf-und-lohndumping--kommunen-sehen-katastrophenschutz-gefaehrdet-bei-den-rettern-schrillen-die-alarmglocken,10810590,10945296.html>

Bildzeitung, 2010: Hamburg Energie liefert auch Gas.

<http://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-regional/hamburg-energie-liefert-auch-gas-11214722.bild.html>

Blankart, Charles B.; Engelke, Christian: Regulierung und öffentliche Gelder; Der Fall der Bahn.

<http://www.wiwi.hu-berlin.de/professuren/vwl/oef/dok/docs/bahn.pdf>

Candeias, Mario; Riling, Rainer; Weise, Katharina (Hg.), 2009: Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 53.

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte-53.pdf

CCRE, 2008: Reform öffentlicher Dienstleistungen: Welche Rolle für den Sozialen Dialog?

http://www.ccre.org/docs/publication_reform_public_services_de.pdf

Crevel, Philippe; Wagner, Norbert, 2003: Dezentralisierung in Frankreich - ein großes Vorhaben der Regierung Raffarin. Politischer Kurzbericht der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Frankreich.

www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_1892_1.pdf

Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Edition Suhrkamp. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Demo. Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik, 2010: Rekommunalisierung der Energieversorgung - Chancen und Risiken.

<http://www.demo-online.de/content/rekommunalisierung-der-energieversorgung-ae-chancen-und-risiken>

Der Tagesspiegel, 2000: Zugangsglück in England: Mindestens vier Todesopfer.

<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/zugunglueck-in-england-mindestens-vier-todesopfer/172548.html>

Der Tagesspiegel, 2009: Die Renaissance des Staates

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kommunen-die-renaissance-des-staates/1504000.html>

Deutsches Vergabernetzwerk, 2010: EuGH: Der öffentliche Rettungsdienst unterfällt grundsätzlich dem Vergaberecht.

<http://www.vergabeblog.de/2010-10-17/der-offentliche-rettungsdienst-unterfaellt-grundsatzlich-dem-vergaberecht-eugh-urteil-v-29-04-2010-rs-c-16008/>

Deutschlandfunk, 2010: Städteigener Energieversorger.

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/firmen/1317410/>

DGB, 2012: Zurück zur öffentlichen Hand - Chancen und Formen der Rekommunalisierung.

<http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422>

Die Presse, 2012: Großbritannien. Polizei in privater Hand.

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/737144/Grossbritannien_Polizei-in-privater-Hand

Die Welt, 2001: Neues Zugangsglück erschüttert Großbritannien.

<http://www.welt.de/print-welt/article436819/Neues-Zugunglueck-erschuettert-Grossbritannien.html>

Die Welt, 2009: Das Mutterland der Privatisierung schenkt um.

<http://www.welt.de/wirtschaft/article4084137/Das-Mutterland-der-Privatisierungen-schwenkt-um.html>

Die Welt, 2009: Geschäft perfekt: Stadtwerke kaufen E.on-Tochter Thüga.

http://www.welt.de/welt_print/wirtschaft/article4957445/Geschaeft-perfekt-Stadtwerke-kaufen-E-on-Tochter-Thuega.html

Die Welt, 2012: Freier Wettbewerb in Bayerns Rettungsdienst.

<http://www.welt.de/regionales/muenchen/article106372665/Freier-Wettbewerb-in-Bayerns-Rettungsdienst.html>

Die Welt, 2012: Hamburg kehrt zur Staatswirtschaft zurück.

<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article106153496/Hamburg-kehrt-zur-Staatswirtschaft-zurueck.html>

Die Welt. 2012: Nicht alle finden den Erfolg von Hamburg Energie gut.

http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article108278458/Nicht-alle-finden-den-Erfolg-von-Hamburg-Energie-gut.html

Die Welt, 2012: Städtischer Strom für den Massenmarkt.

<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article3762695/Staedtischer-Strom-fuer-den-Massenmarkt.html>

Die Welt, 2012: Stromanbieter erzürnt über Hamburg Energie.

http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article106339798/Stromanbieter-erzuernt-ueber-Hamburg-Energie.html

Die Welt, 2012: Fragwürdige Geschäfte mit Hamburg Energie.

http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article106303233/Fragwuerdige-Geschaefte-mit-Hamburg-Energie.html

Difu-Berichte 3/2011 – Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-32011/rekommunalisierung-als-trend-und-chance-fuer-kommunen.html>

Difu-Papers, 2011: Rekommunalisierung - Eine Bestandsaufnahme.

Difu-Papers, 2009: Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft.

Dinböck, Alexander, 2008: Die neue Eigentumsfrage.

http://momentum-kongress.org/cms/uploads/documents/Beitrag_Dinb%C3%B6ck12_5_2011_0929.pdf

Dürener Service Betrieb, 2012: Durch Rekommunalisierung der Straßenbeleuchtung 650.000€ jährliches Einsparungspotenzial aktiviert.

http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf

Eisenkopf, Alexander, 2007: Daseinsvorsorge mit Public Private Partnerships: Ein dritter Weg?, Wirtschaftsdienst.

<http://hdl.handle.net/10419/42751>

EPSU, 2012: Re-municipalising municipal services in Europe. A report commissioned by EPSU to Public Services International Research Unit (PSIRU).

http://www.epsu.org/IMG/pdf/Redraft_DH_remunipalization.pdf

Evonik. <http://corporate.evonik.com/>

Fingrid. <http://www.fingrid.fi/>

Fokus, 2012: Roundup. Thüga hofft auf Milliardeneinnahme durch Kapitalerhöhung.

http://www.fokus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/roundup-thuega-hofft-auf-milliardeneinnahme-durch-kapitalerhoehung_aid_765444.html

Frankfurter Rundschau, 2011: Alarmstimmung bei den Rettern.

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/rettungsdienste-alarmstimmung-bei-den-rethern,1472780,8707460.html>

Frankfurter Rundschau, 2011: Wasserversorgung in Paris. Anstoßen mit „Eau de Paris“.

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/wasserversorgung-in-paris-anstossen-mit--eau-de-paris-,1472780,7192666.html>

Friedrich Ebert Stiftung, 2009: WISO direkt. Zwei Jahrzehnte Privatisierung in deutschen Kommunen – Herausforderungen und Argumente für den Erhalt der Stadtwerke.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06374.pdf>

Gelsenwasser. www.gelsenwasser.de

Hajasch, Lydia (Hrsg.). Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Universität Potsdam. 83-98.

Hamburg Energie. <http://www.hamburgenergie.de/>

Hamburg Wasser, 2010: Geschäftsbericht 2009.

http://www.hamburgwasser.de/tl_files/hamburgwasser/downloads/geschaeftsberichte/gb_2009.pdf

Hamburg Wasser, 2011: Geschäftsbericht 2010.

<http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CCEQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.hamburgwasser.de%2Fformulare-downloads.html%3Fdownload%3D453&ei=3glUifDL87csgbDhYD4Dw&usg=AFQjCNH5GNSWtqT7vya7CjxTxm0wpDveow>

Handelsblatt, 2009: Versorger. Eon verkauft Thüga an Kommunen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/versorger-eon-verkauft-thuega-an-kommunen-seite-all/3236896-all.html>

Handelsblatt, 2010: Kommunen schaffen Stromriesen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html>

Handelsblatt, 2012: Kraftwerk in Kolumbien statt Kitas im Pott.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

Haucap, Justus, 2007: Daseinsvorsorge zwischen Beihilfenkontrolle und globalem Wettbewerb. In: Eisenkopf, Alexander, Daseinsvorsorge mit Public Private Partnerships: Ein dritter Weg?, Wirtschaftsdienst.

<http://hdl.handle.net/10419/42751>, 712 – 716.

Heise online, 2010: Niedrigere Gebühren, höhere Löhne, mehr Gestaltungsspielraum.

<http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html>

HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig, 2011: Renaissance der Kommunalwirtschaft – Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Inthenews.co.uk, 2008: Govt in £2bn Metronet bail-out.

[http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-\\$1197787.htm](http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-$1197787.htm)

Kieler Nachrichten, 2009: KVG auf schwierigem Kurs.

<http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/KVG-auf-schwierigem-Kurs>

Kieler Nachrichten, 2009: Rot-Grün freut sich über 100 Prozent KVG.

<http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG>

Klimaretter.info, 2012: Berlin: SPD unterstützt Energietisch.

<http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/11320-berlin-spd-unterstuetzt-energietisch>

Klimaretter.info, 2012: Berliner Energietisch schafft erste Stufe.

<http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/11612-berliner-energietisch-schafft-erste-stufe>

Klug, Friedrich (Hg.), 2011: Daseinsvorsorge durch Re-Kommunalisierung. IKW- Kommunale Forschung in Österreich. Eigenverlag IKW-Schriftreihe Nr. 121

Klug, Friedrich, 2011: Privatisierung. In: Klug (Hg.), 2011, Daseinsvorsorge durch Re-Kommunalisierung. IKW- Kommunale Forschung in Österreich. Eigenverlag IKW-Schriftreihe Nr. 121, 29 – 42.

Manager Magazin, 2003: Gelsenwasser verkauft.

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-259379.html>

Merkert, Rico, 2005: Die Reorganisation und Zukunft des Eisenbahnwesens in Großbritannien. Universität Potsdam.
<http://www.uni-potsdam.de/u/wipo/db78.pdf>

Mühlenkamp, Holger, 2007: Theoretische und empirisch fundierte Grundsatzüberlegungen zur Daseinsvorsorge. In: Eisenkopf, Alexander, Daseinsvorsorge mit Public Private Partnerships: Ein dritter Weg?, Wirtschaftsdienst.
<http://hdl.handle.net/10419/42751>, 707 – 712.

Neues Deutschland, 2012: Wasserverkauf ins Parlament geschwappt.
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/235097.wasserverkauf-ins-parlament-geschwappt.html>

News.at, 2012: Teuer und ineffizient.
<http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/>

Oberberg aktuell, 2012: Den Rettungsdienst von der Pike auf im Kreis gelernt.
[http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews\[tt_news\]=136702&cHash=e84486a421](http://www.oberberg-aktuell.de/index.php?id=77&tx_ttnews[tt_news]=136702&cHash=e84486a421)

Ostsee Zeitung, 2011: Rostock kauft die Müllabfuhr zurück.
http://www.ostsee-zeitung.de/ozdigital/lokales/bad-doberan/index_artikel_komplett.phtml?param=news&id=3012304

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP), 2008: Privatisierung und Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen in der EU.
http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/1_Liberalisierung/liberalisierungsbericht2008.pdf

Paffhausen, Peter, 2010: Entscheidung über eine Öffentlich Private Partnerschaft. Universität Potsdam.
http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2011/5243/pdf/paffhausen_diss.pdf

Pigeon, Martin; McDonald, David A.; Hoedeman, Olivier; Kishimoto, Satoko, 2012: Remunicipalisation. Putting Water Back into Public Hands.
<http://www.corporateurope.org/sites/default/files/publications/remunicipalisation%20web%20final.pdf>

Rettungswache Oberbergischer Kreis, 2010: Rekommunalisierung des Rettungsdienstes.
<http://rettungswache1993.blogspot.co.at/2010/11/rekommunalisierung-des-rettungsdienstes.html>

public governance, 2011: Rekommunalisierung in der Energieversorgung.
http://www.publicgovernance.de/docs/PG_Rekommunalisierung_in_der_Energieversorgung.pdf

Public Services International Research Unit (PSIRU), 2010: Waste management in Europe: framework, trends and issues.
<http://www.psiru.org/reports/waste-management-europe-framework-trends-and-issues>

Retter.tv: CDU und FDP in Sachsen erhalten 30.000 Unterschriften gegen Rettungsdienstgesetz.
<http://www.retter.tv/de/weitere-organisationen.html?ereig=-CDU-und-FDP-in-Sachsen-erhalten-30000-Unterschriften-gegen-Rettungsdienstgesetz-&ereignis=12801>

Rettungsdienst.de, 2008: Rekommunalisierung statt Ausschreibung?
<http://www.rettungsdienst.de/magazin/rekommunalisierung-statt-ausschreibung-4732>

Rettungsdienst.de, 2011: Für Heinsberg war die Kommunalisierung die richtige Entscheidung.
<http://www.rettungsdienst.de/magazin/fur-heinsberg-war-die-kommunalisierung-die-richtige-entscheidung-21381>

RheinHunsrück Entsorgung. www.rh-entsorgung.de

Röber, Hartmut, 2012: Rekommunalisierung – Fallstricke in der Praxis. Erfahrungen aus Bergkamen. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.), Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, S. 73-80. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

Röber, Manfred, 2009: Rekommunalisierung lokaler Ver- und Entsorgung. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. In: KWI Schriften 6 - Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. 81-98

Röber, Manfred, 2012: Rekommunalisierung lokaler Ver- und Entsorgung. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. In: Bauer, Hartmut; Büchner, Christiane;

Ruhr Nachrichten, 2010: Verdrängt der dänische Konzern Falck das DRK?
<http://www.ruhrnachrichten.de/lokales/castrop/Verdraengt-der-daenische-Konzern-Falck-das-DRK;art934,898601>,

Schäfer, Roland, 2012: Rekommunalisierung – Fallstricke in der Praxis. Erfahrungen aus Bergkamen. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.), Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, S. 73-80. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

Schöneich, Michael, 2007: Sollten Güter der Daseinsvorsorge in staatlichen oder privaten Unternehmen erstellt werden? In: Eisenkopf, Alexander, Daseinsvorsorge mit Public Private Partnerships: Ein dritter Weg?, Wirtschaftsdienst.
<http://hdl.handle.net/10419/42751>, 716 – 719.

Schweriner Volkszeitung, 2011: Die Geschäfte mit dem Müll.
<http://www.svz.de/nachrichten/lokales/rostock/artikeldetails/artikel/millionengeschaeft-mit-dem-muell.html>

SNPC, 2011: Rettungsdienst unter kommunalem Dach.
<http://www.snpc.de/wp-content/uploads/Rettungsdienst-unter-kommunalem-Dach-FvK-Unternehmerin-kommune-M%C3%A4rz-2011.pdf>

Spiegel, 2009: Konkurrenz für E.on & Co. Experten feiern Deutschlands neuer Energie-Macht.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/konkurrenz-fuer-e-on-co-experten-feiern-deutschlands-neue-energie-macht-a-642026.html>

Stadtwerke München. www.swm.de

Stadt Wien. www.wien.gv.at

Statistik Austria. www.statistik.at

Stieger, Martin, 2011: (Re)Kommunalisierung – auch in der Stadt Wels ein Thema? In: Klug, Friedrich (Hrsg.). Daseinsvorsorge durch Re-Kommunalisierung. IKW-Schriftenreihe.

Stromanbieter Vergleich, 2010: Hamburg Wasser und Hamburg Energie Jahrespressekonferenz.
<http://www.stromanbieter--vergleich.de/hamburg-wasser-und-hamburg-energie-jahrespressekonferenz/>

Stuttgart. <http://www.stuttgart.de/stadtwerke>

Stuttgarter Zeitung, 2011: Ein „historischer Fehler“ wird korrigiert.
<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.energieversorgung-ein-historischer-fehler-wird-korrigiert.70c4fa89-335c-4543-b07a-5022a7524eb9.html>

Suez. www.suez-environnement.fr

TAZ, 2007: Vom Börsengang zum Bettelstab.
<http://www.taz.de/?id=digitaz-artikel&ressort=me&dig=2007/09/22/a0107>

TAZ, 2008: Kiel will den Nahverkehr zurück.
<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=na&dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&cHash=f43b248eff>

TAZ, 2010: Die räuberische Wasser-Privatisierung.

<http://www.taz.de/!60523/>

TAZ Rechercheblog, 2010: Das geheime Wassergutachten.

http://blogs.taz.de/rechercheblog/2010/11/19/das_geheime_wassergutachten/

Tesche, Christoph; Otto, Sven-Joachim, 2011: Kommunale Unternehmen im Spannungsfeld von Re-kommunalisierung und strategischer Partnerschaft.

<http://www.derneuekaemmerer.de/veranstaltungen/pdf/dkt2011/Kommunale-Unternehmen-im-Spannungsfeld.pdf>

Textarbeit.net: Privatisierte Gewinne, vergesellschaftete Verluste.

<http://textarbeit.net/bahn.htm>

The Guardian, 2007: TfL could take over Metronet's PPP contracts.

<http://www.guardian.co.uk/business/2007/aug/24/politics.transportintheuk1>

The Guardian, 2012: Rail privatisation has failed – and the NHS is hurtling down the same track.

<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/mar/10/rail-privatisation-failed-nhs?newsfeed=true>

Thüga. www.thuega.de

Thüga, 2011: Thüga Geschäftsbericht 2010.

http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/GB_2010_komplett_ohne_Image.pdf

Thüga, 2012: Thüga Geschäftsbericht 2011.

http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/GB_2011_gesamt_ohne_Image.pdf

Tiohundra: A unique healthcare Company.

http://www.tiohundra.se/PageFiles/7001/tiohundra_english.pdf

Transnational Institute, 2010: Paris: local authorities regain control of water management.

<http://www.tni.org/article/paris-local-authorities-regain-control-water-management>

Transport for London. www.tfl.gov.uk

Trefor, Williams, 2010: „Analysis of the London Underground PPP Failure“-Engineering Project Organizations Conference South Lake Tahoe, CA November 4-7, 1-3

Trewartha, Elaine, 2004: Der Sozialstaat in Großbritannien. Zusammenfassung.

<http://www.programmforschung.de/downloads/ws2004trewartha.pdf>

UNISON, 2011: Insourcing update: The value of returning local authority services in-house in an era of budget constraints.

<http://www.unison.org.uk/acrobat/20122.pdf>

United Nations, 2010: Resolution 64/292. Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung.

<http://www.un.org/Depts/german/gv-64/band3/ar64292.pdf>

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), 2011: Kommunale WasserWirtschaft. Interkommunale Kooperation in der Wasserwirtschaft.

Verdi, 2007: Nürnberg rekommunalisiert Grünflächenpflege.

http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/nuernberg_gartenbaubetrieb

Verdi, 2009a: Gut und günstig. Rekommunalisierung heißt das neue Zauberwort.

http://publik.verdi.de/2007/ausgabe_08/gewerkschaft/regional/seite_7/A3

Verdi, 2009b: Hannover holt Prüfstatiker zurück in die Kommune.

http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung/hannover_-_pruefstatiker

Verdi, 2010: Vergabe im Rettungsdienst.

<http://gesundheit-soziales.verdi.de/branchenpolitik/rettungsdienste>

Verdi Cottbus, 2012: Rettungsdienste im Landkreis Spree-Neisse.

<http://cottbus.verdi.de/presse/showNews?id=d82f1d32-b641-11e1-54b7-001ec9b03e44>

Verivox, 2011: Steag: Stadtwerke-Konsortium ist neuer Mehrheitseigentümer.

<http://www.verivox.de/nachrichten/steag-stadtwerke-konsortium-ist-neuer-mehrheitseigentuemmer-70032.aspx>

Water Remunicipalisation Tracker. <http://www.remunicipalisation.org/>

WasserInBürgerhand.

http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2010/stgt_fuer_rekommunalisierung_wasser.htm

Wasserkolloquium, 2008: Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 41.

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_41.pdf

Wemgehoertdiewelt.de: Trend zur Rekommunalisierung: Vorwärts in die Vergangenheit.

<http://www.who-owns-the-world.org/2008/09/30/trend-zur-rekommunalisierung-vorwaerts-in-die-vergangenheit/>

Weser Kurier, 2012: Neuer Netzbetreiber gesucht.

http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Neuer-Netzbetreiber-gesucht-_arid,347131.html

WK Transport-Logistique.

<http://www.wk-transport-logistique.fr/actualites/detail/31302/saumur-cree-la-premiere-societe-publique-locale-de-transport.html>

Zeit, 1995: Der Patron von Grenoble.

http://www.zeit.de/1995/41/Der_Patron_von_Grenoble

Zeit, 2003: Versorger zu versorgen.

http://www.zeit.de/2003/39/Versorger_zu_versorgen

Zeit, 2006: Privatisierung. Alles muss raus.

<http://www.zeit.de/2006/26/Priv-Flucht-ins-Private>

Zeit, 2006: Wasserversorgung: Zusammenarbeit mit Konzernen.

http://www.zeit.de/2006/26/Wasserversorgung_Zusammenarbeit_mit_Konzernen

Zeit, 2009: 11.000 Jahre Verspätung.

<http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail>



Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die “Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung” (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

Die AutorInnen der Studie

Mag.^a Susanne Halmer, BA

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Studium der Soziologie und Politikwissenschaft
Kontakt: susanne.halmer@politikberatung.or.at

MMag.^a Barbara Hauenschild

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Studium der Soziologie und Politikwissenschaft
Kontakt: barbara.hauenschild@politikberatung.or.at

Mitarbeit: Christian Hofmann

Praktikant der ÖGPP im Sommer 2012
Student der Volkswirtschaftslehre